DIE MONATSZEITUNG FÜR SELBSTORGANISATION

CONTRASTE

POSTFACH 10 45 20 – 69035 HEIDELBERG
TELEFON 0 62 21 – 16 24 67

216 | 19. JAHRGANG | September 2002 | 4,50 €

AUS DEM INHALT:

SOZIALE GRUNDRECHTE

Nach und nach werden auch unter Rot-Grün die Reste des keynesianischen Sozialstaats abgeräumt. Christa Sonnenfeld skizziert die arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Strategien der politischen Klasse, die sozialen Grundrechte auszuhebeln und diese durch ein flexibles politisches Armutsverwaltungs-und Zwangsmaßnahmensystem zu ersetzen. Seite 3/4

INSTANDBESETZUNGEN

»Pilotprojekte für ein anderes Berlin« waren die »Instandbesetzungen« der 80er Jahre. Viele entnutzte und durch Leerstand schwer geschädigte Häuser wurden wieder zu nützlichen Wohngebäuden. Ein Streifzug durch das Berlin der 80er Jahre von Ralf Landmesser auf Seite 5.

ORTSWÄHRUNG

Seit Februar gibt es die erste elektronische Ortswährung in Yamato (Kanagawa), Japan. »Das Projekt von Kanagawa mischt LOVE und Geld«, so die größte Tageszeitung der Welt »Yomiuri Shimbun«. Seite 6

US-IRAK-FELDZUG?

»Der Krieg gegen den Terror wird nicht in der Defensive gewonnen«, so US-Präsident Georg W. Bush, »wir müssen die Schlacht auf dem Boden der Feinde führen, ihre Pläne vereiteln und den schlimmsten Bedrohungen begegnen, bevor sie auftauchen«. Diesen Worten lassen derzeit verschiedene grundlegende US-Militärstrategien Taten folgen. »Angriffskrieg als Ordnungsprinzip oder: Hinter der US-Militärpolitik steht die US-Wirtschaftspolitik« auf Seite 10.

GENOSSENSCHAFTEN UND ATTAC

Im viertägigen Seminar »Zukunft der Arbeit – Arbeit der Zukunft« während der attac-Sommerakademie in Marburg wurde über Organisationsstrukturen gegen Ungerechtigkeiten in dieser Welt diskutiert. Seite 11

GENOSSENSCHAFTSTAGE

Mehr als 100 Menschen kamen während der Alternativen Genossenschaftstage vom 7. bis zum 11.8.2002 ins Haus der Gewerkschaftsjugend nach Oberursel. Auf das größte Interesse stieß das Thema Wohnungsbaugenossenschaften, zu dem 70 Interessierte engagiert diskutierten. Nach den täglichen Fachbeiträgen stand im Rahmen der branchenbezogenen Runden Tische viel Raum für Diskussionen und inhaltlichen Austausch zur Verfügung. Deutlich wurde: Bei Bewohnergenossenschaften und bei Genossenschaften zur Bewältigung von Arbeitslosigkeit erschwert die fehlende Hilfe zur Selbsthilfe Neugründungen. Seite 12

www.contraste.org

SCHWERPUNKTTHEMA WAHLEN

Gegenbilder aufzeigen

Wir leben im Jahr ... eigentlich egal, es kommt ständig vor: Wieder mal Wahlen. Wieder mal nachdenken, wer uns regiert – und vergessen, ob wir überhaupt regiert werden wollen. Diesmal noch, um das und das zu erreichen oder zu verhindern. Danach können wir ja andere Sachen machen ... so schleppt es sich hin. Demokratie hält uns davon ab, die Verhältnisse zum Tanzen zu bringen. Und häufig sind gerade »linke« Menschen diejenigen, die zu den eifrigsten RetterInnen der Demokratie mutieren und keinen Gedanken mehr daran verschwenden, was jenseits dessen liegen könnte. Dabei ist ein Kreuz auf der Castorstrecke schon so viel geiler als auf dem Wahlzettel – »es kommt drauf an, wo Sie Ihr Kreuz machen« ... mal anders gedacht. Und wie viel schöner ist es eigentlich, sich die Welt anzueignen für ein Leben ohne Herrschaft und Verwertung? Zuerst Quadratmeterweise – Häuser, Reclaim The Streets, Plätze, Züge, Fabriken (aneignen statt um mehr Geld betteln!!!). Und dann ganze Stadtteile, Orte. Staatsfreie Zonen, von denen bunte Widerständigkeit ausgeht. Ach ja ... es wäre wirklich schön.

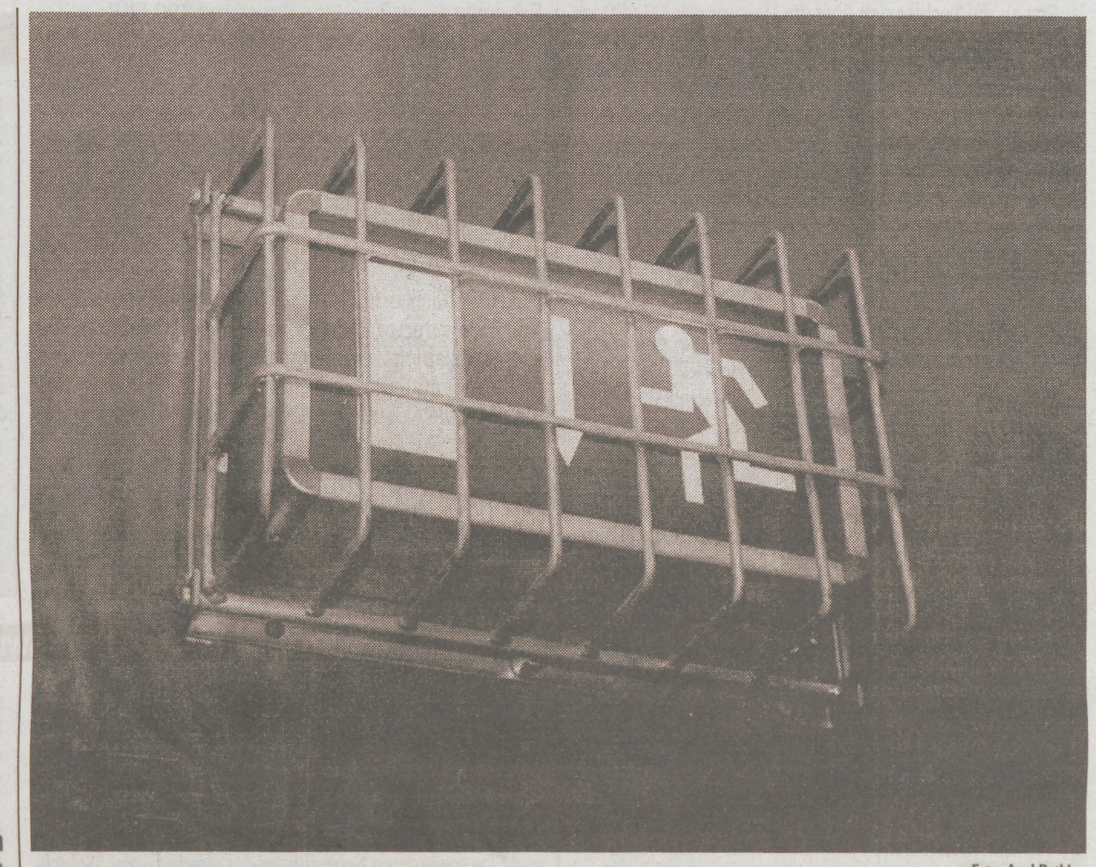
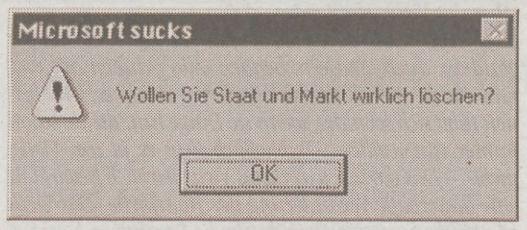


Foto: Axel Rathjen

Espi, Jörg, Marc und weitere Menschen, die sich aktuell in Anti-Wahl-Initiativen engagieren ● Ein Schwerpunkt *zum Thema Wahlen? Aber das ist doch das einzige* an Mitbestimmung, was in der Demokratie bleibt ... *Eben!* Weil die Demokratie ein System ist, in dem es keine tatsächliche Mitbestimmung gibt, sondern nur das Wählen derer, die einen beherrschen, lehnen wir auch die Wahl ab. Es ist Akzeptanzbeschaffung, nichts mehr. Zudem stehen nur ziemlich ähnliche »Alternativen« zur Wahl. Eben Parteien, die demokratisch regieren wollen, die demokratisch Kriege führen und Menschen in Folterstaaten abschieben lassen. Das ist kein Zufall, sondern System. Darum ist auch da Besserung gar nicht möglich. Aus diesem Grunde tut eine Demokratiekritik aus emanzipatorischer Perspektive not.

Wir träumen von einer ganz anderen, befreiten Welt, in der Menschen bestimmen, was abgeht – nicht eine imaginäre Mehrheit. Einer Welt, in der Freiheit nicht die Abgabe des Stimmzettels alle vier Jahre meint, sondern die maximale Selbstbestimmung der Menschen in allen Lebensbereichen und Verhältnissen, die maximal kooperativ organisiert sind. Wahlen sind die Chance, das öffentlich zu benennen, Diskussionen anzuzetteln, Gegenmodelle aufzubauen und die Herrschaftssysteme anzugreifen. Denn vor der Stimmabgabe dreht sich in den Medien, Reden der PolitikerInnen und Gesprächen der Menschen natürlich fast alles darum, wer wie und warum gewählt werden soll. Das sind Diskurse, in die wir eingreifen können! Notwendig dazu sind Menschen und Gruppen, die an der Stelle, wo sie sind, ihre Gegenpositionen zu demokratisch organisierter Herrschaft einbringen und sich mit vielfältigen Aktionen sowie einer eigenen Öffentlichkeitsarbeit Gehör verschaffen!

Und es sieht danach aus, als wären wir nicht allein mit dieser Hoffnung. In verschiedenen sozialen Bewegungen regt sich ein wenig Widerstand, wenn auch auf unterschiedliche Weisen: Menschen aus Anti-Atom-Zusammenhängen organisieren die Keine-Wahl-Kampagne (»Wählt Niemand!«), die Graswurzelrevolution plant ein Sonderheft zu Wahlboykott, Studis sind sich noch sicher, was zu tun ist und wieder andere zerbrechen sich den Kopf über kreative Anti-



Wahl-Aktionen. Natürlich dürfen es gerne noch mehr werden. Und noch schöner wäre all das, wenn diese Initiativen sich gegenseitig austauschen und unterstützen würden!

Davon handelt der Schwerpunkt dieser Ausgabe. Ihr findet hier Argumente gegen Herrschaft, Demokratie und Wahlen, Aktionsideen und Überblicke über bestehende Kampagnen, damit ihr selbst entscheiden könnt, wo ihr »andocken« wollt. Daneben geht es auch immer um Alternativen – Netzwerke, die an einer »Gesellschaft von unten« werkeln. Und nun ... loslegen. Lasst uns Wahlen zu Festen gegen Herrschaft und für eine bunte Welt der Selbstbestimmung machen!●

Schwerpunktthema Seite 7 bis 9

Sie haben die Wahl!

○ SPD, NPD, Nike, CDU/CSU, FDP, B'90/Grüne, Markt, ÖkoLi, Schillpartei, DVU, Verdi, Staat, PDS, Deutsche Biertrinker-Union

oder

○ Selbstbestimmtes Leben, herrschaftsfreie Gesellschaft, Selbstorganisierung, kreativer Widerstand, Kooperation statt Konkurrenz

Immer!

D 8008

POLIT-SOAP-NOVELLE, FOLGE IV – FIN: ANARCHA IV

2084

Was bisher geschah: Karin Jorzig wurde von ihrem Vater in die Psychiatrie eingewiesen, weil sie versucht hatte auszubrechen aus ihrer Welt. Dort lernt sie Nina kennen und lieben, beide werden nach F4 deportiert, einer einsamen Insel. Zusammen mit 47 Mitgefangenen sollen sie dort den Rest ihres Lebens verbringen. Niemand sonst ist auf der Insel. Aber eine Frau plant schon lange den Widerstand. Lira hat ein anarchistisches Retrovirus entwickelt. Bald kommt der Tag, an dem sich alles entscheiden wird.

CARLOTTA

Das Roboterwartungsschiff lag draußen vor Anker. Lira schätzte die Besatzung auf maximal 7 Mitglieder. Der Versorgungsroboter hatte inzwischen die Insel erreicht und Lebensmittel und andere Versorgungsgüter abgeladen. Lira, Karin und Nina hatten sich im Recyclingmüll versteckt. Der Roboter würde die Müllboxen mit an Bord nehmen – aber was dann?

Karin spürte das Schaukeln beim Transport. Dann ein Gefühl als ob sie Karussell fahren würde, bis alles plötzlich stoppte. Sie mussten an Bord angekommen sein. Ihr Plan war sich auf dem Schiff zu verstekken.

Karin versuchte gerade sich bequemer hinzusetzen, als es plötzlich taghell wurde. Sicherheitsleute griffen sie.

'Die kommen gleich auf die Insel zurück', das war der Kapitän.

Lira und Nina standen auch mit dem Gesicht zur Wand. Aber Nina lächelte und im nächsten Moment zerplatzte ein Glaskolben mit Virusflüssigkeit. Ein Sprühregen ging auf die Anwesenden nieder.

Lira drehte sich zum Kapitän, *'Ein Virus, ein sehr wirksamer – ich habe die Unterlagen dabei, wenn Sie selbst sehen wollen'.*

Die Sicherheitsleute wollten die Zentrale informieren, aber der Kapitän lehnte das vorläufig ab, *'Ich mach mich doch nicht lächerlich.'* Die Schiffsärztin sollte zuerst die Unterlagen prüfen. Die drei Frauen wurden einzeln eingesperrt.

Es dauerte mehrere Stunden. Karin war halb eingeschlafen, als sie die Geräusche hörte, als würde ... Auf einmal ging die Tür auf, es war eine der Leichtmatrosinnen.

'Ich brauche Hilfe, halt das mal.'

'Was wird das?'

'Ich baue einen Drachen, den lasse ich dann am Heck steigen, bei der Fahrt des Schiffes geht das sicher gut.'

'Was ist mit dem Kapitän?'

'Der hat sich in seiner Kajüte eingesperrt und guckt alte Folgen von Star Treck.'

'Hast Du auch einen Schlüssel für die anderen Sicherheitszellen?

'Liegt da, aber fass erst mal mit an.'

Die ganze Zeit war Karin irgendetwas seltsam vorgekommen, aber erst jetzt begriff sie, dass es die lila Haare der Matrosin waren, die sie irritierten. Sie hob den Schlüssel auf und befreite Nina und Lira.

Als Karin, Nina und Lira an Deck gingen kümmerte sich keine um sie. Die Sicherheitsleute saßen in einer Ecke und versuchten Stricken zu lernen.

Wieder das Gefühl der Irritation – alle hatten lila Haare. Es gab helles und dunkles, rotstichiges und grünstichiges lila. Auch sie selbst schien lila Haare zu bekommen. Wieso haben auf einmal alle lila Haare?

Lira lachte; Das ist ein Effekt des Virus, die Menschen müssen doch auch bemerken dass sie an Anarchie erkrankt sind – damit sie wissen, dass sie jetzt tun dürfen, was sie schon immer wollten.

Die Schiffsärztin hatte in einer Kabine einen Raum für besondere Rauscherfahrung eingerichtet und suchte jetzt ProbandInnen, da sich aber bisher niemand gefunden hatte, hatte sie offensichtlich einiges im Selbstversuch getestet.

Der Koch hatte sich in der Küche des Schiffes eingesperrt. ...

Fortsetzung auf Seite 2

FORTSETZUNG VON SEITE 1

2084

Die Schotten waren dicht. Hier würde kein Virus eindringen. Dann sah er die Schiffskatze, wie sie mitten zwischen Töpfen auf der Anrichte saß und nach Fleischstückchen fischte. Als er sie verscheuchen wollte, fauchte sie und kippte dann einen der Töpfe um. An das Tier hatte er nicht gedacht. Und jetzt bemerkte er auch den lilastichigen Farbton in ihrem Fell. Ängstlich zog er sich zurück, horchte in sich hinein, ob auch die Katze den Virus übertragen konnte. Er fühlte sich seltsam, jetzt war auch alles egal. Er zog den Kittel aus und tat, was er schon immer hatte ausprobieren wollen. Er versuchte mit einem Wurf einer Kartoffel alle Konservendosen gleichzeitig aus dem Regal zu befördern. Die Schotten konnte er jetzt auch wieder öffnen.

Inzwischen kümmerte sich niemand auf dem Schiff mehr um die Routine. Nina und Karin hatten alle Hände voll zu tun. Während Lira sich vom Koch in der Kombüse dabei helfen ließ die Retroviren weiterzuvermehren, waren die beiden damit beschäftigt zu überlegen, wie sie unauffällig den nächsten Hafen anlaufen könnten.

Der erste Offizier, der gerade einen Joint rauchte, machte nur unsinnige Vorschläge – Außerirdische melden. Plötzlich stoppten die Maschinen. Die Maschinistin hatte beschlossen schwimmen zu gehen, das Wetter war danach.

Nina verlor langsam die Geduld – *'Sauhaufen'.*
Karin war völlig begeistert – *'Ist doch toll'.*
'Wenn Du auch schwimmen gehst, sind wir geschiedene Leute.' Das war ihr erster Streit.

Plötzlich hörten Sie eine Stimme: *'Wartungseinheit 2C4 bitte melden. Was ist bei Ihnen los sie haben mitten auf ihrer Route gestoppt.'*

Beide schwiegen – außer dem ersten Offizier waren sie die einzigen auf der Brücke. Nina stieß Karin in die Seite – und antwortete.
'Die Maschinen haben plötzlich gestoppt.'
'Wissen Sie weshalb?'
'Ja, die Hitze – aber die Maschinistin wird sie wieder in Gang setzen.'
'Laufen Sie trotzdem vorsichtshalber den nächsten Hafen an. Wir schicken ihnen einen Schlepper entgegen.'

Die Schiffskatze war jetzt wunderschön lila violett gescheckt, Karin fragte sich, ob das lila auch auf andere Tierarten übertragen würde, lila Möwen, lila Fische – irgendwann würde es vielleicht etwas eintönig.

Im Hafen konnten Lira, Karin und Nina unbemerkt im Chaos, dass die Mannschaft auslöste, untertauchen. Sie brauchten unbedingt eine unauffällige Kopfbedeckung. Nina klaute ihnen Fahrräder und Fahrradhelme, so waren die Haare kaum zu sehen. Vielleicht hatte die Polizei schon Hinweise auf lila gefärbte Haare bekommen.

Sie fügten die Viren an unterschiedlichen Stellen dem Trinkwasser zu. Dann tauchten sie in einem leerstehenden Gebäude unter.

10 Stunden später informierte Lira die Medien. Als die erste Warnung kam, war es zu spät – auch die Ausgangssperre kümmerte keine mehr. Zuerst versuchten die Sicherheitskräfte noch alle Personen mit lila Haaren zu isolieren, aber als auch die Katzen und Hunde als Überträger kenntlich wurden, brach das System zusammen.

Alle hatten irgendwann im Laufe des Tages Wasser getrunken. Kurz nach den ersten Meldungen setzten auch die Wirkungen massenhaft ein. Vielen Leuten schienen die Anweisungen völlig egal. Und nach jeder weiteren Meldung in den Medien verbreitete sich der Virus rasant. Die Offiziellen verließen panikartig diesen Teil des Landes, aber wo immer sie hinkamen, Anarcha IV breitete sich auch dort schon aus.

Einige Infizierte hatten sich offensichtlich die Haare gefärbt um unauffällig in andere Landesteile eindringen zu können. Auch eine kurzfristige Verordnung zur Beschlagnahmung aller Haarfärbemittel kam zu spät.

Der Vertreter Hartmut F. fuhr an diesem Tag seine übliche Route. Das Radio hatte er nicht eingeschaltet, so dass er vom Virus nichts erfuhr. Wie immer hielt er sich bei den Ortsdurchfahrten nicht an Geschwindigkeitsbegrenzungen. Die Autowracks vor sich sah er gerade noch rechtzeitig, um Bremsen zu können. Zu sehen war niemand. Als er Ausstieg stürzte eine Horde Kinder an ihm vorbei. Mit lila Haaren, das schien eine neue Mode zu sein. Von seinem Auto ließen sie nur eine verbeulte Karosserie übrig. Zwei der anderen AutofahrerInnen fand er an Bäume gefesselt und mit Wachsmalkreide bemalt. Als Herr H. nach Hause kam, musste er feststellen, dass seine Frau zum Mittagessen seine Kakteen gedünstet hatte. Sie trug eine Perücke. Und auf seinem Lieblingssessel lag sein lilafarbener Schäferhund.

Eva Meyer war gerade 57 geworden. Sie maß jeden Morgen mit dem MediDock A ihre Körperfunktionen um festzustellen, ob sie auch gesund war. Zwar fühlte sie sich heute hervorragend, aber das Gerät zeigte bedenkliche Werte. Eva Meyer beschloss, alle Termine abzusagen und nahm einige Tabletten. Als ihre Tochter kam, ging es Eva Meyer bereits sehr viel schlechter – die lila Haarfarbe ihrer Tochter fand sie recht unpassend. Aber ihre Tochter würde schon wissen, was modisch war.

Erst als die Tochter sich über die Messwerte des MediDock A halb kaputt lachte, wurde sie misstrauisch. Als ihre Tochter das Gerät aus Spaß ausprobierte waren die Messwerte eindeutig, ihre Tochter war tot!

Als sie dann im Spiegel bemerkte, dass sich auch ihre Haare lila färbten, war sich Eva Meyer sicher, die einzige logische Schlussfolgerung – sie war auch tot, sie hatte alles hinter sich, dies musste das Jenseits sein. Endlich konnte sie tun, was sie schon immer wollte. Als erstes schmiss sie den MediDock A aus dem Fenster.

Karin, Nina und Lira saßen im Restaurant, ihre Getränke mussten sie sich selber holen, die Bedienung sonnte sich auf der Straße, alle verfolgten die Vorgänge auf dem Drei-D-Schirm. Die Reporterin, die sich die Freiheit nahm zwischendurch immer mal wieder von der Schwierigkeit des Verhältnisses zu ihrer Großmutter zu erzählen, machte es nicht einfacher, den ohnehin seltsamen Berichten zu folgen. Ein Kameramann filmte immer nur die Füße. Karin fand das nicht uninteressant. Wenigsten einmal keine lila Haare, obwohl auch der Haarflaum auf den Beinen leicht lila schimmerte, sie fand das doch noch gewöhnungsbedürftig. Außerdem war sowieso alles (un)klar, es gab Meldungen aus New York, Peking, Leningrad, Madagaskar und Tuttlingen – alles in lila. Der Virus war überall.

Lira und Nina stießen an, nur Karin sah unglücklich aus. Lira berührte sie.
'Was ist?'
'Dann hatten die GenetikerInnen also doch recht – es funktioniert.'
'Was?'
'Die Gentechnik.'
'Nein – wieso?'
'Du siehst doch eine kleine genetische Veränderung und die Welt wird unregierbar. Du hast das Virus doch selbst entwickelt.'
'Das liegt nicht an den Genen.'
'Aber das Virus, sonst wäre ...'
'Nicht das Virus ist entscheidend, nur das Alle daran glauben, auch die Herrschenden. Alle glauben auf einmal das die Verhältnisse sich ändern – das ist es. Und keineR fühlt sich schuldig, wenn sie Dinge tun, die sie schon immer tun wollten – schließlich liegt es ja am Virus, nicht? – Das einzige was dieses Virus wirklich bewirkt ist eine dauerhafte Veränderung der Haarfarbe. Das Virus ist nur die passende Ausrede für die Revolution.'
'Ja, und der Polizist vorhin – auf einmal hat er seine Uniform ausgezogen und ist dann im Unterzeug auf dem Polizeiwagen rumgehüpft.'
'Das hat er sich vorher nur nicht getraut.'
'Ja, aber ...'
'Ja, aber was? Wie sieht die Wirkung bei Dir aus, merkst Du schon was?'

'Meine Haare sind lila.'
'Und sonst?'
'Es wird Frühling.' ●

FIN

PS: Den Stil habe ich mir teilweise bei Johanna Russ (feministische SF-Autorin – »The female man«) abgeguckt – ist gerade bei *Argument* in Deutsch erschienen – und auch heute noch höchst empfehlenswert.

AKTION 2002:

Weitere Fördermitgliedschaften...

... benötigt CONTRASTE, um das sich abzeichnende Defizit in diesem Jahr aufzufangen. Gesucht werden AbonnentInnen, die sich vorstellen könnten, über ihre Mitgliedschaft im CONTRASTE e.V. das Zeitungsprojekt zu unterstützen (Coupon auf dieser Seite links unten). Nachfolgend unsere kleine Statistik für die Sommermonate:

Redaktion Heidelberg ● Fünf Neuabos sind in den Sommermonaten hinzugekommen. Auch ein neues Fördermitglied können wir begrüßen:
● Ulf Gausmann, Berlin (65 EUR)
Das ergibt zusätzliche Einnahmen von 290 EUR.

Auf unserem Spendenkonto gingen folgende Beträge ein:
● René Hasenknopf, Berlin (5 EUR)
● Gisela Sonnleitner, Stockdorf (18 EUR)
● Gertrud Dorsch, Münster (38 EUR)
● Armin Scholl, Münster (10 EUR)
● Leefke Hiller, Hamburg (5 EUR)
Das erhöht die zusätzlichen Einnahmen auf 366 EUR. Herzlichen Dank!

Leider blieben auch weitere Kündigungen nicht aus. Acht Abos wurden gekündigt, bzw. eingestellt (eine Abo wegen Nichtzahlens, ein Abonnent scheint wegen Umzugs nicht mehr auffindbar zu sein). Auch eine Fördermitgliedschaft wurde wegen eines längeren Auslandsaufenthaltes gekündigt. Das ergibt ein Minus von 389,20 EUR.

Die Differenz erhöht unser Minus in diesem Jahr um 23,20 EUR auf 462,98 EUR. Damit verschuldet sich CONTRASTE derzeit mit 42,09 EUR pro Ausgabe.

Zusammen mit dem angestrebten Teilabbau unserer Altschulden benötigen wir in diesem Jahr noch 2.249,67 EUR.

Wir hoffen weiterhin auf weitere Spenden, Neuabos und Umstellungen bestehender Abos auf Fördermitgliedschaften (Coupon auf dieser Seite!). Spendenkonto: Volksbank Bergstraße, BLZ 509 601 01, Kto-Nr. 64076 (bitte Wunsch nach Spendenquittung angeben!). Über den neuesten Stand werden wir wieder in der nächsten Ausgabe berichten. ●

Dankbar wären wir, wenn unsere LeserInnen, die an diversen Tagungen und Veranstaltungen teilnehmen, kostenlose Überdrucke der CONTRASTE dort auslegen würden. Bestellungen unter
Tel. (0 62 21) 16 24 67.

IN EIGENER SACHE

Hin und wieder erreichen uns nicht nur lobende sondern auch zornige LeserInnenbriefe. Wir möchten ausdrücklich daraufhinweisen, das die in CONTRASTE veröffentlichten Artikel nicht zwangsläufig den Meinungen unserer Redaktionsmitglieder entsprechen müssen – selbst diese haben nicht eine einheitliche Meinung. Da sich CONTRASTE als Diskussionforum unterschiedlichster Bewegungen (und eben auch Meinungen) versteht, werden immer wieder auch Artikel, die zu kontroversen Diskussionen führen (und zugegebenermaßen manchmal recht provozierende Äußerungen enthalten) abgedruckt. Wir halten es für wichtig, keinen unkritischen Pluralismus zu vertreten aber denken, dass alle standhaft genug sein sollten, gemeinsam eine Streitkultur zu pflegen, die wichtige Auseinandersetzungen möglich macht. Also: Beim nächsten Ärger über einen Artikel nicht gleich zornig zum Hörer greifen und das CONTRASTE-Abo kündigen, sondern zur Feder oder Tastatur greifen und selbst etwas schreiben. Wie schon gesagt: Wir verstehen uns als offenes Diskussionsforum!

UMWELTZENTRUM DRESDEN: NICHTS IST MEHR WIE ES WAR

Steffi Schwandt, Dresden ● Schon oft gesagt und gehört, doch nie richtig verstanden: Nichts ist mehr wie es war. Erst jetzt begreifen wir wirklich, was diese Worte bedeuten.

Dresden: Trauer, Resignation, Hilflosigkeit. Die Uhren der Stadt stehen still. Die Menschen sind still. Wir wissen, dass in diesen Tagen und Wochen viele Menschen entlang Moldau und Elbe sowie deren Nebenflüssen das gleiche fühlen. Schicksale. Schicksale in Glashütte, Wesenstein, Dresden, Meißen, Grimma und in vielen weiteren kleinen und größeren Orten im Einzugsgebiet der reißenden Ströme. Wir wissen darum und dennoch liegt uns eines besonders am Herzen: das Umweltzentrum Dresden. Es ist gelegen in Dresdens Altstadt. Viele Umweltvereine – die Grüne Liga Sachsen e.V., der Naturschutzbund, die Hilfsorganisation arche noVa e.V. , die Verbrauchergemeinschaft Dresden – sowie verschiedene klein-und mittelständische Unternehmen – die brennNessel (Restaurant und Kneipe), dach & grün, das ÖkoProjekt ElbeRaum GmbH – und viele andere fanden dort ihren (Arbeits-) Platz. Auch die umfangreiche Umweltbibliothek hat dort ihren Standort.

Wie Ihr wahrscheinlich durch Funk und Fernsehen wisst, ist auch die Dresdner Altstadt besonders vom Hochwasser gezeichnet. Zwei mal wurde das Umweltzentrum von den Wassermassen heimgesucht: von der Flut der Weißeritz und vom Hochwasser der Elbe. Große Teile des Umweltzentrums wurden vollständig überspült und zerstört. Nichts ist mehr wie es war.

Verschiedene Arbeiten können wir aus eigener Kraft verrichten, für andere benötigen wir professionelle Hilfe. Wir benötigen Werkzeuge und unzählige Arbeitsmittel, um das Haus wieder aufzubauen. Wir brauchen Geld.

Bald könnt Ihr Euch ein Bild von der Katastrophe auf unserer Internetseite unter: www.uzdresden.de machen. Künftig wollen wir über die vorangeschrittenen Arbeiten auf der homepage berichten, damit die Spender wissen, was mit ihrem Geld geschieht.

Wir wollen uns nicht in den Vordergrund spielen, wir kennen die Gesamtsituation, es ist aber auch klar: Wir werden es nicht alleine schaffen. ●
Bitte spendet an das:
Umweltzentrum Dresden e.V., Kennwort: Hochwasser, Stadtsparkasse Dresden, BLZ: 850 551 42, Kto.: 348 051 194.
Spenden sind steuerlich absetzbar. Darum bitte vollständigen Namen und Adresse angeben. Wir senden Ihnen gern eine Spendenquittung zu.

Kurt's Surf-Center

Han Bin im Glück
14 EUR für einen tollen Flitzer

Auch das gab es in diesem Hochwassersommer auf dem anderen Teil der Erdkugel: Han Bin aus Shanghai war im Internet und hatte enormes Schwein. Für nur 116 Yuan (ca. 14 EUR) ersteigerte er bei EachNet.com einen gut erhaltenen VW im Schätzwert von 100.000 Yuan (fast 12.000 EUR). Die anbietende Firma Yonda Automobile Sales Co mag die Kiste zwar jetzt noch nicht rausrücken. Auf dem Rechtsweg werden ihr aber wenig Chancen eingeräumt. Vertrag ist schließlich Vertrag, dies auch in China.

Außerdem hätte das Autohaus ihr Angebot auch in eine Kategorie mit Mindestgebot 60.000 Yuan (7.200 ?) einstellen können. Die chinesische Auktionsbörse jedenfalls weist jede Verantwortung weit von sich: niemand versteht, warum die Anbieter den Bietern keinen Mindestpreis vorgeschrieben hatten.

Auktionsbörsen sind wie auch andere Tauschbörsen schlichtweg der Topphit im Internet. Während die peer-to-peer-Börsen mit ihren lawinenartigen Auswirkungen z.B. auf die Musikindustrie jedoch zunehmend in den Verruf des Ideenklaus kommen, haben virtuelle Preisfindungsbörsen auf dem Arbeits-, Waren- und Dienstleistungsmarkt einen immer wichtigeren Stellenwert auch für die Old Economy. Bartering von Technik, Rohstoffen und Know-How ist Gang und Gäbe.

Entsprechend gut entwickelt sind die rechtlichen Fragen der Abwicklung und Gewährleistungen. So ist die Teilnahme an einem deutschsprachigen Auktionshaus wie z.B. ebay oder ricardo eine durchaus ernstzunehmende und klare Angelegenheit. Bei ebay ist nicht nur die Geschäftsabwicklung verbindlich entwickelt, sondern zusätzlich ein Fremdbewertungssystem mit Bonus und Malus zwischen Bietern und Anbietern eingerichtet, was dazu führt, dass Zuverlässigkeit und Qualität sowie Zahlungsmoral transparent werden.

Für viele Ich-Ags im Internet mag auch die Kombination der Teilnahme an Auktionen mit Verlinkung zu einem eigenen E-Shop von besonderem Interesse sein. Sonder- und Spitzenangebote könnten so mit Links zum Breitenangebot werben. Auch das ist klar geregelt. Bei ebay z.B. gibt es solche Links eben nur zu ebay-Shops (elektronischen Läden, die eben exklusiv bei ebay-Servern eingemietet sind).

Da haben es die antiquarischen Buchhändler besser. Die haben inzwischen mit dem Zentralen Verzeichnis der Antiquarischen Archive (www.zvab.de) selber einen gemeinsamen Internetshop aufgebaut. Und dabei auch Raum für eigene Auktionen eingeräumt. Auch ihr Laden brummt. Jedes ZVAB-Antiquariat kann (nach eigenen Angaben) durchschnittlich 150 Exemplare im Monat umschlagen. Es gibt mittlerweile Buchläden, die sich eigentlich nur noch durch ihre Teilnahme am ZVAB aufrecht erhalten können.

Da können wir Han Bin seinen billigen VW doch wirklich nur gönnen. Vielleicht werden wir ja auch einmal Hans im Glück. ●

JETZT CONTRASTE FÖRDERN !

O Ich werde Fördermitglied bei CONTRASTE – Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie, dafür erhalte ich CONTRASTE jeden Monat umsonst.
O Mein Mitgliedsbeitrag beträgt ..... Euro pro Jahr.
(mindestens 62 Euro für Einzelpersonen, mindestens 154 Euro für juristische Personen)
O Ich bin bereits CONTRASTE-AbonnentIn und kündige mit dem Eintritt in den CONTRASTE-Verein mein Abo.
O Meine Mitgliedschaft soll sofort beginnen, ich zahle den Differenzbetrag zum Abo.
O Meine Mitgliedschaft soll sofort beginnen, ich zahle den vollen Mitgliedsbeitrag.
O Meine Mitgliedschaft soll mit Ablauf meines Abos beginnen.
O Schickt mir erst mal Eure Satzung.

Name, Vorname _____

Straße _____

Wohnort _____

Datum _____ Abo-Nr.: _____

Unterschrift _____

Coupon ausschneiden und einsenden an: CONTRASTE e.V.· Postfach 10 45 20 · D-69035 Heidelberg

SOZIALE GRUNDRECHTE AUSHEBELN – STRATEGIEN DER POLITISCHEN KLASSE

Die Demontage der sozialen Sicherung

– ein Angriff auf soziale Grundrechte

Der nachfolgende Artikel der Sozialwissenschaftlerin Christa Sonnenfeld, Vorstandsmitglied des Komitees für Grundrechte und Demokratie, leuchtet schlaglichtartig aus, wie aktuell auch noch die Reste des keynesianischen Sozialstaats sukzessive abgeräumt werden sollen. Sie skizziert die arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Strategien der politischen Klasse, die sozialen Grundrechte auszuhebeln und durch ein flexibles politisches Armutsverwaltungs- und Zwangsmaßnahmensystem zu ersetzen.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Christa Sonnenfeld ● Nicht erst seit der bekannt gewordenen Datenmanipulation der Bundesanstalt für Arbeit ist der ohnehin zurückgenommene Sozialstaat unter erheblichen Druck geraten. Schleichend und stetig wird das System der sozialen Sicherung Bismarck'scher Prägung geschliffen. Soziale Grundrechte werden weiter und nachhaltiger denn je verletzt. Der »Skandal« der Bundesanstalt aber hat nachgerade Schleusen und Schubladen geöffnet, in denen schon lange abrufbereite Konzepte lagen, die das System sozialer Sicherung endlich in Angriff nehmen sollten. Es scheint, als hätten politische Funktionäre und intellektuelle Zuarbeiter nur auf die Eröffnungen des Bundesrechnungshofs gewartet oder den Prozess sogar in Gang gesetzt.

Bereits ein Jahr nach der rot-grünen Regierungsübernahme wurde eine Steuerreform zugunsten der Unternehmen verabschiedet (Einsparungsvolumen von ca. 20 Milliarden DM). Erst allmählich bekommen wir deren Folgen zu spüren, so beispielsweise durch die Finanznot der Kommunen. Hinzu kommt der Druck durch die EU-Kommission auf die »Hochlohnländer«, die Lohnnebenkosten weiter zu senken und die Sozialleistungen zu kürzen. Dies bedeutet nicht nur einen Angriff auf die Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung, sondern Entlastung der Unternehmen. Die »Rentenreform« war in diesem Umverteilungskontext der Anfang, mit der die paritätisch finanzierte Sicherung aufgegeben wurde.

Für eine höchstmögliche Kapitalverwertung ist der Sozialstaat schon immer ein Hindernis. Unter dieser Regierung werden all die Planungen, sozialstaatliche Leistungen auf ein Minimum zu reduzieren oder gänzlich einzustellen, in die Praxis umgesetzt. Mit Widerstand ist in der Bevölkerung kaum zu rechnen, nicht zuletzt, weil eine ununterbrochene Propagandamaschinerie den BürgerInnen Grundrechtsverletzungen als schmerzliche, aber notwendige Maßnahmen zumutet, als alternativlose Strategie, die den Staat nicht mehr als Zwangsapparatur erkennen lässt. Der Verfassungsrechtler Winfried Hassemer beklagte schon 1997, dass die Bereitschaft, Grundrechtspositionen aufzugeben, auch in der Bevölkerung steige. Der Staat nutze diese Haltung wiederum, um sich neue Befugnisse zu schaffen.

Die soziale Sicherung steht unter massivem Druck

Der Privatisierung der Alterssicherung, die als Reform ausgegeben wird, folgt nun mit großen Schritten die Zurücknahme von Leistungen der Kranken- und Arbeitslosenversicherung. Gerade bei der letzteren wird dabei auf unterschiedlichen Ebenen strategisch operiert, um die Lohnnebenkosten und damit die Beitragszahlungen der Arbeitgeber zu senken.

Über die Lohnsubventionierung, insbesondere dem Kombilohn, werden Löhne tatsächlich gesenkt. Löhne werden von staatlicher Seite nur befristet subventioniert. Danach bilden sie das Niveau der »neuen« Niedriglöhne, das 20-30% unter dem bisherigen Niedriglohntarif liegt. Der vormalige Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages, Hans Peter Stihl, wollte denn auch den Kombilohn bereits im Jahr 1997 als »trojanisches Pferd« verstanden wissen, da er gesellschaftliche Akzeptanzprobleme befürchtete, wenn die Lohnnebenkosten – und damit einhergehend die Löhne – abrupt gekürzt werden würden. Mit der Lohnsubventionierung ist es dann – unter Berufung auf das Lohnabstandsgebot – möglich, auch den Regelsatz der Sozialhilfe abzusenken.

Parallel dazu geht die Bundesregierung auch bei der Senkung der Sozialleistungen für Erwerbslose in die Offensive. In ihrem Konzept soll die Arbeitslosenhilfe ganz abgeschafft und ca. 1,6 Millionen BezieherInnen sollen in die Sozialhilfe überführt werden. Die Bundesanstalt für Arbeit hätte dann eine andere Funktion: sie verwaltet die BezieherInnen von Arbeitslosengeld, von denen viele erfahrungsgemäß relativ schnell wieder eine Erwerbsarbeit finden. Darüber hinaus wird sie, da Vermittlung und Qualifizierung so weit wie möglich privatisiert werden, zur bloßen Ordnungsinstanz, indem sie darauf reduziert wird, Leistungen zu verteilen oder zu sperren. In dieser Strategie werden die grundrechtlichen Einschnitte besonders deutlich:

● Sie führt zu einer erheblichen Verarmung großer Teile der Erwerbslosen.

● Die Kontrollen von Konten, von Einkünften von Verwandten und LebenspartnerInnen, von Wohnungen u.ä. können auf einen weit größeren Personenkreis ausgedehnt werden.

● Der Berufsschutz ist für ArbeitslosenhilfebezieherInnen ohnehin vollständig eliminiert, da sie unabhängig von der erworbenen Qualifikation vermittelt werden. Bislang aber können sie noch eine Tätigkeit ablehnen, die unter der Höhe ihrer bezogenen Leistung liegt. Wird die Arbeitslosenhilfe abgeschafft, gelten für sie die Regelungen der so genannten »Gemeinnützigen Arbeit«, d.h. die Beschäftigung für 50 Cent bis 2 Euro die Stunde in Parks, auf Friedhöfen oder bei Wohlfahrtsverbänden.

Damit einher geht der umfassende Arbeitszwang, der zwar schon immer die Arbeitsmarktpolitik bestimmt, inzwischen aber nie da gewesene Ausmaße erreicht hat. So resümiert der Deutsche Städtetag, dass im Jahr 2000 im Rahmen der »Hilfe zur Arbeit« 403.000 SozialhilfebezieherInnen bundesweit zur Arbeit verpflichtet würden. Auch bei den Erwerbslosen hat der Druck zugenommen. Diese Entwicklung lässt sich an der Zunahme der Leistungssperren erkennen. Zukünftig werden sich z.B. durch das neue »Job-Aqtiv-Gesetz« eine Unzahl von Möglichkeiten erschließen, Erwerbslose zu sperren, indem neue, gesetzlich sanktionierte Hürden aufgebaut werden. Über Jahre addiert, haben inzwischen Millionen von Menschen derartige Maßnahmen durchlaufen, ohne dass sich ihre Perspektive erkennbar verbessert hatte, (Spindler 1999). Es fehlen existenzsichernde Arbeitsplätze, daran kann auch der »aktivierende Sozialstaat« kaum etwas ändern.

Die Arbeitslosenversicherung wird demnach nicht nur durch die Auslagerung der ArbeitslosenhilfebezieherInnen erheblich entlastet, sondern auch durch die entfallenden Anstrengungen der Arbeitsämter, beispielsweise sinnlose »Qualifizierungen« und Trainingsmaßnahmen zu erzwingen, aus denen viele Erwerbslose voraussehbar wieder aussteigen, weil sie keine Beschäftigungswirkung zeitigen und weil es als Demütigung empfunden wird, dass eigene Interessen und die erworbene Qualifikation überhaupt keine Rolle spielen.

Auch zuvor war unübersehbar, dass die Verletzung von Grundrechten konstitutiv sowohl im Bundessozialhilfegesetz als auch im Sozialgesetzbuch III angelegt ist. Inzwischen ist in den Planungen und »Reform«-Vorschlägen eine gewisse Unbekümmertheit zu beobachten, so z.B. wenn Roland Koch vorschlägt, dass auch BezieherInnen von Arbeitslosenhilfe »Gemeinnützige Arbeit« verrichten sollen. Wo die gegenwärtige Gesetzgebung noch zu liberal erscheint, wird schlicht erwogen, dann eben die Gesetze zu ändern.

Während SPD-Experten die stufenweise Annäherung des Arbeitslosengeldes an die Sozialhilfe planen, versucht das CDU-Modell einen Schritt weiter zu gehen Es ist an den Entwürfen zu einer veränderten Regelung des Krankenversicherungssystems orientiert. Eine Aufteilung in Grund- und Wahlleistungen wird vorgeschlagen, bei der man sich durch höhere Versicherungsbeiträge weniger Zwang und mehr Leistungen der Arbeitsämter erkaufen kann. In beiden Modellen wird die Arbeitslosenhilfe abgeschafft.

Die Tendenz ist eindeutig. Die schon eingeleiteten und die geplanten »Reformen« des Arbeitsmarktes zielen auf ein neues Gesellschaftsmodell ab, in dem die Kosten sozialer Sicherung zunehmend privatisiert werden. Die bloße Armenfürsorge würde zukünftig an die Stelle sozialstaatlicher Verpflichtung treten. Das System der sozialen Sicherung wäre damit gekippt.

Die Notlage als Motor

Die Voraussetzungen für die allseitige Verfügbarkeit von Erwerbsfähigen wurden in den letzten Jahren auf vielfältige Weise geschaffen. Die Lockerung des Kündigungsschutzes, die Abschaffung des Berufsschutzes und die Ausweitung der Spielräume für Zeit- bzw. Leiharbeit haben den Boden für eine allgemeine Lohnabsenkung bereitet. Viele Menschen, die ihre Arbeit »verlieren«, können inzwischen gewiss sein, dass sie sich bei einem neuen Job auf eine schlechtere Bezahlung einstellen müssen. Die Nähe zu Wucherlöhnen (d.h. der Lohn beträgt höchstens 2/3 des regional gezahlten Durchschnittslohns) wird immer häufiger erreicht, weil selbst die Arbeitsämter in Stellen vermitteln, die sittenwidrig unterhalb dieses Durchschnittsniveaus entlohnt werden.

Auch die ohnehin geringen Sozialleistungen geraten unter Druck, nicht nur durch die oben aufgeführten Planungen zur Kürzung des Arbeitslosengeldes und zur Abschaffung der Arbeitslosenhilfe. Auch die Sozialhilfe selbst wird in Angriff genommen. Bislang noch müssen Sozialleistungen und so genannte »Einmalige Beihilfen« individuell nach dem tatsächlichen Bedarf ausgezahlt werden, wobei die Praxis der Kommunen und einzelner SachbearbeiterInnen z.T. stark differiert. Verweigerung oder Kürzung von Leistungen sind an der Tagesordnung und beschäftigen seit Jahren Sozialgerichte. Jetzt aber schreiben die gegenwärtig laufenden Modellprojekte in einzelnen Kommunen die Pauschalierung von Miete, Heizung u.a. fest, die die realen Kosten nicht mehr abdeckt, wie erste Ergebnisse in Kassel zeigen. Damit wird das Sozialhilfeniveau schleichend abgesenkt. Für die Kommunen führt dies zwar zu Einsparungen, für die Betroffenen allerdings bedeutet es drohende Obdachlosigkeit.

Besonders in Ostdeutschland toben anarchische Zustände auf dem Arbeitsmarkt, wenn es um die Verteilung der wenigen Arbeitsplätze geht. Die Situation für die Menschen dort ist sowohl materiell als auch sozial weitaus widersprüchlicher und prekärer. Aufgrund der für die DDR konstitutiven Erwerbszentrierung hat Lohnarbeit eine sehr starke soziale und psychische Dimension, sie war eingebunden in soziale Kontakte, Freizeit und Sinnstiftung. Diese historisch gewachsenen psychosozialen Verhältnisse werden häufig schamlos ausgebeutet durch sinnlose, entwürdigende Dauerzuweisungen in Trainingsmaßnahmen und ABM-Stellen, manchmal unterbrochen durch befristete Jobs mit Gehältern, die nur noch als Lohndumping bezeichnet werden können und ein Leben in Würde

Fortsetzung auf Seite 4

14. SEPTEMBER 2002 IN KÖLN:

Politikwechsel statt Wahlkampfshow!

Eine Woche vor der Bundestagswahl soll Köln zum Schauplatz einer anderen Politik werden. Zusammen mit fünf Gewerkschaftsjugendverbänden ruft Attac am 14.9. unter dem Motto: »Her mit dem schönen Leben – Eine andere Welt ist möglich!« zu einem bundesweiten Aktionstag mit Großdemonstration auf. Hiermit soll gesellschaftlicher Druck gegen die nach Meinung von Attac zunehmend von neoliberalen Positionen bestimmte Politik der etablierten Parteien entfaltet werden.

Redaktion Heidelberg ● »Rot-grün setzte die neoliberale »Modernisierung« der Kohl-Ära nahtlos fort«, so Christoph Bautz von Attac Deutschland. »Konzerne und Vermögende wurden steuerlich entlastet und die Rentenversicherung teilprivatisiert. Nach der Bundestagswahl droht mit weiteren Privatisierungen im Gesundheitswesen die endgültige Festschreibung einer Zweiklassenmedizin. Die soziale Schere droht deswegen noch weiter auseinander zugehen.«

Doch auch von einer CDU-geführten Bundesregierung verspricht sich Attac keine Abkehr von dieser neoliberalen Politik. Notwendige Veränderungen seien daher nicht von den etablierten Parteien zu erwarten, sondern nur durch gesellschaftlichen Druck. Attac will die hoch politisierte Zeit vor der Bundestagswahl und kurz nach der Rio plus 10-Konferenz und dem 11. September-Jahrestag nutzen, um seine Forderungen nach einer ökologischen und sozial gerechten Globalisierung in die Öffentlichkeit zu tragen. »Die zunehmende soziale Ungleichheit verlangt nach Umverteilung sowohl zwischen Nord und Süd als auch innerhalb der einzelnen Länder«, so Christoph Bautz. »Attac fordert daher die faire Besteuerung von Kapital, die Einführung der Tobin-Steuer und die Entschuldung der Entwicklungsländer. Wir stellen uns entschieden gegen Privatisierungen im Gesundheitswesen.« Gleichzeitig tritt Attac zusammen mit der Friedensbewegung am 14.9. gegen die Militarisierung der Außenpolitik ein und fordert statt dessen Konfliktprävention und friedliche Konfliktlösung.

Der Vormittag des 14.9. wird bestimmt sein von einer Vielzahl dezentraler Aktionen von Attac, der Gewerkschaftsjugend, der Erwerbslosen- und Friedensbewegung auf verschiedenen Plätzen in der Kölner Innenstadt. Mittags wird die Gewerkschaftsjugend das »Schiff des Neoliberalismus« im Rhein entern. Nach einer gemeinsamen Großdemonstration endet der Tag mit einer Abschlusskundgebung mit verschiedenen Redebeiträgen und bekannten Bands.

Attac verhält sich parteipolitisch strikt neutral. »Am 14. September werden wir deutlich machen«, so Bautz, »dass wer auch immer die Regierung nach der Bundestagswahl stellen wird, mit einer starken gesellschaftlichen Bewegung zu rechnen hat. Es ist Zeit für einen grundlegenden Politikwechsel!«●

Politikwechsel statt Wahlkampfshow!

Zusammen mit fünf Gewerkschaftsjugendverbänden ruft **Attac am 14. September zu einem bundesweiten Aktionstag mit Großdemonstration in Köln auf.** Kommen Sie nach Köln - für eine Politik von Umverteilung, sozialer Gerechtigkeit und friedlicher Konfliktlösung.

www.attac-netzwerk.de/149

Attac Deutschland,
Artilleriestr. 6, 27283 Verden,
Fax. 04231 / 95 75 94

attac

FORTSETZUNG VON SEITE 3

– trotz Arbeit – nicht mehr zulassen. Diese Entwicklung breitet sich sukzessive auch im Westen aus und bestimmt zunehmend die Lebensrealität. Sozialleistungen, die auch ohne die geplanten Kürzungen nicht oder kaum zum Leben reichen, gepaart mit extensiv praktiziertem Arbeitszwang bereiten den Boden für eine Lohnstruktur, wie sie noch vor einigen Jahren kaum vorstellbar war. Mit staatlichen »Mobilitätshilfen« wird die absurde Situation geschaffen, dass vor allem jüngere Erwerbsfähige Regionen Ostdeutschlands verlassen, um im Westen nach Arbeit zu suchen. Gefördert wird auf diese Weise die schleichende Verödung von Kommunen und Landstrichen, so als habe man sie aufgegeben.

Ideologische Geschütze

Die Voraussetzung dafür, diese Praxis durchzusetzen und Akzeptanz in der Bevölkerung herzustellen, besteht in der unentwegten, propagandistischen Offensive. Die organisierte Verantwortungslosigkeit und der Weg in den »autoritären Staat« (Ralf Dahrendorf 2000) sind nur durchsetzbar, wenn die bürgerliche Mitte sich als Profiteure der Gesellschaftsordnung wahrnimmt und Wege findet, sich von der Armutsbevölkerung abzugrenzen. Dazu gehört eine Apparatur, die Meinungen formt und Begriffe entweder als antiquiert entwertet oder sie inhaltlich neu besetzt. Redewendungen und Begriffe wie »mehr Eigenverantwortung« (die in Wahrheit die Verlagerung der sozialen Aufwendungen nach unten meint) oder »Fördern und Fordern« (womit real der Ausbau des Arbeitszwangs intendiert ist) sind täglich zu vernehmende eingängige Worthülsen, die man inzwischen selbst von Menschen hören kann, die ansonsten eigentlich eine kritische Perspektive gegenüber der umfassenden Ökonomisierung des Sozialen haben. Politische Entscheidungen und der vorgelagerte diskursive Prozess der Entscheidungsfindung werden zunehmend aus dem Parlament an die Justiz (zunehmend an das Bundesverfassungsgericht) ausgelagert oder dem dumpfen Feld der manipulativen Steuerung überlassen. Ein Beispiel dazu: Am Abend des Beginns der amerikanischen Bombenangriffe auf Afghanistan ging es in einer Talkrunde des Fernsehens u.a. um die Frage, ob ein Einsatz der Bundeswehr nach innen vom Parlament beschlossen werden sollte. Dabei erregte sich Guido Westerwelle (FDP): »Wir können der Bevölkerung keine gruppendynamische Veranstaltung liefern, wenn Gefahr im Verzug ist« (ZDF, 7.10.2001).

Die Sprache ist verräterisch und zugleich verschleiernd. So werden nach offiziellem Sprachgebrauch die einschneidenden Umbaumaßnahmen auf dem Arbeitsmarkt damit begründet, dass dadurch mehr »Gerechtigkeit« entstünde. Die Grundsatzdebatte der SPD-Führung im Jahr 1999 hatte mit dieser Umwertung von Begriffen rasch begonnen. Danach muss man den Eindruck gewinnen, dass Bedingungen dann als gerecht gelten, wenn sich alle BezieherInnen sozialer Leistungen materiell auf dem untersten Niveau einpendeln. »Gerechtigkeit« bedeutet in deren Neubestimmung zwar Gleichheit in der Verteilung und Zuweisung von Lebenschancen, sei aber im Grunde nicht einlösbar und nicht erwünscht. Ungerechtigkeit als Stimulans, als Möglichkeit der Entfaltung, damit der Wohlstand für alle gesichert werden kann. Es wird ein Gerechtigkeitsbegriff entworfen, wonach ja alle am Wettbewerb teilhaben können, und da gibt es eben Gewinner und Verlierer.

Ohnehin schlägt sich diese Umwertung im Prinzip des »Fördern und Fordern« nieder, nämlich soziale Leistungen nur noch bei Pflichterfüllung zukommen zu lassen. Das klingt gerecht und nach gesundem Menschenverstand, ignoriert aber, dass soziale Grundrechte nicht an Wohlverhalten gebunden sind.

Überhaupt hat die Erwerbszentrierung ein derartiges Ausmaß erreicht, dass der Begriff der »Sozialpolitik« sich in den der »Arbeitsmarktpolitik« aufgelöst hat. Im Zentrum steht der Mensch mit seiner allseitigen Verwertbarkeit und Verfügbarkeit auf dem Arbeitsmarkt.

Soziale Grundrechte erstreiten

In der BRD ist die inhaltliche Füllung des Bürgerstatus relativ schwach, aber das hat gleichwohl Gründe. Die Begründer des Grundgesetzes hatten eine politische Teilhabe bewusst nicht intendiert, um der Bevölkerung nicht zu viel Macht zu kommen zu lassen (Maus 1999). Dies führte u.a. auch dazu, dass sogar die durchscheinende Demokratieverachtung der politischen Eliten mehr oder weniger als alternativloses Geschick – allenfalls leise murrend – bis heute hingenommen wird. Umso mehr muss ein Bewusstsein dafür geschaffen werden, dass sich das Wesen einer freien Gesellschaft mit forcierter Armut und repressiven Strategien nicht vereinbaren lässt (Narr/Roth/Vack 2000). Im kapitalistisches (Welt-)system ist zwar das sozialstaatliche Modell mit seinen Versprechen von Freiheitsrechten und Absicherungen von Lebensrisiken ohnehin bloß fiktiv. Dennoch kann eine Diskussion über den Anspruch an soziale und politische Grundrechte die wachsende Ungleichheit zum öffentlichen Gegenstand machen, den Zwang zu irgendeiner Arbeit, und sei sie noch so sinnlos und schlecht bezahlt, ins öffentliche Bewusstsein rücken und die Einhaltung von Freiheitsrechten reklamieren. In einer solchen Debatte müsste es auch um die zunehmend autoritäre Politik gehen, die sich auf diesen Ebenen intensiviert. Hier ist nichts von einem Rückzug des Nationalstaates zu verspüren. Der repressive Staat wird gebraucht, um den sozialen Frieden zu sichern und um Ansprüche der Bedürftigen abzuweisen.

Blickt man in die Erklärung der Menschenrechte von 1948, dann mutet diese wie ein revolutionäres Manifest an. Dort sind soziale Grundrechte, wie z.B. das Recht auf freie Berufswahl, auf soziale Sicherheit, auf gleichen Lohn für gleiche Arbeit u.a. verankert. Davon sind wir weit entfernt. Besonders in der Medienöffentlichkeit würde eine derartige Proklamierung eher als Naivität diffamiert werden, die die modernen Anforderungen ignoriere.

Dabei trägt bei uns das Sozialgesetzbuch I dem Sozialstaatsgebot Rechnung, indem es die Verpflichtung formuliert, »ein menschenwürdiges Dasein zu sichern, gleiche Voraussetzungen für die freie Entfaltung der Persönlichkeit, insbesondere auch für junge Menschen zu schaffen, ... den Erwerb des Lebensunterhalts durch eine frei gewählte Tätigkeit zu ermöglichen und besondere Belastungen des Lebens, auch durch Hilfe zur Selbsthilfe, abzuwenden oder auszugleichen«. Der Einsatz für soziale Grundrechte ist vor diesem Hintergrund sowohl über die Erklärung der Menschenrechte, als auch über die spezifisch deutsche Fassung argumentativ zu begründen, auch wenn ökonomische Verwertungsinteressen machtvoll dagegen agieren und staatliche Repräsentanten uns weismachen wollen, dass der Bezug sozialer Leistungen immer auch zwingend mit der Verletzung von Grund- und Freiheitsrechten einhergehen müsse.

Die Frage bleibt, wie ein kritisches, produktives Verhältnis zu diesen Entwicklungen hergestellt werden kann. Eine Idealisierung des Sozialstaats der 70er und 80er Jahre ist eine Verkennung der Realität. Reanimierungsversuche vernachlässigen nämlich, dass weder soziale Rechte in Gestalt einer aktiven politischen Teilhabe noch eine menschenwürdige Existenzsicherung gegeben waren, da die Vergabe von Sozialleistungen immer mit Zwang und Disziplinierung verknüpft war. Die Bürokratisierung der Daseinsvorsorge war ebenso virulent wie die Ungleichheit der Lebenschancen. Bedürftigkeit bedeutete immer, bürokratischer Repression ausgesetzt zu sein.

Zum zweiten war das System der sozialen Sicherung Bismarck'scher Prägung immer erwerbszentriert. Die Weigerung, eine Stelle anzutreten, war deshalb immer auch mit der Androhung und Durchsetzung des Leistungsentzugs gekoppelt, wenn auch im alten Arbeitsförderungsgesetz die Interessen der Erwerbslosen und ihr Schutz vor »unterwertiger« Beschäftigung zumindest Bestandteil der Gesetze waren.

Weder die Rückkehr zum Sozialstaat der 70er und 80er Jahre, noch die Forderung nach dem Erhalt der sozialen Sicherung wird uns angesichts des Umstands, dass es immer weniger existenzsichernde Arbeitsplätze gibt, einem menschenwürdigen Dasein näher bringen, das eine Sicherung auch ohne Lohnarbeit ermöglicht. Gleichzeitig muss aber bedacht werden, dass die Abkehr von der klassischen sozialen Sicherung bedeuten wurde, dass wir soziale Rechte dann weder reklamieren noch einklagen können und mehr oder weniger auf die Mildtätigkeit von Wohlfahrtsorganisationen und Unternehmensstiftungen zurückgeworfen sein würden.

Ein bedingungsloses, ausreichendes Grundeinkommen würde nicht auf dem Beitragsmodell fußen können, das der jetzigen sozialen Sicherung wesentlich zugrunde liegt. Und es muss begleitet sein von sozialen Grundrechten. Dieser Weg wird uns sicherlich nicht geebnet werden, wir müssen ihn uns erstreiten.●

Literatur:
Spindler, Helga in: bag arbeit (Hrsg.), Arbeit statt Stütze? Ein Streitgespräch, Köln 2000
Dahrendorf, Ralf, Die globale Klasse und die neue Ungleichheit, in: Merkur 11/2000
Maus, Ingeborg, Menschenrechte als Ermächtigungsnormen internationaler Politik, in: Brunkhorst, Hauke et.al., Recht auf Menschenrechte, Frankfurt/M. 1999
Narr, Wolf-Dieter/Roth, Roland/Vack, Klaus, Politische Korruption – korrupte Politik – am Beispiel: »System Kohl«, Köln 2000

Neue Veröffentlichungen

Praxis der Arbeitsmarktpolitik

Frau und Arbeit e.V. zeigt jetzt in zwei neuen Veröffentlichungen, nach welchem Konzept erfolgreiche Integration in den Arbeitsmarkt gelingt und wie Unternehmerinnen in ihrer Selbstständigkeit unterstützt werden.

Die Schriftenreihen »Beruf: Unternehmerin« und »Praxis Berufsbegleitung« geben einen Einblick in die Praxis der Qualifizierungswerkstatt von Frau und Arbeit e.V. Sie zeigen, worin der Qualifizierungsbedarf der Teilnehmerinnen besteht und wie das Lernkonzept von Frau und Arbeit praktisch umgesetzt wird. Dabei kommen zu Wort: Teilnehmerinnen, Seminarleiterinnen, Supervisorinnen und Projektleiterinnen.

Die Schriftenreihe »Beruf: Unternehmerin« dokumentiert, wie Selbstständige sich bei Frau und Arbeit e.V. in den Kernkompetenzen der Unternehmensführung qualifizieren. Durch Coaching, Fachseminare und Unternehmensberatung. Das ESF-Projekt Beruf: Unternehmerin richtet sich an Frauen, die bereits erfolgreich gegründet haben. Durch die Qualifizierung wird die wirtschaftliche Stabilität und Innovationskraft der Unternehmen langfristig gesichert. Das Projekt »Beruf: Unternehmerin« wurde aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds und durch die Freie und Hansestadt Hamburg, Behörde für Wirtschaft und Arbeit gefördert.

Die Schriftenreihe »Praxis Berufsbegleitung« dokumentiert, wie Berufsbegleiterinnen sich bei Frau und Arbeit e.V. für die komplexen Anforderungen im Feld der Berufsbegleitung qualifizieren. Berufsbegleitung ist Brükkenbau zwischen den Menschen und dem Arbeitsmarkt. Die Fortbildung richtet sich an Frauen, die andere in beruflichen Veränderungsprozessen oder bei der Existenzgründung / Existenzsicherung unterstützen. Und an Frauen, die arbeitsmarktpolitische Konzepte entwickeln. Das Qualifizierungsprojekt wurde gefördert durch die Freie Hansestadt Hamburg, Behörde für Bildung und Sport.

Beide Veröffentlichungen können zum Preis von je 6 EUR bestellt werden bei: Frau und Arbeit e.V., Grindelallee 43, D-20146 Hamburg, Tel. (0 40) 450 20 90, E-Mail: info@frau-und-arbeit.de,
Web: www.frau-und-arbeit.de●

Anzeige

BLACKBOX

"Blackbox" ist ein libertäres Literaturprojekt in Bielefeld, das seit 1994 existiert. In der Broschürenreihe "Edition Blackbox" sind folgende Bände lieferbar:

Jean Michel-Pianca, "Und Krieg der Arbeit"
- Die Surrealisten als Arbeitsverweigerer -
32 S., Bielefeld/Frankf.M. 2000 (2,60 €)
mit einem Text von André Thirion. Aus dem Französischen von M. Halfbrodt
"Die Einstellung der Surrealisten zur Arbeit ist einfach und klar. Sie sind dagegen. Und das tun sie auch mit allen Mitteln kund, insbesondere in ihrer Zeitschrift und ihren literarischen Texten. Und zwar mit all der von ihnen gewohnten Heftigkeit".

Michael Halfbrodt, "Drinnen & Draußen"
Poem, bibliophile Ausgabe, Blfd./Frankf.M. 2001 (10,-€)
"Drinnen und Draussen" beschäftigt sich mit dem Versuch, eine emanzipative Veränderung der Gesellschaft durch Übernahme ihrer politischen Institutionen zu bewirken. Der Versuch der 68er-Generation ist bekanntlich gescheitert. Stattdessen finden sich solche, die angetreten sind, die Welt zu verändern, heute auf der Seite der Herrschaft. Michael Halfbrodt gelingt es, diesen Prozeß einer allmählichen Anpassung auf eine raffiniert-poetische Weise anzuprangern. Layoutet wurde der Band vom Gütersloher Künstler Günter Specht (www.spechtart.de).

Ralf Burnicki / Michael Halfbrodt
"Die Wirklichkeit zerreißen wie einen mißlungenen Schnappschuß"
Libertäre Poesie, 110 Seiten, Frankfurt/M. 2000 (8,40 €)
"Was von Halfbrodt und Burnicki geboten wird, ist künstlerisch wie inhaltlich auf lauwarme Solidaritätsbekundungen nicht angewiesen. Es wird Literatur gemacht. Eigenständige Literatur. Schöne Literatur. Anarchistische Literatur. Toll!" (J. Felsfreß in Graswurzelrevolution)

Mouna Rappold, "Nie Geschriebenes"
Gedichte, 32 S. Bielefeld 2000 (4,50 €)
In den Texten von Mouna Rappold begegnen sich Lyrik und Politik unmittelbar. Die Kunst des Sprachspiels korreliert mit Antirassismus, Feminismus und libertärer Gesellschaftskritik.

Horst Werder, "Sprengstoff fegen"
- Explosive Poetry -, 44 Seiten, Bielefeld 2000 (5,- €)
Horst Werder, ehem als als Autor im "Werkkreis Literatur der Arbeitswelt" aktivierend, bricht in "Sprengstoff fegen" auch sprachstrukturell mit der "schönen Literatur". Eine literarische Provokation.

WEITERE BÄNDE: Günter Specht (Hrsg.) Kopfrayter 3/2002, Kunstgrafik-Anthologie mit Texten von Mouna Rappold, Horst Werder, Ralf Burnicki u.a., Gütersloh 2002, 6,-€. Jens Petz Kastner, Pille Palle Poems, Gedichte. Mit Fotos von Fritti Günther, Blfd. 1998 (4,- €). Bernd Drücke, Seewebun! Gesellschaft, Kultur und Geschichte Kurdistans, Blfd. 1998 (4,-€). Cornelius Castoriadis, Was heißt eigentlich "Arbeiterbewegung"? Blfd. 1999 (2,60-€). Ulrich Vogt, Anarchismus und Surrealismus, Bielefeld 1998 (2,60-€). M. Halfbrodt, Generalstreik, Achtstundentag und Erster Mai (Ein Kapitel aus der radikalen Arbeiterbewegung), Bielefeld 1997 (2,60-€).

AUßERDEM LIEFERBAR: Ralf Burnicki, Anarchie als Direktdemokratie (Einführung in den Anarchismus); Syndikat-A-Medienvertrieb, Moers 1998 (5,- €). Louis Mercier Vega, Reisende ohne Namen. Aus dem Französischen übersetzt von Michael Halfbrodt, mit einem Nachwort von Marianne Enckell. Edition Nautilus, Hamburg 1997 (15,80 €).

Bei Versand zzgl. 2 € Porto beziehbar über:
EDITION BLACKBOX, c/o Café Parlando, Libertäre Leihbücherei, Wittekindstr. 42, 33615 Bielefeld
oder: EDITION AV, Postfach 500202, 60392 Frankfurt/M.
Bestell-Tel./Fax/AB 069 - 51 35 79

BUCHBESPRECHUNG: DIE BEWEGUNG DER »SANS PAPIERS« IN FRANKREICH

Papiere für alle

Für die in der Altstadt von Dakar, Senegal, geborene MadjiguSne Ciss' ist es überhaupt nicht ungewöhnlich, dass eine Frau an der Spitze der Bewegung der »Sans Papiers« steht. In Afrika, schreibt sie, hätten Frauen trotz der patriarchalischen Gesellschaften immer einen besonderen Status gehabt, weil sie für die Beschaffung von Nahrung zuständig sind. Haushaltsvorstand zu sein, erfordert von Menschen, die ums alltägliche Überleben kämpfen müssen, also von Unterdrückten, besondere Zähigkeit, Engagement und Verantwortungssinn. Vor allem in Krisenzeiten ist es eine starke Rolle.

MadjiguSne Ciss', die Sprecherin der Bewegung der Illegalisierten in Frankreich, glaubt, dass die in »Sans Papiers« organisierten Frauen sich dieses Bewusstsein und Selbstverständnis in oder trotz der Migration nach Europa bewahrt hätten. Dieses aus der traditionellen Frauenrolle kommende Selbstbewusstsein habe sich gegen die aus Erziehung und Abhängigkeiten resultierende Schüchternheit der Frauen durchgesetzt und die Zusammenhalt verbürgenden Frauen zu Sprecherinnen der einzelnen Gruppen gemacht. Es sei nicht verwunderlich, dass es Frauen waren, die im Sommer 1996 weitermachten, als die Bewegung in der Krise war und viele Männer aufgeben wollten.

Die Autorin des Buchs »Die Bewegung der Sans Papiers« ist selbst das beste Beispiel für die Frauenpower, die aus dem Süden nach Europa kommt, der aber Rechte verweigert werden. Ihre Mutter war Analphabetin, ihr Vater, ein Busfahrer, ebenfalls, aber er brachte sich später selbst Lesen und Schreiben bei. 1968, im neunten Schuljahr, nahm MadjiguSne Ciss' in Dakar an Schulstreiks teil und ging in Schülerinnendemos auf die Straße. Später an der Universität erlebte sie noch die Endphase der Studentenbewegung. Zwei Jahre studierte sie mit einem Stipendium in Saarbrücken, ging dann zurück nach Dakar, heiratete und kam 1994 zurück nach Europa, weil sie ihren beiden Töchtern ein Studium in Paris ermöglichen wollte. Wie viele Einwanderinnen sah sie in Frankreich ein liberales Land, die Heimat der Menschenrechte. Sie hoffte, dort gut für sich und ihre Familie sorgen zu können.

Zunächst hatte sie Papiere, arbeitete und nahm erneut ein Studium auf – bis sie durch Gesetzesänderungen ihren legalen Status verlor. Seither schlägt sie sich mit Jobs durch. Ursprünglich hatte sie in den Senegal zurückkehren wollen, sobald ihre Töchter sich eingelebt hätten. Aber die Gewalt, mit der der französische Staat in ihr Leben einbrach, veranlasste sie, zu bleiben und sich zu wehren. Die vitale, schlagfertige Frau wurde gleich zu Beginn 1996 zur nationalen Sprecherin der »Sans Papiers« gewählt (bis 1998).

In ihrem Buch analysiert Ciss' Gründe für Migration, beschreibt den Weg vieler vom Dorf in die Stadt, die Fahrt Weniger in ein anderes afrikanisches Land und schließlich die Reise einer sehr kleinen Gruppe nach Europa, nach Frankreich. Sie widerlegt damit auch, dass man sauber zwischen wirtschaftlichen und politischen Gründen für Migration unterscheiden könne. Den Interessen der MigrantInnen entgegen setzt sie die Beschreibung der restriktiven Entwicklung der französischen Einwanderungsgesetzgebung nach 1945. 1974, nach der Ölkrise, wurde die Arbeitsmigration für beendet erklärt. Ciss' zeigt, wohin es führte, dass Innenminister Pasqua 1993 alle Nichtfranzosen in Frankreich als Feinde der öffentlichen Ordnung brandmarkte.

Die »Sans Papiers«, die sich ihrer Illegalisierung widersetzen, sind über Frankreichs Grenzen hinaus erfolgreich und berühmt geworden, auch wenn ihre zentrale Forderung bis heute nicht erfüllt wurde. Allerdings hat die Bewegung erreicht, dass Teile der französischen Gesellschaft sie unterstützen, was wiederum auch daran lag, dass die »Sans Papiers« nie das staatliche Etikett der Außenseiter annahmen, sondern sich immer als Teil der soziopolitischen Geschichte Frankreichs verstanden und präsentierten. Sie sehen sich als Teil der französischen Arbeiterbewegung, als ihren rechtlosesten. Während die Gewerkschaften bei den Streiks der 80er Jahre noch »die Nordafrikaner« ausgegrenzt hatten, kämpfen sie seit 1996 gemeinsam und füreinander. Die »Sans Papiers« solidarisierten sich darüber hinaus mit anderen sozialen Bewegungen, mit Arbeits- und Obdachlosen.

Die Bewegung der Illegalisierten behauptete sich, indem sie den Korruptionsversuchen französischer Beamter widerstand, einzelne zu legalisieren, um andere auszuweisen. Ciss' beschreibt den Alltag ohne zu idealisieren: Besetzungen, Räumungen, Gefängnisaufenthalte, Hungerstreiks, Demonstrationen, Schikanen, Enttäuschungen und Erfolge, Entbehrungen und Durchhaltevermögen, Organisationstalent und die Notwendigkeit permanenter Präsenz.

Sich nicht im Geist der Integration und der Gemeinsamkeit irritieren, sich nicht auseinander-dividieren zu lassen, dieses Prinzip, mit dem Frauen in Krisenzeiten immer wieder Klein- und Großfamilien zusammen- und am Leben erhalten, wurde von den »Sans Papiers« zur erfolgreichen politischen Strategie ausgeweitet. Diese Geisteshaltung ist auch die Klammer des Buches – und bezeichnend für das Wesen seiner Autorin ist, dass sie eigens Chinesisch lernte, um eine aus China stammende, wegen mangelnder Französischkenntnisse isolierte Gruppe innerhalb der Sans Papiers zu integrieren.●

(Die Besprechung erschien im Freitag, am 26. November 1999)

Papiere für alle. Die Bewegung der Sans Papiers in Frankreich, 224 Seiten, 16 Euro, ISBN 3-935936-14-1, Verlag Assoziation A, Berlin-Hamburg-Göttingen 2002

»INSTANDBESETZUNGEN« DER ACHTZIGER JAHRE

Pilotprojekte für ein anderes Berlin

Es war vor mehr als 21 Jahren, am 7. Februar 1981, der SPD-Politiker Garski hatte sich gerade im Zuge des nach ihm benannten Bauskandals nach Hawaii abgesetzt, als eine bunt gemischte Gruppe höchst unterschiedlicher Menschen das Haus Nehringstraße 34 in Berlin-Charlottenburg einer »kompletten Wiedernutzung« zuführte. Studenten, Arbeiter, Angestellte, (Lebens-)KünstlerInnen – von der evangelischen Sozialarbeiterin bis zum anarchistischen Politaktivisten war alles dabei.

Gruppe Ratgeb, Hausbemalung Nehringstraße — Foto: Wolfgang Krolow

Foto: Wolfgang Krolow

von Ralf Landmesser, Berlin ● Die Hälfte der Wohnungen in der »N34« hatte bis zu eineinhalb Jahre leer gestanden. Nun hatten die restlichen MieterInnen ebenfalls aus ihren Wohnungen ausziehen sollen – für eine Luxusmodernisierung der »Neuen Heimat«, Neueigentümerin nach einem Transfer von ganzen 172.000 DM.

Die BesetzerInnen luden dagegen die »Restmieter« zum Bleiben ein. Zusammen mit der »Bürgerinitiative Schlorrendorf« (Volksmund für Charlottenburg) hatten sie schöne Pläne geschmiedet. Gemeinsam wollten sie verhindern, dass ein Großteil Charlottenburgs kahlschlagsaniert – Modell Altenheim Schlossstraße – und der Rest teuer luxusmodernisiert würde. Erträgliche Mieten und Bleiberecht für alle waren die Forderungen. Die Neue Heimat – obwohl ursprünglich gewerkschaftlich-sozial(demokratisch) orientiert – wollte jedoch etwas anderes. Mieter wurden bedrängt, Häuser geräumt und abgerissen, so die »Tante Sophie«, das besetzte Haus in der Sophie-Charlotte-Straße, und mehrere Hinterhäuser in der Danckelmannstraße.

Es blieb nämlich nicht bei der besetzten N34. Noch weitere entnutzte und durch Leerstand schwer geschädigte Häuser wurden wieder zu nützlichen Wohnobjekten: in der Seeling-, Knobelsdorff-, Sophie-Charlotte- und Danckelmannstraße – und auch in der Neufertstraße: die Nachbarhäuser 11 bis 13, wo nach dem Motto »Die Mauer muss weg!« ein gemeinsamer Hof entstand.

Das »Flaggschiff« der Charlottenburger InstandbesetzerInnen blieb indes die N34 mit ihrer – gemeinsam mit dem Nachbarhaus – dreimal gestrichenen Fassade. Gerüstlos aus Fenstern und von Balkons wurde grundiert, gestrichen und zuletzt bemalt, zusammen mit der Künstlergruppe *RATGEB*. Fernsehteams und Reporter aus vielen Ländern gaben sich hier die Klinke in die Hand. Das »Regenbogenhaus« veranstaltete aber auch Tage der Offenen Tür, an denen sich die mehr oder weniger sympathisierenden NachbarInnen davon überzeugen konnten, dass nicht nur alles Fassade war, sondern auch im Inneren kräftig instandgesetzt wurde. Rund vierzig Privatzimmer plus Küchen und Gemeinschaftsräume standen zur Besichtigung. Sogar die BILD-Zeitung ließ sich zu einem Lob herbei: »Lieber Charlottenburger Instandbesetzer als Kreuzberger Kaputtbesetzer.« Das war natürlich gelogen, wie so vieles in der BILD (und anderen Zeitungen). Die KreuzbergerInnen, SchönerbergerInnen und NeuköllnerInnen waren nicht weniger fleißig als die »Charlottenburger Edelbesetzer« – und genauso entschlossen, ihre sozialen Forderungen durchzusetzen.

Mit wenig Geld und umso mehr Initiative wurde entmüllt, gebaut, gemalt und gemauert. Neben dem zunächst stadtweiten BesetzerInnen-Rat gab es auch einen Materialhof in der Manteuffelstraße in Kreuzberg SO 36, wo man sich gegenseitig mit Baumaterial und Werkzeug aushalf. Häuser wurden so zu 10% des üblichen Sanierungspreises wieder instandgesetzt. Es entstanden Gärten, bewachsene Wände, Solaranlagen, Blockheizkraftwerke, Pflanzenkläranlagen, Ökotope, begrünte Dächer und Dachparks und vieles mehr, was schon damals den Traum von einer sozial und ökologisch umgebauten Stadt ausmachte: Pilotprojekte für ein anderes Berlin, ein anderes Deutschland, eine andere Welt... Menschen aus allen möglichen Ländern lebten und besuchten sich in den Tausenden besetzten Häusern Europas: in Amsterdam – mit Zehntausenden besetzten Wohnungen »Hauptstadt« der Kraaker –, in Zürich (d Bweging), London (Soho), Florenz oder Kopenhagen.

Nach einigem höchst überflüssigem Gerangel mit der Polizei saßen die BesetzerInnen am Verhandlungstisch. Unter ihren Gesprächspartnern war auch CDU-Baustadtrat Antes, der mit Diepgen und dessen Freund Schwanz schon damals auf einer Baukorruptionsaffäre ausrutschte – ein erstes »Bauernopfer« vor der großen Jahrhundertpleite. Die Offenlegung des Berliner Milliardenlochs blieb dem nächsten Jahrtausend vorbehalten.

Von 18 besetzten Häusern und Hinterhäusern in »Schlorrendorf« blieben nur die N34 und die Seelingstraße 2 übrig, alles andere wurde »gelummert«, wie es nach dem damaligen CDU-Innensenator Lummer hieß. Nicht nur die Besetzer waren seinerzeit in vielen Dingen recht radikal, auch der Innensenator. Allerdings rechtsradikal – Lummer fiel unter anderem durch seine finanzielle Unterstützung für die NPD auf.

Es gäbe noch vieles zu erzählen: von den legendären Straßen- und Hoffesten, von spaßigen Kiezdemos, vom 13. November 1981, als in Berlin 300 Häuser auf einmal (schein)besetzt wurden, von Kunst und KuKuCK und von unglaublichen Instandbesetzungs-Sanierungsarbeiten »für 'nen Appel und 'n Ei«, aber mit planerischer TU-Professoren-Hilfe. Von abgerissenen Häusern, die auf Gerichtsbeschluss wieder aufgebaut werden mussten. Vom TUWAT-Festival, vom »Lappenkrieg«, vom 24-Stunden- Verdikt, von Nazi-Brandanschlägen, von Nachtwachen und Nichtverhandlern. Von Gebäuden und Geburten und Todesfällen. Die Selbsthilfephase ab 1984 ließ der Nehringstraße 34 leider nicht einmal die bemalte Fassade. Kaum ein Besetzerwandbild überlebte das »Berliner Modell«. Auch die radikale, unsensible Entkernung der Häuserblocks konnte in den wenigsten Fällen verhindert werden. Hintergebäude und in Jahrzehnten gewachsene Gärten wurden abgerissen. Das war Heinrich Zilles »Milljöh«: Der Maler lebte einmal gleich um die Ecke in der Seelingstraße, wo es später das Kneipenkollektiv »Zille-Eck« gab, mit von Zilles Sohn ausgemalter Kneipe.

Geblieben sind aber viele nach den Bedürfnissen der BewohnerInnen selbst aus- und umgebaute Wohnungen zu bezahlbaren Mieten, Pacht in diesem Fall. Nicht der einzige Erfolg der 80er-Rebellen im schönen Schlorrendorfer Kiez, auch wenn von den Ur-BesetzerInnen heute niemand mehr in der N34 lebt. Über die Hälfte der damals über 160 besetzen Häuser Berlins wurden legale Selbsthilfeprojekte und damit dauerhaft der Spekulation entzogen.

Vieles davon will die neue Spekulantengeneration heute rückgängig machen: wieder sind Häuser bedroht. Die InstandbesetzerInnen haben damals gezeigt, was möglich ist. Warum macht's nur niemand mehr nach?●

Schokofabrik in der Naunynstraße — Foto: Wolfgang Krolow

Ralf G. Landmesser war unter den BesetzerInnen der N34 und betreibt heute die libertäre Nachrichtenagentur LPA im Berliner A-Laden.

Aus: Rabe Ralf, Juni/Juli 02

Gruppe Ratgeb, Hausbemalung Nehringstraße — Foto: Wolfgang Krolow

BERLIN: BEWOHNER DER RIGAER 94 KÄMPFEN SEIT JAHREN UM IHR WOHNPROJEKT

Räumungstermin steht vor der Tür

Die Verhandlungen zwischen dem Berliner Senat, dem Stadtbezirk Friedrichshain-Kreuzberg und den etwa 45 BewohnerInnen der Rigaer Straße 94 über ein Ersatzprojekt für ihr seit 1990 bestehendes linksalternatives Hausprojekt sind am 26. Juni ausgesetzt worden. Nötig wurden die Verhandlungen, weil der neue Hausbesitzer Suitbert Beulker das Gebäude zügig entmieten und modernisieren will (s. auch CONTRASTE Nr. 209).

Julia Krüger (jW) ● Er gefährdet damit ein Projekt, das die Ideen des selbstbestimmten, kollektiven Wohnens und engagierten politischen Lebens im Mikrokosmos umzusetzen versucht. Regelmäßig wird hier zu Konzerten, Ausstellungen, Infoveranstaltungen und Lesungen im ausdrücklich nichtkommerziellen Kulturzentrum »Kaderschmiede« geladen. Eingerichtet wurde eine »Offene Werkstatt« für Arbeiten mit Metall und Holz.

Suitbert Beulker hatte das Haus im September 2000 gekauft. Er kannte auch den seit 1991 bestehenden Rahmenvertrag, der den Status des einst besetzten Hauses legalisierte, die Wohngruppenstrukturen mit Gemeinschaftsküchen und Selbstverwaltung schützen sollte und die bestehenden Einzelmietverträge ergänzte. Als störend empfand Beulker seine eingeschränkte Einflussmöglichkeit auf das selbstverwaltete Haus. Mündliche Mietverträge, für die über Jahre gezahlt wurde, wollte er nicht anerkennen. Beulker unterzeichnete zwar eine Absichtserklärung zur Erarbeitung eines neuen Rahmenvertrages, verhinderte diesen aber schließlich.

Für die BewohnerInnen ist der Konflikt trotz aller zivilrechtlichen Verfahren vor allem politisch. »Das eigentliche Problem ist die Frage nach der Rechtmäßigkeit des Vorranges der Eigeninteressen Vermögender gegenüber den Bedürfnissen sozial Schwacher«, so ein Bewohner. Deshalb wandten sich die BewohnerInnen an Berliner Politiker, als sie im Dezember 2001 eine Rahmenvertragsklage verloren hatten und im Januar 2002 unbegründete fristlose Kündigungen folgten.

Und da man beim Berliner Senat an einer Eskalation der Situation nicht interessiert war, einen offenen Häuserkampf verhindern wollte, bemühte sich schließlich sogar Innensenator Ehrhart Körting um Lösungsmöglichkeiten. Mit Hilfe des PDS-Abgeordneten Freke Over kam es zwischen Mitgliedern des Senats, Vertretern des Bezirks und der Rigaer 94 schließlich zu Gesprächen über die Erhaltung des Hausprojekts. Eine langfristige Lösung versprach ein Umzug in die Simplonstraße 15/17. Hierfür wurde ein Rahmenvertrag entworfen und Ende Mai unterzeichnet. Dieses Papier enthält allerdings eine von den BewohnerInnen der Rigaer 94 eingeforderte Klausel, welche die Zustimmung der Mitmieter in der Simplonstraße voraussetzt, um friedliches Miteinander im gemeinsam genutzten Haus abzusichern. Ein weiteres Problem ist fehlender Wohnraum, denn die zugesicherten Räume sollen erst nach einer geplanten Modernisierung frei werden. Senat und Hausbesitzer spekulieren schlicht darauf, dass viele Bewohner der Simplonstraße dann nicht wieder einziehen. Das ginge aus Statistiken hervor. Derartige Spielchen wollen die BewohnerInnen der Rigaer 94 nicht mitmachen. Schließlich haben gerade sie nicht die Absicht, andere Mieter zu vertreiben.

Das Einverständnis der neuen Mitbewohner ist den Vertretern der Rigaer auch wichtig, da viele Musikveranstaltungen einfach nicht zu überhören sein werden. Freke Over, einst auch Hausbesetzer, meint dagegen, dass es »natürlich Konflikte mit Nachbarn bei solch einem Projekt« gebe. Es sei aber »auch eine Aufgabe, sich mit diesen zu verständigen«, zumal es im dichtbesiedelten Friedrichshain kaum einen Platz ohne Nachbarn gibt. Hausprojekte dürften nicht in Frage gestellt werden, weil sie von bestimmten Kreisen abgelehnt werden. Die Existenz solcher Projekte sei ein Recht, was man einfordern müsse, gegebenenfalls mit begrenzter Rücksichtnahme.

Am 26. Juni, dem letzten Verhandlungstag zwischen Senat, Bezirk und den BewohnerInnen der Rigaer 94, wandten sich die BewohnerInnen trotzdem gegen die Umsetzung ihres Projektes in die Simplonstraße. Sie reichten eine Liste mit Alternativvorschlägen leerstehender Häuser ein, darunter eine Schule in der Böcklinstraße 1-5 und die Corinthstraße 57.

Die Zeit drückt. Denn der nächste Räumungstermin ist durch Suitbert Beulker bereits angekündigt: der 31. August. Die Bewohner wollen um »ihre« Rigaer 94 kämpfen. Freke Over sieht eine letzte Hoffnung in der Wiederaufnahme der Verhandlungen über die Simplonstraße. Selbst wenn diese Alternative im Moment als ein »Schweizer-Käse-Angebot« mit vielen Löchern auf dem Tisch liegt. Over: »Privateigentum steht in diesem Lande eben über allem. Das kann auch der Innensenator nicht abschaffen. Andernfalls müssten wir darüber reden, wie man 'ne anständige Revolution macht«.●

Aus: junge Welt 10. Juli 2002

TAGUNGSBERICHT:

Lokale Wirtschaft – Experimente in Hamburg

Diese Thematik lockte mich im März (20.-21.3.02) von Rostock nach Hamburg, vor allem, weil es auch um Komplementärwährungen ging. Kein geringerer als Bernard Lietaer eröffnete die Veranstaltung mit einem Vortrag über seine Theorien und mit erfreulich viel Zeit zum Diskutieren. Seit ich ihn vor etwa 1 1/2 Jahren im »Lebensgarten Steyerberg« erlebte, hat er sehr gut deutsch sprechen gelernt und konnte so in direkten Disput mit dem Publikum treten. Seine zentrale These lautet: »Lokale Ökonomie aktivieren – das geht nicht ohne Komplementärwährungen«.

Regine Deschle, Wi daun wat, Tauschring Rostock ● Er begann mit der Erläuterung der »Zeitkompressionsmaschine« aus seinem Buch »Das Geld der Zukunft« und hob insbesondere die Risiken hervor, die die Fixierung auf eine Nationale Währung mit sich bringen. Diese hat zwar den Vorteil, als gesetzliches Zahlungsmittel allgemein akzeptiert zu sein. Ihre heutige Konstruktion bringt aber vor allem Polarisierung zwischen Arm und Reich, Zwang zu Wachstum und damit Umweltzerstörung und nicht zuletzt ständige Währungskrisen mit katastrophalen Folgen für die Menschen mit sich. Allein seit 1975 waren 86 Staaten von Währungskrisen betroffen. Darauf führt er das Wiedererstehen (in der Geschichte gab es das mehrfach) von Neben- oder Komplementärwährungen zurück. Seit 1984 bis heute mehr als 3.000 Währungen, die neben den nationalen Währungen komplementär (ergänzend zu ihnen) in vielen Ländern der Welt geschaffen wurden.

Lietaer nannte verschiedene Beispiele von Nebenwährungen, mit denen jeweils unterschiedliche Zwecke verbunden sind, die mit den geltenden nationalen Währungen nicht erfüllt werden können:

- Bonuswährung von Unternehmen zur Kundenbindung
- Pflegewährung in Japan zur Förderung persönlicher Beziehungen
- Ithaca Hours (+ ca. 50 ähnliche) in USA als anerkannte Währung in Scheinen zur Förderung der lokalen Wirtschaft
- Time Dollars in USA als wechselseitige, steuerfreie Zeitwährung ohne Verknappung
- WIR eine Barter-Währung in der Schweiz seit den 30er Jahren mit heute 80 000 Teilnehmenden für regionale Entwicklung
- LETS und Tauschringe als wechselseitige Kreditwährung, die sehr stabil, sehr einfach zu handhaben und weit verbreitet ist.

Das Fazit: Für verschiedene Zwecke sollte (müsste, könnte) es jeweils unterschiedliche Währungen neben den Nationalen Währungen geben.

Im zweiten Teil seines Vortrags erläuterte Lietaer dann seine Sicht auf die psychologischen Wirkungen (Yang und Yin), die mit den Währungen verbunden sind und die er in seinem Buch »Mysterium Geld« ausführlich begründet. Dies würde jedoch diesen Beitrag überfrachten. Ich wende mich lieber dem nächsten Tag zu, wo es um Schlussfolgerungen und Experimente für Hamburg ging. Ich möchte die Beiträge aus meinem Tauschring Blickwinkel beleuchten.

Bereits die Grußworte erweckten Hoffnung und Enttäuschung zugleich. Während Herr Hogeforster von der Handwerkskammer mit seinem Plädoyer für Kreativität und Experimente erfrischend für neue Gedanken und Chancen warb, äußerte der Vertreter des Senators für Wirtschaft und Arbeit, Herr Groth, große Bedenken gegenüber Tauschringen, bei denen er Schwarzarbeit vermutet und eine Zwei-Klassengesellschaft prognostiziert, nämlich welche, die Geld haben und welche die Verrechnungseinheiten haben. Allein mit dieser Äußerung verriet er seine Unkenntnis über das System und die Wirkungsweise von Tauschringen.

Dr. Birkhölzer aus Berlin eröffnete dann die Runde zu konkreten Experimenten mit einem mehr theoretischen Vortrag zur Stärkung lokaler Ökonomien durch Soziale Unternehmen, zu denen er neben Eigenarbeit, Nachbarschaftshilfe, Ehrenamt/Bürgerarbeit auch den Zeit- und Ressourcentausch in Tauschringen zählt. Seine Schlussfolgerung für die weitere Entwicklung: Schaffung eines neuen Rahmens für solche auf Gegenseitigkeit gerichteten Aktivitäten, ein neues Gemeinnützigkeitsrecht und damit mehr Akzeptanz in der Gesellschaft.

Es folgten mehrere konkrete Beispiele, wie »Das Bürgerjahr« in Essen, »Firmengründungen an Berufsfachschulen« in Leer und »Ithaca HOURS« in Ithaca, USA, die jeweils als Einstieg für die Arbeitsgruppen am Nachmittag dienten.

Ithaca HOURS (siehe auch CONTRASTE Nr. 171, Dezember 1998) – das war dann auch mein Thema. Zunächst wurden in der Arbeitsgruppe unzählige Nachfragen geklärt, von denen ich nur eine kleine Auswahl erwähnen möchte:

- eine Währung mit gedruckten Scheinen (in den USA ist das kein Problem!), die an den US-Dollar angelehnt ist (1 Stunde = 10 $), sie wurde 1991 in Ithaca (27.000 Einwohner) eingeführt
- sie ist zinslos und wird versteuert, zinslose Klein-Kredite bis zu 3.000 Ithaca Hours können vergeben werden
- viele Gewerbe und eine offizielle Bank haben sich angeschlossen, Beschäftigte akzeptieren einen Teil der Entlohnung in Ithaca Hours

1999 wurde auf dieser Basis ein Gesundheitsfonds geschaffen: Eine lokale Krankenversicherung, der bereits 400 Teilnehmende angehören und die bis zu 2.000 Ithaca Hours pro Jahr für Leistungen im Krankheitsfall ausgeben kann (auch einige Ärzte und Apotheken akzeptieren die Währung). Zu den Auswirkungen befragt konnten sich die Anwesenden aus Ithaca zunächst nicht festlegen. Auf jeden Fall werden Beziehungen und Zusammenhalt der Menschen gestärkt, ein sozialer Mehrwert geschaffen. Darüber hinaus sind mit den erwähnten Krediten neue Unternehmen entstanden, die Arbeitslosigkeit liegt zwischen 3 und 5%.

In der Diskussion, an der sich außer mir auch zwei Teilnehmende aus Hamburger Tauschringen beteiligten, wurde die identitätsstiftende Wirkung – Förderung eines lokalen Bewusstseins – von solchen Nebenwährungen hervorgehoben. Im übrigen haben wir, auch wir hier mit unseren Tauschringen, ein 2. Netz in Reserve, wenn das 1. (die Nationale Währung durch Krise/Zusammenbruch) reißt, s. Argentinien. Ich fand die Idee mit dem Gesundheitsfonds auf der Basis einer Nebenwährung besonders interessant, könnte doch daraus in Anlehnung auch der soziale Aspekt in Tauschringen eine Bereicherung erfahren. Die Anregungen sind zumindest weitere Diskussionen wert.

Die Moderatorinnen vom Zukunftsrat Hamburg und der Lawaetz-Stiftung riefen die Anwesenden auf, an Experimenten in verschiedenen Quartieren von Hamburg mitzuwirken.●

Aus Tauschringmagazin, Nr. 2 Juli 2002

BÜRGERGELD:

Armut bekämpfen ohne Sozialhilfe

Sinn und Zweck der Sozialhilfe sind politisch umstritten. Die einen wollen die Beiträge senken, um Missbrauch zu verhindern. Andere fragen provokativ, ob Sozialhilfe eigentlich Armut beseitigen kann. Ausgehend vom aktuellen Stand der Armutsforschung in Deutschland und der Schweiz untersucht der Münchner Sozialpädagoge Alban Knecht die aktuellen Argumentationen in der Sozialpolitik und verschiedene sozialrechtliche Regelungen. Auf dieser Basis vergleicht er verschiedene Bürgergeld-Modelle wie Kombilohn, negative Einkommenssteuer und RMI als Alternativen zur Sozialhilfe. Dabei unterstreicht Knecht immer auch die Bedeutung der Sozialen Arbeit in der Armutsbekämpfung und bei der soziokulturellen Integration. Nachfolgend das Vorwort von Isidor Wallimann zum Buch:

Isidor Wallimann, Basel ● Was, wenn die Existenz nicht mehr durch Lohnarbeit gesichert wird? Wie könnten die durch Arbeitslosigkeit »frei« gewordenen Menschen gesichert werden? Wie die working poor? Welche Methoden und Verfahren gäbe es? Könnte dabei auch auf die Arbeitslosenversicherung und Sozialhilfe verzichtet werden? Von solchen und andern Fragen handelt dieses sehr sachkundige Buch von Alban Knecht.

Die Existenz gesichert zu haben, ist ein Menschenrecht. Existenzsicherung steht folglich auch im Zentrum der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der UNO. Sie ist ein Dokument, das der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaftstradition entstammt. Damit sollte nach dem zweiten Weltkrieg ein Kontrapunkt zum kapitalistischen Hitler-Regime gesetzt werden und ähnlichen Entwicklungen in Politik und Wirtschaft früh genug entgegengesteuert, ja diese verhindert werden. Noch ist die Menschenrechtserklärung hauptsächlich ein Dokument der »moralischen Appelle«. Die darin formulierten universellen Standards konnten bis heute sehr selten und dann meist nur exemplarisch hier und dort durchgesetzt werden.

Als universelles Instrument der moralischen Kritik wurde es politisch eher gegen autoritäre Regime als gegen sogenannte Demokratien eingesetzt, und wirtschaftlich meist gegen Länder mit nicht-kapitalistischer Planwirtschaft als gegen kapitalistisch-marktwirtschaftliche Systeme evoziert. Doch gerade letztere haben für Millionen von Menschen langfristig Arbeitslosigkeit, Ausgrenzung, Elend und (frühen) Tod verursacht – und tun es weiterhin. Die Menschenrechtsdeklaration spricht aber vom Recht auf soziale Sicherheit und Integration im wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Sinne (Art. 22, 23, 25, 27), vom Recht auf Bildung, Ausbildung und auf die freie und volle Entfaltung der Persönlichkeit (Art 26, 22) und vom Recht auf Arbeit, freie Berufswahl, angemessene und befriedigende Arbeitsbedingungen, Freizeit, Erholung, bezahlten Urlaub und würdevolle Existenzsicherung (Art. 23, 24).

Wir leben in einer Lohnarbeitsgesellschaft. Nur ein sehr kleines Segment der Bevölkerung hat in »vollen« Industriegesellschaften noch die Alternative, sein eigener Arbeitgeber oder seine eigene Arbeitgeberin zu sein. Die andern sind auf Lohnarbeit absolut angewiesen, um ihre Existenz zu sichern.

Es ist nicht so, als ob der Gesellschaft die Arbeit ausginge. Allein um fortzubestehen muss gearbeitet werden. Wenn die Bevölkerung allerdings zur Existenzsicherung und ihrem Fortbestehen von der Lohnarbeit abhängig ist, und dabei der kapitalistischen Wirtschaftsorganisation und -dynamik ausgesetzt wird, geht und bleibt vielen immer wieder die Lohnarbeit aus. Oder die Arbeit geht nicht aus, aber die Löhne fallen, so dass die finanzielle Existenzsicherung ausbleibt. In der Alltagserfahrung kommen beide Bewegungen meist gleichzeitig vor und ergänzen sich jeweils. Vollbeschäftigung mit Existenzsicherung durch Lohnarbeit hat der Kapitalismus noch nie erreicht. Und wenn, dann nur für äußerst kurze Episoden in seiner Geschichte – oft mittels Landesverweis für »Fremdarbeiter« (Schweiz, Apartheid Südafrika) oder mittels der Vernichtung von gesellschaftlich Ausgegrenzten (Holocaust), der Verbannung von Frauen in die Privatsphäre der Männerherrschaft, durch direktes Arbeitsverbot für ältere Menschen und durch indirektes Arbeitsverbot für Jugendliche, von denen für den Eintritt in den Arbeitsmarkt immer mehr Schuljahre abverlangt werden.

Dem Kapitalismus kann die Arbeitskraft nie billig genug sein, denn das System zwingt die Betriebe, einen möglichst großen Gewinn zu erzeugen, das heißt Kapital anzuhäufen. Tiefere Löhne erhöhen den Gewinn. Wird der Gewinn in die Produktion reinvestiert, kann das gleiche nachher mit weniger Leuten produziert werden, weil die Arbeitsproduktivität durch Automatisierung, Mechanisierung und durch neue Verfahrens- und Arbeitsorganisationsformen gestiegen ist. Im ersten Fall steuert der Kapitalismus auf mehr working poor zu, im zweiten auf mehr Arbeitslose. Ohne diese Dynamik gäbe es ihn nicht, und auf dieser Grundlage beruht seine globale Zukunft.

Mit der Erweiterung des Kapitalismus und seiner Lohnarbeit auf immer neue Segmente der Weltbevölkerung leiden nicht alle mit gleicher existenzieller Härte unter dieser Dynamik: Weltweit sind Frauen mehr betroffen als Männer, Randregionen in Europa, USA, Japan mehr als die Zentren, Schwellen- und Entwicklungsländer mehr als kapitalistisch »voll« industrialisierte Länder. Aber in der internationalen Gesamtheit betrachtet, kann der Kapitalismus wegen seiner immanenten Eigenschaften nie die Menschenrechte für alle bei ihm angebundenen Menschen erfüllen.

Im Zentrum des Kapitalismus (USA, Kanada, Westeuropa, Japan, Australien) wäre es ohne weiteres möglich, alle mit Lohnarbeit und existenzsichernden Löhnen einzudecken. Von der Lohnsumme und den Gewinnmargen her betrachtet, gibt es (heute noch) genügend Umverteilungsspielraum dazu, um so den Menschenrechten zu entsprechen. Doch auf diese Strategie wird verzichtet. Arbeitgeber sind nicht interessiert, die Lohnarbeitenden existenzgesichert in mehr zeitliche Unabhängigkeit zu entlassen. Jeder Versuch, die Wochenarbeitszeit gesetzlich weiter zu senken, wird nicht erst heute, sondern schon seit den Anfängen des Kapitalismus heftig bekämpft. Denn sonst gäbe es ja immer mehr Möglichkeiten, sich dem Diktat der Arbeitgeber zu entziehen. Gewählt werden also Strategien, die in der Bevölkerung ein Gerangel um die angebotenen Arbeitsplätze und Löhne entstehen lassen und dadurch die Zuteilungsmacht der Arbeitgeber maximieren. Die generell bevorzugte Strategie bleibt die Ausgrenzung durch Arbeitslosigkeit (ob in Form der vollen und partiellen Unterbeschäftigung) und die damit einhergehende Verunsicherung in Status und Existenz. Bevorzugt wird ferner das Absenken der Löhne zur Erhöhung der working poor. Beide tragen einerseits zur Steigerung der Gewinne und andererseits zum Wachstum der Sozialkosten bei: Unterstützungsgelder für Arbeitslose, Pensionierte, SozialhilfeempfängerInnen, Mehrkosten in Verwaltung, Bildung, Gesundheit, Polizei, Justiz und soziale Integration. Diese werden weitgehend durch die allgemeine Bevölkerung aus ihrem Lohn finanziert (inkl. die MWST). Eine Sozialisierung der Kosten und Privatisierung der Gewinne findet hier statt.

Dieses Buch handelt davon, wie die Öffentlichkeit mit dieser Belastung effizienter umgehen könnte. Es handelt auch davon, wie sie dabei existenzgesichert bleiben und gegenüber der Arbeitgeberschaft, der Arbeitslosenverwaltung, und der Sozialhilfe etwas an verlorener Würde zurück gewinnen könnte. Dabei werden verschiedene Methoden und Verfahren einander in Theorie und Praxis präzis gegenübergestellt. Was entstand, ist eine noch nicht vorhandene, äußerst nützliche Grundlage zur menschenrechtlich gerechteren Umgestaltung von Wirtschafts- und Sozialpolitik. Wer wollte sich bloß dagegen verwehren? – und falls, mit welchen Interessen und aufgrund welcher Machtbasis?●

Isidor Wallimann

Alban Knecht: Bürgergeld: Armut bekämpfen ohne Sozialhilfe. Negative Einkommenssteuer, Kombilohn, Bürgerarbeit und RMI als neue Wege. 144 Seiten, 4 Abb., kart. ISBN 3-258-06487-3, 24,90 EUR / sFr 38

JAPAN: LOVE UND GELD

Ortswährung mit »Smartcards«

»Das Projekt von Kanagawa mischt LOVE und Geld« – unter dieser Überschrift brachte am 22. Januar 2002 die größte Tageszeitung der Welt, Yomiuri Shimbun in Tokio folgenden Text heraus: »Die Stadtverwaltung von Yamato, Kanagawa, wird im Februar versuchsweise elektronische Ortswährung per Kunststoffkarten mit integrierten Schaltchips (IC) einführen. Dies wird das erste elektronische Ortswährungssystem in Japan sein«.

Redaktion Hamburg ● Gemäß Aussage der Stadtverwaltungsvertreter wird der erste Schub von IC-Karten an 73.000 Einwohner ausgegeben, die sich für das Projekt zur Verfügung gestellt haben. Von April an erfolgt die Ausgabe an alle anderen Einwohner, die sich um Karten beworben haben. Es werden Karten im Wert von 10.000 Einheiten ausgegeben, genannt LOVE, die wie Rabattmarken in den örtlichen Läden genutzt werden können.

Karteninhaber können ihre LOVE-Vermögen erhöhen durch freiwillige Sozialarbeit, Garagenmärkte (Flohmärkte?) oder Sammeln von recyclebaren Gegenständen, wie die Beamten sagten. Die Teilnehmer können sich über die Homepage der Stadtverwaltung um freiwillige Tätigkeiten bewerben und – nachdem die Arbeit ausgeführt ist – ihre Karten in Lesegeräte einführen, die mit dem Hauptrechner der Stadtverwaltung verbunden sind. Die LOVE-Gegenwerte zu dem festgelegten Wert für die Arbeit werden von Freiwilligen-Organisationen per Rechner auf die Karten übertragen.

Die Lesegeräte werden an 1.100 Stellen überall in der Stadt installiert. Mit LOVE-Guthaben können die Karteninhaber Rabatte in örtlichen Geschäften bekommen, wo es Karten-Lesegeräte gibt, oder sie können Secondhand-Artikel kaufen, die auf der Webseite der Stadtverwaltung angeboten werden.

Das Experiment wurde begonnen, nachdem Yamato die Genehmigung beim Wirtschaftsministerium beantragt hatte, das seinerseits die örtlichen Behörden aufgefordert hatte, Ideen für den Gebrauch von IC-Karten einzureichen, wie von Behördensprechern zu erfahren war. Die städtischen Fachleute erwarten von dem Projekt, dass es die Kommunikation unter den Einwohnern erhöht, freiwillige Tätigkeiten anregt und die einheimische Wirtschaft anregt. »Wir möchten diesen Service auch auf Home Shopping ausdehnen«, sagte Bürgermeister Kimiyasu Tsuchiya.●

Quelle: http://intraforum.net/money/lets

WAHLQUARK

Wahlquark

wählen.boykottieren.sabotieren.

Über Wahlaufrufe, Wahlboykott und Antiwahlaktionen

Wahlen stehen an. In diesem Text geht es zunächst einmal um die Frage, was an Wahlen auszusetzen ist, vor allem im Rahmen einer umfassenden Kritik an Herrschaftsstrukturen. Der zweite Teil beschäftigt sich kritisch mit den Argumentationen von »links«, die sich für Wahlbeteiligung aussprechen. Im abschließenden dritten Teil geht es dann darum, welche Formen des Widerstands und der inhaltlichen Vermittlung denkbar sind und wie sie sich kombinieren lassen. Wie stehen Wahlboykott und Antiwahl zueinander? Was können wir tun?

1. Aspekte einer Wahl-, Parlamentarismus- und Herrschaftskritik

Kritik an Wahlen hat eine lange historische Tradition, vor allem von anarchistischer Seite. Die hier aufgezählten Aspekte sind sicher unvollständig; sie spiegeln das wieder, was für uns Aktionen gegen Wahl und Herrschaft ausmachen sollte. Sie sind für euch hoffentlich weniger rein theoretisches Wissen, sondern ein Hintergrund für Protest, kreative Aktionen und Gegenöffentlichkeit. Denn ohne klare Positionen macht es keinen Sinn, in die öffentliche Debatte einzugreifen. Antiwahlaktionen sind »nur« so gut, wie sie die Kritik an Herrschaft und eure Gegenbilder dazu vermitteln!

Stellvertretung, Wahlen und Herrschaft als Prinzip angreifen

Es geht nicht darum, welche Partei wählbar, »links« oder richtig ist. Das Problem ist, dass es Parteien gibt, dass es Regierungen und Apparate gibt, welche ihre Interessen gewaltsam durchsetzten können. Selbst wenn Herrschaft »gute« Ergebnisse produziert, ändert sich neben Details am Ganzen nichts, d.h. die autoritäre Ebene bleibt: Auch die Förderung so sinnvoller Technologien wie Windrädern ist scheiße, wenn sie gegen den Willen der Bevölkerung und Naturschutz-Argumente in die Landschaft gesetzt werden können. Daher: Weg mit allen abgehobenen Gremien, erweiterten Entscheidungsbefugnissen und Durchsetzungsmöglichkeiten! Keine Stellvertretung!

Herrschaft demaskieren

Wahlen stützten ein System, dass auf Herrschaft beruht. Herrschaft bedeutet u.a., Entscheidungen über die Köpfe anderer hinweg treffen und durchsetzen zu können, deren Folgen von ganz anderen Menschen getragen werden müssen. Autobahnen, Atomkraftwerke würden nicht gebaut,

wenn die dort lebenden Menschen selbst entscheiden dürften. Unterschiede der Menschen werden benutzt, um Abhängigkeitsverhältnisse zu etablieren, die im Sinne des Auf- bzw. Abwertens von Menschen eingesetzt werden. Herrschaft festigt sich in bewertenden Denkschemata und in konkurrierendem Verhalten. Demgegenüber steht das Zusammenleben in Kooperation, wodurch Abhängigkeitsverhältnisse wie Lohnarbeit abgebaut werden können und natürliche Abhängigkeiten – wie die Nahrungsmittelproduktion – nicht in Hierarchien münden müssen.

Wahlen eignen sich als Aufhänger für Aktionen, weil sie in der demokratischen Propaganda als der Ausdruck von Freiheit schlechthin dargestellt und als zentrales Unterscheidungskriterium in Abgrenzung zu totalitären Staaten herangezogen werden. Tatsächlich täuschen Wahlen nur darüber hinweg, dass alles Wesentliche nicht von den Menschen entschieden werden kann. Im Gegensatz zur Diktatur beschafft sich die Demokratie über Wahlen und damit verbundenen Mythen die Akzeptanz der Menschen.

Wichtig dabei ist, sich nicht auf Wahl und staatliche Herrschaft zu beschränken, sondern in all ihren Formen zu benennen & die dahinter stehenden Logiken anzugreifen: Die Eigentums- und Verwertungslogik des Marktes, Normierungen, der Terror der erzwungenen Zweigeschlechtlichkeit* und patriarchale Strukturen, Diskriminierung und Unterdrückung aufgrund des Alters, Psychatrisierung, (Sozial-)Rassismus, Kolonialismus, ExpertInnentum usw.

Herrschaft zerschlagen statt erobern!

Herrschaft ist kein Weg zur Herrschaftsfreiheit! Vor diesem Hintergrund ist es wichtig zu zeigen, wie Herrschaft die verändert, die mit ihr die Welt verändern wollten, wie es die zahlreichen »linken« Parteien in D-Land und anderswo vor hatten. Herrschaft mitsamt ihren Strukturen ist kein neutrales Mittel. Dass die PDS sich wie die SPD und Grünen (nur noch schneller) ans herrschende System anglei-

chen wird, ist nicht auf individuelles Versagen oder moralischen Verfall zurück zu führen, sondern die konsequente Folge von finanziellen Abhängigkeiten, Sachzwängen, Erwartungshaltungen und dem Interesse am Machterhalt an sich. All das ist im System strukturell verankert.

Zudem basiert die Idee, dass es wichtig sei, selbst an den »Schalthebeln« der Macht zu sitzen, auf der vereinfachenden Vorstellung, Herrschaft sei lokalisierbar, wahlweise als das Kapital oder die Herrschenden usw. Neben der Fixierung auf den Staat wird dabei verkannt, dass Herrschaft nicht auf Hauptwidersprüche oder zentrale Instanzen zurückgeführt werden kann, sondern ein durchgängiges Prinzip darstellt, dass die gesamte Gesellschaft durchzieht. Widerstand gegen Herrschaftsverhältnisse muss also die Logiken von Herrschaft in all ihren Ausformungen angehen.

Alle historischen Beispiele – und davon gibt es bereits zu viele! – belegen, wie der Aufstieg zur Macht sich auswirkt, wie sich Menschen von den ursprünglichen Zielen

2. Kritik an Wahlaufrufen »Es gibt keine Wahl, die Demokratie gewinnt immer.«

»Wahlen sind weder ein Repressionsinstrument der Herrschenden noch dienen sie ihnen zur Ausbeutung. Sondern: Sie dienen zur Verschleierung von Repression und Ausbeutung.« (Wer die Wahl hat, wählt die Qual ... in: Projektil 11/12)

Der Gang zur Wahlurne ist die faktische Zustimmung zur eigenen Ohnmacht, zum demokratischen Projekt. Jeder Aufruf zur Wahl bedeutet daher auch, staatliche Herrschaft anzuerkennen und mit zu legitimieren. So betreibt mensch in jedem Fall Wahlkampf für die Demokratie und reduziert das eigene Engagement auf das Kreuz an der »richtigen« Stelle. Wer wählt, wählt verkehrt!

Stoppt [...] ! Wahlaufrufe von »links«

Foto: Jürgen Siegmann

entfernen, sich brutalisieren und vor allem am Machterhalt interessiert sind. Das sind keine Zufälle! Über Parteienpolitik, über die Beteiligung an Herrschaftsstrukturen ist eine bunte, befreite Gesellschaft nicht zu erreichen! Und wir haben keinen Bock mehr, dass »wir« die Fehler der Menschen vor uns endlos wiederholen. Lasst uns mal unbekannte Wege gehen, um freiere Verhältnisse zu schaffen, die nicht auf Beteiligung an Herrschaftsstrukturen oder dem Aufbau zentralistischer, hierarchischer Apparate setzen. Also ... loslegen mit Selbstorganisierung, dem Aufbau von emanzipatorischen Basisstrukturen, Freiräumen und Netzwerken!

Gegenbilder aufzeigen

Proteste gegen Wahlen sind mit Politikverdrossenheit kompatibel, wenn sie sich auf Wahlboykott bzw. den Angriff auf Wahlen beschränken. Daher ist es wichtig, über die Kritik an Herrschaftsstrukturen hinaus Visionen einer befreiten Gesellschaft zu entwickeln, einer Welt ohne Markt & Staat, ohne Einteilungen in Geschlechter, »Rassen« oder homogene Kulturen, ohne Normierungen. Dazu gehört: Hierarchiefreie Modelle der Entscheidungsfindung für Gruppen und Organisierung entwickeln, anwenden und in die gesellschaftlichen Diskurse hineintragen. Und immer wieder Informationen streuen über bestehende Projekte und Ansätze, die versuchen, trotz widriger Umstände Keimformen einer befreiten Gesellschaft aufzubauen: Freie Software, Umsonstläden, Hausprojekte, gemeinschaftlicher Reichtum, Wagenburgen, Netzwerke gegenseitiger Hilfe und vieles mehr. Wir haben sehr wohl Lust auf (Anti-)Politik, aber nicht auf Regierungen, Konzerne und Herrschaftslogiken!

Selbstorganisierung statt Stellvertretung

In den nächsten Jahren wird sich die Situation der meisten Menschen eher weiter verschlechtern, nicht nur ökonomisch. Statt Hoffnungen auf Parteien, NGOs und Institutionen zu setzen ist es schon lange an der Zeit, sich selbst zu organisieren!

Damit gemeint ist u.a. der Aufbau von Strukturen, die so weit wie möglich Unabhängigkeit von Staat und Markt ermöglichen, um uns aufzufangen und den Abbau von Hierarchien und Diskriminierungen voran zu treiben. Auf der anderen Seite gehört dazu ein organisierter, noch zu schaffender Widerstand von selbstbestimmten Basisgruppen, Netzwerken usw., die sich gegen die Projekte der Herrschaft auflehnen. Druck von unten aufbauen!

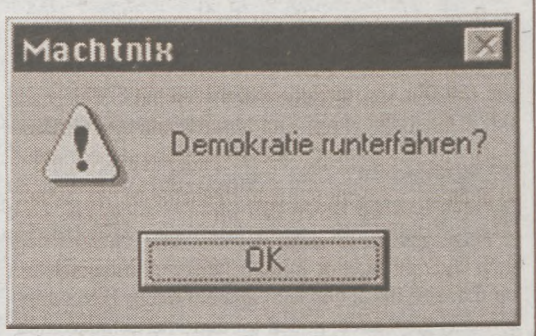
Es gibt immer wieder Wahlaufrufe von »links«, die meinen, durch Stimmangabe eine CDU-Regierung o.ä. verhindern zu müssen. Das Problem dabei wird durch die Zwei-Haufen-Scheiße Logik aus dem Werner-Comic sehr schön verdeutlicht: Einer schlechten Variante wird eine noch schlechtere gegenüber gestellt. Schon erscheint erstere als die bessere Wahl. Mit solch einer berechenbaren Logik macht mensch sich selber beliebig steuerbar; etwas, dass z.B. die Wahlen in Frankreich sehr gut gezeigt haben: Nachdem Le Pen in der ersten Runde mit 17% an zweiter Stelle landete, folgte eine unglaubliche Organisierung zur Rettung der Demokratie, öffentliche Empörung, Massendemonstrationen ... selbst sozialistische und kommunistische Gruppen vergaßen jegliche Kritik & stellten sich hinter den rechten Chirac, der so im zweiten Durchgang mehr als 80% der Stimmen einheimste!

Und in vier Jahren ruft mensch hier vielleicht auf, Stoiber zu wählen, weil ihm ein noch größeres Arschloch gegenüber gestellt wird. Aufrufe zur Wahl bzw. Verhinderung einer bestimmten Partei konstruieren noch einmal, dass es das Entscheidende sein soll, wer »uns« regiert. So reduziert sich die Debatte auf die Frage, welche die »richtige« Partei an der Macht ist und bewegt sich damit nur noch innerhalb der parlamentarischen Logik. Die entscheidende Frage kann gar nicht mehr gestellt werden: Stellvertretung oder Selbstbestimmung?

Zudem produziert dies einen Blick, der sich auf die Abgabe der Stimmen verengt, ohne zu sehen, dass damit die Ohnmacht der Menschen nur fest geschrieben wird: Das Problem sind nicht rechte PolitikerInnen bzw. Parteien, sondern die unzähligen Menschen, die so einer Politik, zustimmen, sie stillschweigend dulden oder als einzige Aktion das Kreuz dagegen propagieren. Aufrufe von Antifas (Wählen, um den Einzug von Nazi-Parteien zu verhindern) sind häufig entpolitisierend, weil sie Widerstand durch Wählen ersetzen bzw. darauf reduzieren. Statt Wahlaufrufen wäre es sinnvoller, sich zu überlegen, wie Prozesse in Gang gesetzt werden können, die das Bewusstsein der Menschen erreichen & verändern, ihre Selbstorganisierung fördern und Widerständigkeit wecken.

»Das kleinere Übel wählen«

Auch diese weit verbreitete Argumentation setzt auch auf der Theorie der zwei Haufen Scheiße auf. Doch das, was als »kleineres Übel« benannt wird, das, was noch als wählbar gilt, ist in den letzten Jahrzehnten immer schlimmer



geworden. Hier zeigt sich, wie sich solche Logik in sich selbst verfängt: Wann ist der Punkt erreicht, wo Schluss ist, wo wir anfangen, widerständig zu werden & das Leben selber in die Hand zu nehmen? Faktisch erfüllt diese Logik eine Ruhighaltefunktion, die verhindert, dass Menschen eigene Perspektiven entwickeln, die sich jenseits von parlamentarischen Strukturen bewegen. Schluss mit dem Vertrösten ... auch die beste Scheiße stinkt: Wir wollen gar kein Übel mehr, sondern ein gutes & glückliches Leben für alle!

3. So what to do? Handlungsmöglichkeiten für anti-hierarchischen Widerstand

Wahlboykott? Ungültig wählen?

Ziel von Wahlboykott ist im besten Fall, durch die massenhafte Umsetzung zu signalisieren, dass die Bevölkerung keine Lust auf demokratische Fremdbestimmung hat. Zusammen mit einer öffentlichen Skandalisierung soll dem Wahlmechanismus die Legitimation und Akzeptanz entzogen werden. Ungültiges Wählen soll das sichtbar machen, da ungültige Stimmen in der Statistik auftauchen. Dazu kommt der finanzielle Aspekt: Nur gültige Stimmen bringen Geld für Parteien (Rückerstattung für den Wahlkampf).

Wahlboykott ist nicht per se gegen Fremdbestimmung und staatliche Herrschaft gerichtet. Immer wieder wurde und wird er sogar von demokratiefreundlichen Kreisen als Aktion zur Forderung nach mehr Demokratie eingesetzt. Und bei Volksentscheiden kann er z.B. als taktisches Mittel einer Fraktion eingesetzt werden, um damit die nötige Mindestbeteiligung auszuhebeln. Wahlboykott erhöht in diesem Fall möglicherweise die Wahrscheinlichkeit, dass es keinen Beschluss gibt, was ja im Sinne derer ist, die z.B. eine Straße, ein Parkhaus oder ein Windrad ohne BürgerInnenbeteiligung in die Gegend setzen wollen. Teilweise wird Wahlboykott auch damit begründet, dass mensch sich von den existierenden Parteien nicht vertreten fühle. Damit wird aber die Herrschaftsstruktur Parlamentarismus prinzipiell anerkannt, das Gründen immer neuer Parteien gerechtfertigt. Wir wollen aber von keiner Partei vertreten werden, egal wie »gut« sie ist! All das sind keine Argumente gegen Wahlboykott, sondern gegen die alleinige Fixierung darauf. Sinnvoll ist er in der Kombination mit inhaltlicher Vermittlung, eigener (Gegen-)Öffentlichkeitsarbeit und weiteren Aktionen, die in die Debatte eingreifen, klare Positionen und Visionen benennen usw.

Antiwahlaktionen?

Antiwahl steht nicht im Widerspruch zu Formen des Wahlboykottes, setzt allerdings auf einer anderen Ebene an. In der linken Debatte werden leider nur zwei Positionen (Wählen vs. Wahlboykott) zugelassen und damit abweichende, differenzierte Argumentationen ausgegrenzt. Ein Unterschied zum Wahlboykott ist, das dieser für Antiwahl überhaupt nicht das zentrale Element ist: Es nicht entscheidend ist, wer wählen geht oder nicht, sondern das Prozesse initiiert werden, die das Bewusstsein der Menschen dahingehend verändern, Wahlen & Herrschaft nicht mehr anzuerkennen, sondern gemeinsam nach selbstorganisierten Gegenentwürfen zu suchen.

Die Frage ist eher: Wie kann eine Vermittlung herrschaftsfeindlicher Positionen gelingen? Daher sucht Antiwahl nach Interventionsformen, die eine Kommunikation zu möglichst vielen Menschen herstellen, auf deren Basis dann z.B. Gespräche über den Unsinn von Wahlen und Herrschaft möglich sind. Lasst uns Wahlveranstaltungen und Wahllokale in unsere Aktionsfelder verwandeln! Auch Wahlinfostände von Parteien bieten sich an; erinnert sei an den genial gefakten FDP-Infostand der Titanic-Redaktion, bestückt mit überzeichneten antisemitischen Plakaten. All das in der Hoffnung, dass möglichst viele Gruppen und Menschen auf das Repertoire direkter Aktion zurückgreifen, um gegen Wahlen & Herrschaft anzustänkern: Verstecktes Theater, Subversion, Kommunikationsguerilla, Reclaim The Streets usw. Einige Anregungen dazu findet Ihr im Artikel »Widerstand ist mehr als Wahlboykott«.●

Espi, Jörg, Marc und weitere Menschen

* Gemeint ist die Einteilung von Menschen in Männer und Frauen und ihnen zugeschriebenen Wertigkeitsunterschieden und Eigenschaften, mit denen v.a. die Diskriminierung von Frauen und Hierarchisierungsprozesse gerechtfertigt werden.

Ideensammlung

Wahlquark

Widerstand ist mehr als Wahlboykott!

Direkte Aktion, Wahlboykott & Wahlen

Das Konzept von direkter Aktion verbindet Widerstand und theoretische Vision. Gut ausgedachte und durchgeführte direkte Aktionen, Formen eines unmittelbar widerständigen Handelns sind hilfreich, um Normalität zu durchbrechen. Im besten Fall wird der alltägliche Trott in Frage gestellt, es entsteht Verwirrung, Neugier oder auch Wut, auf der eine inhaltliche Vermittlung ansetzen kann. Durch die Aktion wird also ein Raum (Erregungskorridor) geschaffen, in den wir dann herrschaftsfeindliche Positionen einbringen und Diskussionen anstoßen können. Mehr zu diesem Konzept findet ihr in »Ziele und Mittel der direkten Aktion«.

Wahlboykott allein wirft kaum noch Erregung auf. Zudem gibt er keine Antwort auf die Frage, was mit den unzähligen Menschen ist, die in den Wahllokalen stehen werden – gerade sie wollen wir dort erreichen. Ein verstecktes Theater im Wahllokal kann z.B. Verwirrung stiften und eröffnet darüber die Möglichkeit, Debatten über Wahl – und Demokratiekritik anzuzetteln. Die FDP-Aktion der Titanic-Redaktion hat auch so einen Erregungskorridor geöffnet, der von Wahlboykott nicht zu erwarten ist. Schade ist, dass die linke Diskussion immer nur um den Wahlvorgang (Wählen vs. Wahlboykott) kreist, was einer vielfältigen Aktionskultur entgegen steht, die sich nicht auf der eigene Szene »einigelt«.

Widerstand kann mehr sein als Wahlboykott. Es ist möglich, Wahlen anzugreifen ... nötig dazu sind ein wenig Phantasie, Mut und Menschen, die ihre Ideen gemeinsam umsetzen. Es muss keine riesige Aktion sein, viele kleinere, die im Alltag ansetzen, können auch das Bewusstsein von Menschen verändern. Die folgenden Aktionsvorschläge sind das Ergebnis von Brainstormings auf verschiedenen Treffen. Wichtig dabei ist: Direkte Aktionen sind nur ein Element von emanzipatorischem Widerstand. Weitere, ebenso bedeutsame Teile sind Gegenöffentlichkeit, der Aufbau von Freiräumen, Selbstorganisation in Alltag und Politik und mehr.

1. Anti-Wahl-Aktionstage vom 13.-15. September

Als Rahmen für ein Feuerwerk kreativer Aktionen überall, unter einem Motto, das Kritik und Vision vereint, z.B. »Stimme erheben statt abgeben«. Der Widerstand sollte sich daher nicht auf Wahlen beschränken, sondern z.B. auch Lohnarbeit, Umweltzerstörung und die Logiken von Herrschaft im Alltag angreifen, immer in Verbindung mit Gegenentwürfen. Es gibt keine einheitliche Kampagne, sondern eine gebündelte Vielfalt, bei der die unterschiedlichen Positionen zugelassen werden. Dazu gehört eine gemeinsame Darstellung durch die Verknüpfung der Vielfalt im Internet, durch den Aufruf, die Vorbereitung usw. Über die offene Presseplattform im Internet sowie in den (über-)regionalen Schwerpunkten machen die Gruppen und AkteurInnen ihre eigene Pressearbeit.

Grundsätzlich sind alle Aktionsformen denkbar, schön wären solche, die das Motto anschaulich umsetzen, z.B. RTS, Häuserbesetzungen als Freiräume. Oder das Aneignen von Flächen in der Fußgängerzone, dazu Schilder »Sie verlassen den demokratischen Sektor«, »Hier endet Deutschland« und dort dann visionäre Dinge andeuten: Liegestühle, Tanzen, ErfinderInnen-Ecke mit Technik für ein besseres Leben. Höhepunkte des 14.9. könnten z.B. ein großer, bunter Anti-Wahl-Block auf der Attac/DGB Pro-Demokratie-Demo plus Aktionen rundherum in Köln und ein druckvoll-kreativer Aktionstag gegen staatlichen Rassismus in Gießen sein. Und Hoffentlich nicht nur da – sondern überall!

2. Wahllokale zum Aktionsort machen

Variante 1: Wahlkabinen/-lokale besetzen

Ab in die Wahlkabine ... auf die klassische Art, also mit Transpi, möglicherweise angekettet oder mit Picknickkorb, gemütlich machen, Frühstück in der Wahlkabine aufbauen usw. Warten, bis WahlhelferInnen dich ansprechen, dann sofort vermitteln: »Lassen sie nur ... ich muss erst einmal kucken, wen ich da wählen soll, die sind alle so ähnlich.« Oder kombiniert mit verstecktem Theater: Irgendwann geht eine weitere Person in eine andere Kabine; ihr fangt ein lautes Gespräch über den Unsinn des Wählens an: »Wen wählst du denn?« – »Schwierig, die machen alle das gleiche: uns regieren – das ist das Problem.« Oder WahlhelferInnen ansprechen: »Also, hier kann ich wählen, ja? Ich wollte mich mal beraten lassen. Ich suche eine Partei, die gegen Herrschaft ist.«

Variante 2: Wahllokale zur Bühne verwandeln

Tumult in Wahllokale bringen und Diskussionen anstiften durch verstecktes Theater: Ihr geht als »normal« aussehende Leuten rein, eine Hälfte will wählen, andere Gruppe will nicht wählen, ein Streit beginnt (»Ach Wählen bringt doch nichts ... kein Bock mehr, regiert zu werden«). Am Ende lässt sich Gruppe 1 davon überzeugen nicht zu wählen und statt dessen für ein schönes Leben aktiv zu werden. Dabei so verhalten, dass unbeteiligte Menschen möglichst mit einbezogen werden, ihr gemeinsam über Demokratiekritik usw. diskutiert. Und dann auf ins nächste Wahllokal!

Wahlkabine verschönern

Wahlkabinen mit Aufklebern und Zetteln bestücken. Dabei ist es möglich, große Etiketten mit Anti-Wahlsprüchen zu verkleben. Gewitzter wäre eine als amtliche Mitteilung aufgemachte »Wahlanleitung« *(Vorsicht, ist natürlich alles nicht so gemeint, da das strafrechtliche Konsequenzen nach sich zieht, die Redaktion)*, die zum ungültig wählen provozieren könnte (z.B. »Unterstreichen sie die zwei KandidatInnen, die ihnen am besten gefallen«, drei Kreuze erlaubt usw.). Wichtig ist nachher eine inhaltliche Vermittlung, z.B. eine Pressemitteilung.

Stimmen einkassieren

Vor Wahllokal stellen mit Kasse und für das Wählen Geld kassieren, Motto: »Was nichts kostet ist nichts wert.« Die, die über Produktionsmittel, Macht und Kapital verfügen, haben ja auch sonst das meiste zu sagen – warum nicht auch bei Wahlen?! Und irgendwann gehen die Stimmen aus ... alle aufgekauft von den Reichen.

Radio »Wahlfang«

Mit Aufnahmegerät, Mikrofon, gefakten bzw. echten Presseausweis und seriöser Kleidung vor Wahllokalen aufkreuzen und WählerInnen »interviewen« – die inhaltliche Vermittlung kann dabei in die Fragen verpackt werden: »Glauben Sie, dass auch dieses mal die Demokratie gewinnen wird?« Alles sollte aber möglichst authentisch rüber kommen, damit ihr nicht auffliegt, die Polizei gerufen wird usw.

Fakes

Authentische Internetseiten von SPD, Grünen & Co. berichten unverblümt über die »wirklichen« Interessen und Kungeleien der Parteien. Die Herstellung täuschend echter Kopien ist auch bei geringen HTML-Kenntnissen problemlos. (Gute Beispiele: http://welcome.to/gastronomie-gegen-nato, http://www.afghanistankrieg. de). Infostände von Parteien mit überzeichneten Slogans können sehr wirksam sein. Allerdings greifen diese Aktionen für sich stehend nur einzelne Parteien an, die systemkritische Ebene fehlt.

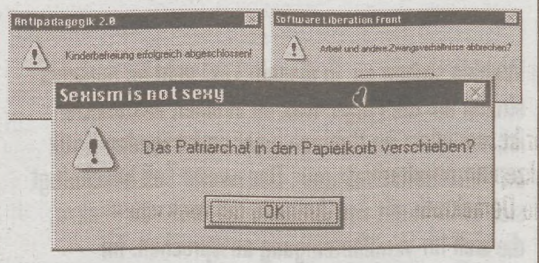
Wahlplakate verändern

Mit Minimalaufwand lassen sich die Aussagen von Wahlplakaten verändern. Manchmal reicht ein Wort, um die Bedeutung der ursprünglichen Aussage zu verkehren. Im Vorfeld der NATO-Tagung tauchten in München z.B. massenweise Plakate mit Oberbürgermeister Ude auf, auf denen »Wir unterstützen Mieter« in »Wir unterstützen Mörder« verändert war. Denkbar sind Sprechblasen mit Sprüchen gegen Wahl und demokratische Herrschaft. Für eine gute KG drauf achten, dass die Veränderung nicht als solche zu erkennen ist! Ein schönes Beispiel für »Wahlwerbung« findet sich unter www.contrast.org/KG.

Wahlveranstaltungen »sprengen«

Wahlveranstaltungen zu verhindern, erweist sich aufgrund verstärkter Sicherheitsvorkehrungen als schwierig. Viel weniger Aufwand entsteht für euch, wenn ihr als »Fans« der jeweiligen PolitikerInnen auftaucht: Mit Jubelorgien, endlosem Applaus und Sprechchören ist schon

Foto: Andreas Schoelzel



so manche Wahlveranstaltung vor Ort gesprengt worden, weil die RednerInnnen irgendwann entnervt aufgaben. Andere bevorzugen Farbbeutel.

4. Weitere Ideen vor, während & nach der Wahl

Trauermärsche

Während der letzten Hochrechnungen wandert ihr als Trauermärsche durch eure Stadt (mit Abstecher zu Wahlparties?), um zu beklagen, dass sich wieder mal nichts geändert hat und so viele Menschen auf den Wahlquark hereingefallen sind. Nach der Wahl eine Schweigedemo machen, Münder symbolisch zu kleben, Motto: »Wir haben unsere Stimme abgegeben, jetzt haben wir nichts mehr zu sagen!« Oder auch schon vorher in Ämter, Behörden latschen und rumnerven: »Wo kann ich hier meine Stimme abgeben? Hab ich dann überhaupt noch was zu sagen?« Die Alternative wäre, einige Tage vor der Wahl eine etwas andere Prozession durchzuführen: Die Demokratie beerdigen ... für selbstbestimmtes Leben!

Wahlparties »angreifen«

Wahlparties (nach der Wahl) stören, vor allem in größeren Städten. Sehr witzig wäre, dort alle Fernseher lahmzulegen, zuzukleben, zu übermalen – natürlich mit inhaltlicher Vermittlung.

Anti-Wahlparties

Organisiert Parties, Konzerte u.ä. mit freiem Eintritt für abgerissene Wahlplakate, Fotos von subversiv veränderten Plakaten oder nicht-abgegebene Wahlzettel usw. Oder am Wahltag offensiv zum Picknick im Grünen, zum Schwimmen einladen.●

Espi, Jörg, Marc und weitere Menschen, die sich aktuell in Anti-Wahl-Initiativen engagieren

Hinweis für staatliche Repressionsbehörden:

All das ist kein Aufruf zu Straftaten, sondern der Versuch aufzuzeigen, von welchen Gefahren Wahlen bedroht sind und geschieht daher zum Schutz der freiheitlich demokratischen Rechtsordnung.

Wichtiger Hinweis für Aktionen:

Bei allen Aktionen auf die Bannmeilenbestimmung achten: In der Nähe eines Wahllokals dürfen wohl keine direkten Aussagen zur Wahl gemacht werden in Form von Infoständen o.ä. Störung von Wahlen ist eigener Straftatbestand. Also gut überlegen oder subversiv nutzen.

3. Kommunikationsguerilla, Subversion

Initiative »Pro-Wahl«

Ihr gründet eine Bürgerinitiative »Pro-Wahl«, die während der Wahlk(r)ampfphase mit Pressemitteilungen, Infoständen in die öffentliche Debatte eingreift. Gegenüber BürgerInnen total überzeichnet, aber ernsthaft argumentieren, als währet ihr die überzeugtesten DemokratInnen schlechthin: »Auch nach diesen Wahlen wird sich an Umweltzerstörung, Krieg und weltweiter Armut nichts verändern. Gerade deshalb ist es unabdingbar, dass Sie wählen gehen.« »Weder SPD, CDU, Grüne, noch PDS werden etwas ändern. Deshalb ist es um so wichtiger, dass Sie wählen gehen.« Und das in einer schicken Broschüre, die ihr überall in Briefkästen wandern lasst usw. Ziel ist, die absurde Logik von Wahlen und Parlamentarismus offen zu legen, die vorgetäuschte, demokratische Freiheit zu demaskieren. Noch verzwickter wird es, wenn ihr eine andere Gruppe eingreifen lasst, die zum Wahlboykott aufruft und euch darauf bezieht. Oder z.B. ein »offizielles« Schreiben, dass absolut sachlich-neutral den Ausfall der Bundestagswahl mit der Begründung erklärt, dass es ohnehin keine wirklichen Änderungen geben würde.

VERTRETERINNEN DER ZIVILGESELLSCHAFT...

Noch mehr Demokratie droht!

Espi, Jörg, Marc und weitere Menschen, die sich aktuell in Anti-Wahl-Initiativen engagieren ● Demokratie ist eine Herrschaftsform – Volksherrschaft eben. Eine spezifische Idee dieser Form von Hierarchisierung der Gesellschaft ist, über den Mythos der Mitbestimmung, des Mitredens- und vor allem Mitwählen-Könnens die Menschen als Verbündete zu gewinnen. Sie basteln dann freiwillig, fast enthusiastisch an ihrer eigenen Fremdbestimmung mit. Davon droht ständig mehr. Die Modernisierung der Demokratie bedeutet, dass immer mehr Lebensbereiche der Kontrolle durch die sogenannte »Mehrheit« (die ja meist ein Konstrukt aus Wahlen, Propaganda und Ausgrenzung ist) unterworfen werden, die akzeptanzbeschaffende Werbung für die Demokratie dabei zunimmt und immer mehr HelferInnen bei dieser Ausdehnung von Herrschaft integriert werden.

Direkte Demokratie und mehr

Viele Gruppen bemühen sich um Reformen der Demokratie. Fast alle blenden dabei die Herrschaftsmechanismen der Demokratie aus und hoffen auf bessere Zeiten, wenn die Verfahren der Abstimmungen verbessert werden. Das kann im Detail auch tatsächlich mehr Mitbestimmung bedeuten – doch das Vertretungsprinzip bleibt und leider (und ohne dass es nötig wäre!) bleiben die Vorschläge im Rahmen der Verhältnisse. Die aktuellen Vorschläge für direkte Demokratie lassen wieder nur die abstimmen, die auch wählen dürfen. Die Schere zwischen Deutschen und Nichtdeutschen, zwischen Erwachsenen und Jugendlichen usw. wird weiter geöffnet. Das ist nur ein Beispiel, eine umfassendere Kritik findet sich unter http://www.thur.de/philo/uvu/ uvu12.html.

Global Governance

Governance bedeutet, dass zukünftig nicht mehr die Parteien, sondern auch Wirtschaft und NGOs regieren. Sie bläht Demokratie auf, erweitert die Beteiligten und schafft damit zum einen erhöhte Akzeptanz, zum anderen werden Herrschaftssysteme leistungsfähiger, weil mehr Potential an der Ausführung mitwirkt. Die »VertreterInnen der Zivilgesellschaft« suggerieren eine demokratische Breite und bringen kritisches Know-How ein. Tatsächlich aber haben die Menschen keine neuen Mitbestimmungsebenen – ganz im Gegenteil: Während sich die Debatte um Governance, Nachhaltigkeit und Zivilgesellschaft ausbreitete, wurden Beteiligungsrechte immer mehr der Standortpolitik geopfert. Das wird so weitergehen – die FunktionärInnen der NGOs werden zu den Gewinnern der modernisierten Herrschaft gehören. Die Menschen verlieren immer mehr Freiräume, aber es gibt immer mehr, die ihnen das Gegenteil erzählen. Die Propaganda für diese Ideen besorgen nicht mehr die Regierungen, sondern diejenigen, die sich selbst zu den VertreterInnen der »Zivilgesellschaft« ernannt haben. Verklärend beschreibt z.B. Attac im Buch »Eine andere Welt ist möglich!« (2002, VSA Hamburg, S. 146): »Alle Gesellschaften, egal wie arm, haben Organisationen, die Bauern, ArbeiterInnen, Frauen, die Geschäftswelt und so weiter vertreten, und die je nach Regierung mehr oder weniger frei agieren können.« Alles wird gut ...●

VOLKSHERRSCHAFT?

Wahlquark

Eine grundlegende Kritik

Demokratie runterfahren ... Selbstbestimmung installieren

Demokratie ist die zur Zeit weltweit vorherrschende Form von institutionalisierter, staatlicher Herrschaft. Ihr besonderes Merkmal ist dabei die Form der Akzeptanzbeschaffung, die Mechanismen, mit denen die Demokratie die Zustimmung der Menschen organisiert.

Foto: Dieter Poschen

Espi, Jörg, Marc und weitere Menschen, die sich aktuell in Anti-Wahl-Initiativen engagieren ● Demokratie bedeutet Volksherrschaft ... ein verräterischer Begriff! Demokratie funktioniert somit immer über den Bezug auf einen imaginierten, organischen »Volkskörper«, dessen Willen die gewählten VertreterInnen angeblich vertreten. Diese Argumentation, die Idee von »Völkern«, kommt nicht ohne Grenzen aus und basiert immer auf dem Ausschluss von Gruppen und Menschen, die als anders definiert werden.

Volksherrschaft meint, dass sich das »Volk« selbst regiert und der Wille der Mehrheit ausgeführt wird. Selbst wenn das so wäre, handelte es sich um Herrschaft, die nichts mit der Vision einer befreiten Gesellschaft zu tun hätte, da dort immer unterdrückte Minderheiten geschaffen würden. Tatsächlich ist nicht einmal das der Fall: Bei Wahlen entscheidet nicht die Mehrheit der Menschen, die in einem Staat leben. Zum einen ist die Wahlbeteiligung in vielen Staaten sehr niedrig, weshalb prozentuale Hochrechnungen wenig Aussagekraft haben. Überhaupt nicht bedacht wird weiterhin, das Kinder, MigrantInnen oder entmündigte Menschen nicht wählen dürfen (obwohl Gesetze usw. auch für sie gelten). Würden die abgegebenen Stimmen auf alle Menschen innerhalb des Regierungsbezirks hoch gerechnet, wäre offensichtlich, dass selbst hinter scheinbar eindeutigen Wahlergebnissen nur ein Teil der Menschen steht, der häufig katastrophal gering ist.

Es wird nicht das beschlossen, was die Mehrheit will. Selbst wenn alle wählen dürften & würden – auf die Entscheidungen im Parlament haben die Menschen keinen Einfluss. Gesetze, die für Millionen gelten sollen, werden hier von wenigen entschieden. Es ist also völlig absurd, von Mehrheitsentscheid zu sprechen, wenn mensch nicht unterstellt, dass die ParteienvertreterInnen vom Willen der Menschen telepathisch kontrolliert werden. Es gibt Beispiele, die das belegen: Die Mehrheit der Menschen in D-Land ist gegen Atomkraft und Gentechnik – doch das interessiert nicht. Bei genauerer Betrachtung zeigt sich, dass in der Demokratie nur wenige Entscheidungen treffen. Die tatsächlichen Möglichkeiten der meisten Menschen, Leben und Umgebung selbstbestimmt zu gestalten, an Entscheidungsprozessen teilzunehmen, unterscheiden sich kaum von anderen Regimes ... bis auf die Wahl der jeweils »Herrschenden«.

Der Glaube, VertreterInnen würden den Willen der Menschen repräsentieren, die Mehrheit würde entscheiden, spiegelt nicht die demokratische Wirklichkeit. Es sind Mythen, die ständig wiederholt werden, Diskurse*, die fest in den Köpfen verankert sind. Auch wenn diese bei vielen bröckeln, so fehlen die Visionen, was besser sein könnte. Durch diese Mythen kann Demokratie breite Zustimmung herstellen und ist daher weniger auf offene Gewalt angewiesen. Sie machen es leichter, dass Menschen ihre Zurichtung durch Erziehung, Schule, Sozialisation annehmen, ihre Beherrschung verinnerlichen und sich dabei frei fühlen ... innerhalb vorgegebener Rollen natürlich.

Trotzdem gibt es Kontroll- und Gewaltapparate wie Polizei, Knäste und Militär, die den Markt durchsetzen usw. In kritischen Situationen stehen alle Möglichkeiten bereit, gewaltsam gegen Aufsässige und unerwünschte Menschen vorzugehen, Grundrechte aufzuheben und sich dabei weitestgehend an totalitäre Systeme anzugleichen. Ausgrenzung, Abschiebungen und Repression sind schon heute für MigrantInnen, Unangepasste und (in geringerem Ausmaß) politische AktivistInnen ein nicht weg zu denkender Teil demokratischen Normalbetriebs.

Mehrheitsabstimmungen, die für alle gelten sollen, bedeuten immer Herrschaft. Sie setzen Organe voraus, welche die Entscheidungen durchsetzen. Auch radikaldemokratische Ansätze verlagern dieses Problem höchstens. Auch nach der Überwindung des Kapitalismus ist z.B. nicht zu erwarten, dass StellvertreterInnen das tun, was die Menschen wünschen, es keine Seilschaften mehr gibt usw. Außerdem ist fraglich, ob es nicht auch hier weiter Polizei, Knäste usw. geben muss, um Entscheidungen durchzusetzen.

Die Demokratisierung aller Lebensbereiche und Direkte Demokratie können als »Zwischenstufen« in einem emanzipatorischen Prozess gesehen werden, ohne dabei stehen zu bleiben. Weitergehender wären Gesellschaftsmodelle, in denen Autonomie und Vielfalt von Lebensformen geschützt und bewusst gefördert werden. Also im besten Falle eine Welt ohne Herrschaftsstrukturen, die irgend etwas durchsetzen können, und in der Menschen so »gezwungen« sind, frei zu kooperieren.

Im Kontext von Demokratiekritik ist diese visionäre Ebene sehr wichtig, um zu verdeutlichen, dass wir keine Verschärfung von Herrschaft wollen – um klare Grenzen zu antidemokratischen Parolen rechter bzw. faschistischer Gruppen zu ziehen, denen selbst die Minimitbestimmung der Demokratie zu viel ist. Her mit viel mehr Selbstbestimmung, mehr Dezentralität und Autonomie! Wahlen sollen nicht einfach abgeschafft, sondern durch Modelle ersetzt werden, die sich an der maximalen Beteiligung der jeweils Betroffenen ausrichten und Selbstbestimmung erhöhen. Und das als ständiger, offener Prozess in Richtung Herrschaftsfreiheit!●

* Diskurs meint das Zusammenspiel von öffentlichen Debatten, Medien und gesellschaftlichen Institutionen, die bestimmte Denkmuster, Ansichten und Erwartungshaltungen in den Köpfen der Menschen produzieren.

INTERNET

Anti-Wahl-Seite mit Materialien und Überblicken über Termine, Aktionen und Kampagnen
www.wahlquark.de.vu

Wahlboykott Mailingliste
http://de.groups.yahoo.com/group/wahlboykott

Graswurzelrevolution, Sonderheft zu Wahl & Wahlboykott im September
www.graswurzel.net

Keine Wahl Kampagne aus der Anti-Atom-Bewegung
www.wahl-boykott.de

Wahl-Boykott für Atom-Ausstieg und Frieden
www.wahlboykott2002.de

Bündniss anti-parlamentarische Linke
http://www.wahlboykott.de.vu/

Utopiedebatte anzetteln, Freiräume schaffen, Aktionsformen entwickeln

Visionen von Herrschaftsfreiheit

Neben der konkreten Ebene des Handelns gehört die offensive Debatte um Utopien und Alternativen zu einem emanzipatorischen Widerstand. Das wirkt einerseits intern, treibt es doch den Prozess in Gruppen und Projekten voran, immer wieder kreative, neue Wege zu entwickeln.

Von »sofort« bis zu »nach der Revolution«

Emanzipation als Überwindung von Herrschaftsverhältnissen und gesellschaftlichen Konstruktionen ist ein immerwährender Prozess. Eine Debatte, die sich immer wieder an der Praxis misst, ohne durch das scheinbar nur »Machbare« ausgebremst zu werden, ist wichtige Voraussetzung dafür. Es geht darum, Normalität und Zwänge in Frage zu stellen, Vorschläge und Visionen zu entwickeln und zu benennen. Dafür stehen alle Aktionsformen offen:

● Öffentlichkeitsarbeit: Ob Diskussionen, Veranstaltungen, öffentliche Aktionen von Theater bis Demo, Zeitungen, Radio, Kunst und Kultur, Internet, Seminare und Workshops – alles eignet sich auch für die Debatte um Visionen herrschaftsfreier Gesellschaft. Besonders wichtig ist, auch bei Einzelthemen immer den visionären Rahmen mitzudiskutieren, damit Analysen und Vorschläge nicht verkürzen und bei den Details stehen bleiben.

● Subversion & Co.: Verstecktes Theater (z.B. in U-Bahnen, an Infoständen, in Läden und Behörden), Kommunikationsguerilla usw. bieten gute Möglichkeiten, Normalität und Zwänge offen zulegen und anzugreifen. Ziel ist die Debatte über Herrschaft und Visionen.

● Direkte Aktion: Das gesamte Aktionsspektrum steht offen, um Herrschaftsmuster in der Gesellschaft anzugehen – von der ständigen direkten Intervention im Alltag bis zu größeren Aktionen wie Besetzungen, Aneignung, Gratisaktionen oder Sabotage. Visionäre Debatte kann entstehen, wenn die Vermittlung dafür auch erfolgt.

● Organisierung von unten: Auch die internen Strukturen können Ort visionärer Debatten und Prozesse sein. Der Abbau von Herrschaftsverhältnissen zusammen mit der Stärkung von Selbstorganisierung und freier Kooperation kann ein Stück Freiraum innerhalb von Norm(alität) und Zwang schaffen.

● Stichwort »Freiräume«: Herrschaft ist immer totalitär, sie versucht sich auszudehnen, um Kontrolle zu erreichen. Emanzipatorischer Wandel ist nur denkbar, wenn sich immer mehr Teile von Gesellschaft aus dieser Totalität von Herrschaft, von Zurichtung, Zwängen, Normung und direkter Unterdrückung entziehen. Freiräume können Plätze, Häuser, Gruppenstrukturen oder auch zeitlich begrenzt »befreite« Orte wie Gratiszüge, zurückeroberte Plätze (Reclaim The Street u.ä.) oder Veranstaltungen sein. Wo in ihnen konsequent Herrschaft überwunden wird und die Zwangsverhältnisse von außen (Zwang zur materiellen Reproduktion im Markt, Erwartungshaltungen, Eigentumslogik und Besitzstandswahrung usw.) überwunden werden, kann der Prozess beginnen, der Freiräume unterscheidbar macht von Norm(alität). Verbunden mit einer offensiven Auseinandersetzung sind sie zudem wichtiger Teil emanzipatorischen Widerstands.

Um Visionen zu diskutieren oder auch selbst loszulegen, um Quadratmeter für Quadratmeter der Normalität die Freiräume abzukämpfen, braucht keine Wartezeit mehr. Insofern ist auch die Debatte um Reform oder Revolution die falsche Fragestellung. Es geht nicht um »Alles« oder »Nichts«, sondern darum, mit allen Handlungen von unserer internen Struktur und Alltagsgestaltung bis zu direkten Aktion die Kritik an Herrschaftsverhältnissen zu verbinden. Was Herrschaft fördert, also z.B. hierarchische Organisierungsformen, mehr Staat, Markt oder andere Gewaltverhältnisse, ist falsch – egal ob als Reform oder Revolution gedacht. Was befreit, Selbstentfaltung und Gleichberechtigung fördert, Handlungsmöglichkeiten erweitert und Staat, Markt sowie Gewaltverhältnisse schwächt, ist ein Baustein emanzipatorischer Politik!●

Espi, Jörg, Marc und weitere Menschen, die sich aktuell in Anti-Wahl-Initiativen engagieren

Alltag und Widerstand

Alltag und Politik zu trennen, ist falsch. Aus vielen Gründen. Nicht nur deshalb, weil der Alltag zum Leben dazugehört und sich die Frage stellt, warum wir gerade da, wo wir den größten Gestaltungsspielraum haben, auf emanzipatorische Ziele verzichten sollten – zumal uns eine zumindest teilweise Überwindung von Herrschaftsverhältnissen und den Zwängen z.B. marktorientierter Reproduktion oder Abhängigkeit von Staat, ArbeitgeberIn oder VermieterInnen erhebliche Gewinne an Handlungsfähigkeit bringen kann. Nein ... den Alltag zum Ort von kreativem Widerstand und visionärer Debatte zu machen ist vor allem deshalb schlau, weil er immer und überall vorhanden ist. Der Stress materieller Reproduktion, die Diskriminierung nach Geschlecht, Hautfarbe, Alter, Leistungsfähigkeit/willigkeit usw., die willenlose Ergebenheit gegenüber Autoritäten und Institutionen, das Streben nach Macht und Profit, die totale Konkurrenz bis in jedes Spiel hinein – all das begegnet uns immer und überall. So grauselig das ist, es ist auch die Chance, Widerstand zu leben, direkte Aktion zur Alltagsgestaltung zu machen und so auszubrechen aus der permanenten Ohnmacht, aus dem Ausgeliefertsein gegenüber Zuständen, die wir sonst nur zu besonderen Events angreifen ... wie andere Weihnachten feiern.

Widerstand im Alltag ersetzt die großen, breit öffentlich angelegten Aktionen nicht, sondern ist eine eigene Aktionsform. Und sie hat viele Facetten:

● Direkte Intervention: Jede Herrschafts- bis Gewaltausübung zwischen Menschen kann und sollte Ort der direkten Intervention sein – nicht auf andere warten, nicht denken 1/4 das könnte ja auch ... 1/2 und nicht die Bullen rufen, wenn es auch direkt geht. Doch so einfach ist das nicht: Sich bei sexistischen Übergriffen, rassistischen Pöbeleien oder den BGS-Kontrollen im Bahnhof, bei den ewigen Maßregelungen von Kindern im Zugabteil, Wartezimmer oder überall anders zu verhalten, bedarf der Vorbereitung, am besten des Trainings. Wer allein oder in der Gruppe unterwegs ist, bei Treffen, Ausbildungs- oder Arbeitsplatz weilt – Herrschaftsausübung gibt es überall und das direkte Eingreifen schafft die Chance für kleine Prozesse bis hin zu visionären Debatten.

● Direkte Aktion: Sozusagen die erweiterte Fassung der direkten Intervention ist die Idee, in die alltägliche Norm(alität) einzugreifen – also selbst den Anlass für Debatte zu erzeugen. Das Spektrum ist hier genauso breit wie bei direkten Aktionen zu politischen Fragen: Verstecktes Theater, Kommunikationsguerilla, Militanz usw. Wichtig ist immer, dass die Aktion zielgenau ist, Inhalte vermittelt und visionäre Debatte/Herrschaftskritik mit der Detailkritik verbindet.

● Alternativen für den Alltag aufbauen: Wo Alternativen zu Markt und Staat, zu Herrschaft und Diskriminierung entstehen und offensiv ausgerichtet sind (Öffentlichkeitsarbeit, Offenheit, Aktionen), können sie Norm(alität) ebenfalls in Frage stellen, Reibungsflächen schaffen. Zudem bilden sie Ausbruchspunkte für die eigene Einsortierung im markt- und herrschaftsförmigen Alltag. Wo Umsonstläden das Schenken organisieren, wo Häuser und Projekte mit liquidiertem Eigentumsrecht entstehen, Plätze dem Konsumterror entrissen und öffentlich zugänglich werden, wo kollektive und offene Formen des Lebens und der Politik entstehen, da kommen Widerstand und Vision zu einer spannenden Mischung zusammen.●

DROHT US-IRAK-FELDZUG?

Angriffskrieg als Ordnungsprinzip

oder: Hinter der US-Militärpolitik steht die US-Wirtschaftspolitik

Am 2. Juni 2002 verlangte Präsident Georg W. Bush in einer programmatischen Rede vor Absolventen der US-Militärakademie West Point, »jeder Zeit bereit zu sein, um ohne Zeitverlust in jeder dunklen Ecke der Welt zuschlagen zu können. Unsere Sicherheit verlangt von allen Amerikanern, resolut nach vorn zu schauen und bereit für präventive Schläge zu sein, wann immer das notwendig ist, um unsere Freiheit und unser Leben zu verteidigen«. »Der Krieg gegen den Terror wird nicht in der Defensive gewonnen«, so der US-Präsident, »wir müssen die Schlacht auf dem Boden der Feinde führen, ihre Pläne vereiteln und den schlimmsten Bedrohungen begegnen, bevor sie auftauchen«. Diesen Worten lassen derzeit verschiedene grundlegende US-Militärstrategien Taten folgen.

von Clemens Ronnefeldt ● Am 17.7.2002 veröffentlichte die Los Angeles Times Auszüge aus den neuesten Richtlinien zur Verteidigungsplanung (Defense Plannig Guidance) für die Jahre 2004-2009. Bisher gingen die US-Militär-Planungen davon aus, zwei große Kriege an unterschiedlichen Orten gleichzeitig führen zu können, mit dem neuen Dokument wird erstmals betont, an jedem Ort der Welt »die Initiative zu ergreifen« und mit »nicht erwarteten Angriffen« Gegner künftig zu überraschen.

Die Geschwindigkeit, mit der die US-Führung künftige Angriffskriege als neue Art der Ordnungspolitik umsetzt, scheint derzeit Freunde (falls – von Tony Blair einmal abgesehen – überhaupt noch vorhanden) wie Feinde gleichermaßen zu überraschen und zu lähmen.

Die neue Aufteilung der Welt unter US-Kommandos

Am 1. Oktober 2002 bereits wird die Welt neu aufgeteilt. Es wird zum ersten Mal in der Geschichte keinen Winkel der Erde mehr geben, der nicht unter einem der nationalen Militäroberkommandos der USA steht. Für die Verteidigung Nordamerikas wird ein militärisches Oberkommando (NORTHCOM) völlig neu eingerichtet. Die Zuständigkeit des Oberkommandos Europa (EUCOM), dem bereits jetzt der größte Teil Afrikas untersteht, wird künftig erstmals auch den ehemaligen Konkurrenten Russland umfassen, zum Pazifischen Oberkommando (PACOM) kommt die Antarktis hinzu. Unverändert bleiben die Zuständigkeiten für Mittel- und Südamerika (SOUTHCOM) sowie für Nordostafrika, Persischer Golf, Zentralasien und Pakistan (CENTCOM).

Wie Otfried Nassauer in der FR-Dokumentation am 15.7.02 ausführlich dargelegt hat, entsteht am 1.10.02 ein neues militärisches US-Machtzentrum, »ein Oberkommando, dem Frühwarnsysteme und Satelliten, Raketenabwehrsysteme und strategische Angriffsraketen, strategische Mittel für konventionelle und nukleare Angriffsoptionen unterstellt werden. Washington plant eine integrierte Kommandozentrale für – auch präventive – strategische Angriffe, strategische Vergeltungsangriffe und strategische Verteidigung«.

Bereits Ende Juni 2002 fällte die US-Regierung die weit reichende Entscheidung, die beiden eh schon je für sich sehr mächtigen Oberkommandos für den Weltraum (SPACECOM) und das der Strategischen Streitkräfte (STRATCOM) in einer einzigen Behörde auf der Offut Air Force Base in Nebraska zusammenzuführen. »Mit dem neuen strategischen Oberkommando wird einer der entscheidenden und umstrittenenen Grundgedanken der jüngsten Überprüfung der Nuklearstrategie und -streitkräfte der USA, des Nuclear Posture Review, erstmals umgesetzt. Defensive und offensive Elemente werden ebenso integriert wie konventionelle und nukleare Angriffsoptionen. ... Vereinfacht: Washington will zuschlagen können, bevor es getroffen wurde. ... Besondere Besorgnis ruft auch die Tatsache hervor, dass präemptive, nukleare Angriffe nicht ausgeschlossen werden. Das Argument: »Viele potenzielle Ziele, äußerst tief unter der Erde oder in Gebirgen gelegene Bunker zum Beispiel, könnten mit konventionellen Waffen nicht gesichert zerstört werden« (O. Nassauer, FR, 15.7.02).

Als einer der ersten wies Herbert Kremp am 27.2.02 in der »Welt« darauf hin: »Die Bush-Doktrin wird sich in ihrer Entwicklung nicht auf die Beseitigung der terroristischen Untergrundmächte und ihrer Helfer beschränken. Ihre konsequente Verfolgung impliziert die Ausweitung in drei Richtungen:

- Kontrolle der vorder- und zentralasiatischen Transferstaaten vom Kaukasus bis zum Hindukusch;
- Verhinderung der islamistischen Machtergreifung in Saudi-Arabien;
- Konzentration des Interesses auf den Iran, Indien und China, wo neue Macht-Agglomerationen entstehen.«

Kremp bescheinigte der Bush-Doktrin: »Sie diktiert einen Verhaltenskodex am Rande der Unterwerfung«.

Hinter der US-Militärpolitik steht die US-Wirtschaftspolitik

»Wenn der irakische Diktator Saddam Hussein wissen will, wie lange er voraussichtlich noch an der Macht sein wird, dann muss er dreierlei im Auge behalten: amerikanische Meinungsumfragen, die Kurse an der Wall Street und den Sitzungskalender von Senat und Repräsentantenhaus: Denn US-Präsident George Bush wird seinen immer wieder angekündigten Angriff auf Bagdad letztlich von innenpolitischen und wirtschaftspolitischen Faktoren abhängig machen«, begann Wolfgang Koydl seinen Artikel »Bereit fürs Abenteuer in Bagdad« (Süddeutsche Zeitung, 19.7.2002).

Nach Enron- und Worldcom-Konkursen stehen Vizepräsident Cheney als ehemaliger Chef des weltweit größten Ölindustriezulieferers »Halliburton« wie auch Georg W. Bush als ehemaliger Top-Manager des Öldienstleistungsunternehmens »Harken Öl« wegen Bilanzfälschungen und ihrer Verwicklung in Insidergeschäfte in der öffentlichen Kritik – und vor den Kongress-Zwischenwahlen im November 2002 unter enormen Druck.

Im Auge behalten sollte die irakische Führung auch die Wirtschaftsseite der FAZ. Ein »unter der Rubrik 'Finanzmärkte' sehr versteckter Artikel weist am 16. Juli darauf hin, dass an den Terminbörsen in London und New York ein atypischer Preisanstieg bei kurzzeitig fälligen Ölkontrakten zu verzeichnen sei. Börsianer fragen sich, ob da Kräfte am Werk sein könnten, die mit baldigen Versorgungsschwierigkeiten rechnen. Der Irak ist ein bedeutender Ölexporteur: Im Falle eines Krieges würde er die Ausfuhren vermutlich einstellen«, schrieb Michael Jäger in der Wochenzeitung »Freitag« (»Krieg im Herbst?«, 26.7.02).

Bereits am 22.4.02 berichtete die Frankfurter Rundschau, dass die US-Rüstungsindustrie »einen Boom wie seit 20 Jahren nicht mehr« erlebt und führte aus: »Sollten die Pläne für eine Militäroffensive gegen Irak wahr werden, kann die US-Rüstungsindustrie auf weitere Wachstumsimpulse hoffen. Rüstungsaktien sind nach Einschätzung von Experten in jedem Fall auf längere Sicht eine sichere Anlage. Allein bei den vier Branchenriesen Lockheed Martin, Northrop Grumman, Raytheon und General Dynamics stiegen die Aktienwerte seit den Anschlägen vom 11. September zusammen um 44 Prozent. Nicht nur, dass der Krieg kurzzeitig die Produktion ankurbelt, indem Nachschub an Bomben, Ersatzteilen und sonstigen Rüstungsgütern geliefert werden muss. Vor allem ist es die Hoffnung auf eine längerfristige Serie lukrativer Aufträge, die die Aktienkurse 'dramatisch' in die Höhe schießen lassen, sagt Paul Nisbet von JSA Research, einem Forschungsinstitut der Luftfahrtbranche. Der Afghanistankrieg hat die Waffenarsenale an mancher Stelle weitgehend geleert, so dass jetzt erst einmal nachgefüllt werden muss. So weitete Boeing in St. Charles/Missouri den Schichtdient aus, um die Produktion von JDAM-Präzisionssystemen für die 'smart bombs' anzukurbeln. Derzeit sind die Vorräte so erschöpft, dass nach Meinung mancher Experten ein Angriff auf Irak gar nicht möglich wäre«. Im Herbst 2002 werden voraussichtlich die Mindestmunitionsmengen für einen Irak-Krieg wieder erreicht sein.

»Offensichtlich sei, dass die Kriegshandlungen die Investitionen in die US-Rüstungsindustrie erhöhten und der Wirtschaft mehr Dynamik gäben, um aus der bereits vor dem 11. September drohenden Rezession herauszukommen«, schrieben die katholischen Bischöfe Brasiliens Ende 2001 in ihrer Monatsanalyse (zit. nach FR, 8.12.01).

Die neuen geplanten US-Präventivkriege werden vielleicht noch einige Jahre den Niedergang der US-Wirtschaft hinauszögern können und etliche tausende unschuldiger Opfer nach sich ziehen; ohne eine grundlegende Reform der US- wie auch der gesamten Weltwirtschaft wird der wirtschaftliche Niedergang der einzigen Weltmacht wohl kaum noch aufzuhalten sein.

Die USA sind ein wirtschaftlicher Koloss auf tönernen Füßen

Der Spiegel erschien am 8.7.02 mit dem Aufmacher »Der neue Raubtierkapitalismus – Mit Gier und Größenwahn in die Pleite«, in dem Parallelen zwischen 1929 und 2002 hergestellt wurden. Der Titel beschreibt m.E. zutreffend die derzeitige Verfassung der US-Wirtschaft. Einer der führenden US-Ökonomen, Paul Krugmann, erklärte Anfang 2002, dass sich die Enron-Pleite einmal rückblickend als bedeutsamerer Wendepunkt für die US-Gesellschaft erweisen würde als der Einsturz des World Trade Centers.

Wilfried Wolf wird nicht müde, immer wieder auf die Grunddaten der US-Wirtschaft hinzuweisen, so z.B. in seinem Beitrag »Terror der Ökonomie«, junge Welt, 27./28.7.02: Obwohl die USA weltweit rund die Hälfte aller Auslandsdirektinvestitionen tätigen, sieht es in der Gesamtschau derzeit sehr düster aus:

- Nach fünf Jahren Haushaltsplus wird das am 30.9.02 endende US-Wirtschaftsjahr mit einem Minus von 165 Milliarden US-Dollar schließen.
- Die per Gesetz auf 5590 Milliarden Dollar festgelegte Obergrenze für die öffentliche Verschuldung musste im Juni 2002 – mit Verweis auf höhere Gewalt – angehoben werden.
- Die Schulden der privaten Haushalte liegen aktuell bei 108 Prozent des Bruttoinlandproduktes, was einen Spitzenwert innerhalb der OECD-Staaten darstellt.
- Das Nettovermögen der privaten Haushalte, bereinigt um die Inflation, sank von einem Spitzenwert im ersten Quartal 2000 bis zu seinem vorläufigen Tiefpunkt im 3. Quartal 2001 um 12,3 Prozent oder umgerechnet ca. 400 Milliarden Dollar, was 40 Prozent des Bruttoinlandproduktes entspricht.
- Wegen der weltweiten Konjunkturschwäche und der Abwertung des Dollars vergrößerte sich das US-Leistungsbilanzdefizit im ersten Quartal 2002 auf ein Rekordminus von 112 Milliarden Dollar. Schon seit vielen Jahren krankt die US-Wirtschaft daran, dass sie unverhältnismäßig mehr Waren importiert als exportiert.
- Japanische Anleger halten rund ein Drittel aller US-Staatsanleihen. Hält die Krise in Japan weiter an und wird dieses Kapital in Zukunft entweder an der asiatischen Heimatfront oder im zunehmend lukrativeren Euroland angelegt, gerät die US-Wirtschaft noch tiefer ins Trudeln.

Während der US-Verteidigungshaushalt bis 2007 auf die astronomische Summe von 451 Milliarden US-Dollar angehoben werden soll, erwägen 17 US-amerikanische Bundesstaaten, die Schulwoche auf vier Tage zu reduzieren, weil sie die Lehrkräfte nicht mehr bezahlen können.

Wo bleibt der Widerstand der europäischen Politik?

»Das politische Washington neigt immer mehr zu der Schlussfolgerung, dass Europa weder politisch noch militärisch ein ernsthafter Partner bei der Gestaltung von Weltordnung sein will, dass Europa sich der Übernahme globaler Verantwortung entzieht. Die Passivität der europäischen Staaten muss umso mehr erstaunen, da die Politik der Regierung Bush dem Prinzip der europäischen Integration – der zunehmenden Verrechtlichung internationaler Beziehungen – zuwiderläuft und die Grundinteressen europäischer Außen- und Sicherheitspolitik, Multilateralismus und Multipolarität, immer deutlicher negiert«, bilanziert Otfried Nassauer (FR, 15.7.02).

Noch deutlicher wird Egon Bahr: »Die erkennbare und beschlossene amerikanische Rüstungspolitik stellt einen fundamentalen Angriff gegen die erklärten europäischen Interessen dar«. Dies »wird Europa nicht vor der Entscheidung bewahren, ob es seine Streitkräfte als Schild Europas oder als Schwert Amerikas auslegen will. Ob es sicherheitspolitisch Protektorat bleiben oder selbstbestimmt werden will; ... Vasallen erstreben das Lob der Protektoratsmacht, Partner respektieren und berücksichtigen unterschiedliche Rollen«, so Bahr (in: Wissenschaft und Frieden, 3/02, S.15).

»Vor einem Irak-Feldzug dürfen die Europäer nicht nur murren, sie müssen die USA unter Druck setzen«, fordert Stefan Kornelius in der Süddeutschen Zeitung (23.7.02) und führt aus: »Die Europäer reagieren auf die Vorstellung von einem neuen Krieg am Golf apathisch: Sie stellen resigniert fest, dass es sich nur noch um eine Terminfrage handle. Im Grundsatz sei die Entscheidung über den Einsatz gefallen. Diese Einstellung ist aber falsch, weil sie Europas Einfluss mutwillig verkleinert und gleichzeitig immenses Konfliktpotenzial in die Gesellschaften trägt«. Wer, wie die europäischen Regierungen dies derzeit tun, den Kopf in den Sand steckt, wird bald mit den Zähnen knirschen.

Mögliche Schritte der Bundesregierung

Erste Schritte im Hinblick auf eine eigenständige Politik der Bundesregierung, die dem Grundgesetz, dem Völkerrecht und der Humanität verbunden wären, könnten im Hinblick auf den geplanten Irak-Krieg sein:

- Die Aufkündigung der »bedingungslosen Solidarität« im so genannten »Anti-Terror-Krieg«.
- Der Rückzug der deutschen ABC-Spürpanzer aus Kuwait und der Seefernaufklärer »Breguet Atlantic« vom Horn von Afrika.
- Die Verweigerung von Überflugrechten durch den deutschen Luftraum für US-Angriffsflüge.
- Die Verweigerung jeglicher finanzieller Unterstützung für einen US-Irak-Feldzug.
- Der Aufbau einer internationalen Allianz, die die europäischen Staaten inklusive Russland sowie China und Indien umfasst, und unter dem Dach der UN eine zivile Lösung der Irak-Frage durch die Wiederzulassung von UN-Inspektoren bei gleichzeitiger Aufhebung des Embargos anstrebt.

Das zeitliche Zusammentreffen der NATO-Tagung im November 2002 in Prag mit der dort zur Beschlussfassung stehenden US-Forderung nach Unterstützung präventiver Kriege bei gleichzeitig laufenden Drohungen gegen Irak im Vorfeld der deutschen Bundestagswahl weckt Erinnerungen an den damaligen NATO-Gipfel1999 mit dem Beschluss zu Militärinterventionen ohne UN-Mandat und dem zeitlich parallel laufenden Präzedenzfall »Kosovo« im Vorfeld der Bundestagswahl 1998.

Wieder wird an einem möglichen Wendepunkt der deutschen Innenpolitik eine alte wie möglicherweise neue Bundesregierung von den Washingtoner Strategen in die sicherheitspolitische Zange genommen.

Den – wahrscheinlich nicht unerheblichen – Konflikt mit der US-Regierung in der Irak-Frage zu riskieren, könnte den Beginn einer neuen Phase der transatlantischen Beziehungen einläuten. Dies wäre ein mehr als überfälliger Schritt – und ein Gebot der politischen Vernunft.●

Clemens Ronnefeldt ist Referent für Friedensfragen beim deutschen Zweig des Internationalen Versöhnungsbundes

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

GENOSSENSCHAFTEN UND ATTAC

Organisationsstrukturen gegen Ungerechtigkeiten dieser Welt

»Was haben Genossenschaften mit attac zu tun?«, so lautete die Gretchenfrage auf der attac-Sommerakademie, die attac Marburg organisiert hatte und die etwa tausend Leute an die Lahn lockte. Ganz einfach! Es ist die Botschaft von attac: »Eine andere Welt ist möglich!« Eine Welt, in der freie Menschen ihre Arbeit ohne Kapitalspekulation selbst organisieren. Im viertägigen Seminar »Zukunft der Arbeit – Arbeit der Zukunft« war dies eine der diskutierten Möglichkeiten. Beim Thema Arbeit folgten etwa 25 Leute den Wissenschaftlerinnen Stefanie Janczyk, Anja Lieb und Ingrid Kurz-Scherf vom Institut für Politikwissenschaft in die Diskussion. Sie blieben vier Tage lang bis zur letzten Minute hochmotiviert dabei.

Christian Stemberg, Red. Genossenschaften ● Für Genossenschaften oder Kooperativen als Alternative zur Joblosigkeit wurden auf der Sommerakademie von attac in Marburg von der Initiative *»medien denk fabrik«* eine Reihe wichtiger Argumente vorgestellt: Was müssen Initiativen beachten, wenn sie mit neuen Genossenschaften die Erwerbslosigkeit ihrer Mitglieder bekämpfen möchten? Grundproblem ist das geringe Wissen über das Wirtschaften in Genossenschaften. Gebraucht werden einige griffige Beschreibungen dieser Wirtschaftsform. Das zeigte sich in fast allen Workshops, in denen dieses Thema diskutiert wurde. Eine latente Grundkenntnis ist bei allen vorhanden, aber niemand würde sich von alleine an das Thema trauen.

Joker gegen Globalisierung

Erstes Stichwort Globalisierung: Die Konzerne verkaufen nicht mehr Produkte, die sie herstellen, sondern Labels, für die sie unter erbärmlichen Bedingungen Produkte in Schwitzbuden herstellen lassen. Was können wir mit Genossenschaftsneugründungen dagegen tun? Vorschläge:

● Labels werden von den Bewusstseinsmanufakturen der Werbung und der PR gemacht. Alle Großorganisationen, die fette Gehälter sichern müssen, nutzen solche »Kommunikationsmultis« und deren Penetrationskampagnen. Gründen wir also Kommunikationsgenossenschaften, deren Gütesiegel für soziale Verträglichkeit in der sozialen Kontrolle ihrer Mitglieder untereinander besteht. Für die *medien denk fabrik* bedeutet dies: Projekte entwickeln für eine soziale Kontrolle der Massenkommunikation.

● Bereits bekannt sind Erzeuger-Verbraucher-Genossenschaften für Lebens- und Genussmittel. Sie sichern die Produktion in der Region. Das kann mit Sicherheit auch auf andere Produkte übertragen werden.

● Eng verbunden mit der Globalisierungsdebatte sind Deregulierung und Privatisierung öffentlichen Eigentums, sprich: Verscherbelung öffentlichen Tafelsilbers an die Raubritter von heute. In jeder Debatte ist es möglich, einen Gegenentwurf für den Verkauf öffentlichen Eigentums an einzelne reiche Investoren zu machen: im öffentlichen Personenverkehr die Genossenschaft der Abonnenten, bei städtischen Wohnungsgesellschaften die Genossenschaft der Mieterinnen und Mieter, bei Schwimmbädern Genossenschaften von Dienstleistern und Kundinnen. Hier wird genossenschaftliches Eigentum zum Joker von Minderheiten im Meinungskampf.

Konzept kontra Benachteiligung

Zweites Stichwort Benachteiligung von Frauen: Nicht nur in Bombay, sondern auch in Hamburg leisten weitaus mehr Frauen als Männer unbezahlte Arbeit. Sie arbeiten überproportional in prekären Beschäftigungsverhältnissen. Gibt es Chancen durch die Gründung von Genossenschaften?

● Bereits bekannt sind Genossenschaften von Pflegenden und Gepflegten. Wir können uns vorstellen, dass eine Frau, die einen Angehörigen zu Hause pflegt, eine Arbeitsteilung gemeinsam mit anderen in einem genossenschaftlichen Pflegedienst organisiert. Die Pflegegenossenschaft bekommt dann mehr Geld von der Versicherung und kann die privat Pflegende einstellen. Die würde vielleicht etwas weniger Geld im Portemonnaie haben, aber dafür wäre sie in einer Gemeinschaft organisiert, die ihr Fortbildung, Freizeit und Rentenversicherung ermöglicht. Würden wir andere Bereiche, in denen Menschen unbezahlt arbeiten, ebenso organisieren, können wir mit der Unternehmensform der Genossenschaft beitragen, Ungleichheit zu bekämpfen.

● Für den sozialen Ausgleich zwischen Menschen in festen Jobs und Vogelfreien, die sich ihre Sozialhilfe in mehreren Junk-Jobs verdienen, sollten wir Genossenschaften von Freelancern und geringfügig Beschäftigten gründen, wie zum Beispiel die *medien denk fabrik* eine ist. Sie können beitragen, dass sich ihre Einnahmen verstetigen und gegebenenfalls sogar erhöhen.

● Denkbar sind auch Genossenschaften, die ihre Mitglieder einstellen und als LeiharbeiterInnen unterbringen. Sie könnten sich zusätzlich finanzieren, indem sie Leistungen anbieten, die das Arbeitsamt mit Pauschbeträgen belohnt (Vermittlungsprämien für private Arbeitsvermittler).

Existenzgeld oder Arbeitszeitverkürzung?

Umstritten bei den linken KritikerInnen des kapitalistischen Systems ist es, ob ein Existenzgeld gefordert wird oder erneut ein Einsatz für Arbeitszeitverkürzungen in der Erwerbsarbeit erfolgen soll. Wenn diese Frage mit einem kräftigen »sowohl als auch« beantwortet wird, bekommen Genossenschaften als Ergänzung eine weitere Bedeutung.

Ein Existenzgeld, das allen gleich gewährt wird, egal ob sie Ansprüche aus Sozialversicherungen haben oder nicht, bedeutet: Arbeit und Einkommen werden voneinander entkoppelt. Einkommen ist nicht mehr länger an den Besitz eines Arbeitsplatzes, sei es in Form eines Arbeitsvertrags oder sei es in Form von Eigentum an den Produktionsmitteln selbst, gebunden. Gleichwohl wird die Wertschöpfung im Wirtschaftskreislauf nur von denen erwirtschaftet, die an etwas arbeiten, das sich auch verkaufen lässt. Das Existenzgeld wird aus dieser Wertschöpfung heraus erwirtschaftet.

Die Bezieher von Existenzgeld werden dadurch noch mehr von der heiligen Allianz aus Arbeitsplatz- und Kapital-Besitzenden abhängig. Sie müssen also fordern, dass ihnen Arbeitsplätze ohne Arbeitsverträge zur Verfügung stehen – Plätze, die ausgestattet sind mit Arbeitsgerät und Arbeitsmaterial. Plätze an denen die Leute zusammen kommen können, um auf eigene Rechnung zu arbeiten oder solche soziale Leistungen zu erbringen, die im Zuge der Globalisierungsnormen internationaler Verträge von der öffentlichen Hand immer weniger angeboten werden. Dies wird kein Prophet von Existenzgeld freiwillig anbieten. Einzige Möglichkeit, dies zu organisieren und vor allem das Kapital dafür, sind Genossenschaften. Zusatzeinkommen für TeilnehmerInnen solcher Genossenschaften können zum Beispiel auch immaterielle Vorteile oder indirekte Einkommen durch Rabatte sein.

Arbeitsplätze ohne Einkommen

Mit ihrem weitgehend neutralen Kapital, mit ihrem Demokratieprinzip und mit der Gestaltungsfreiheit ihres Förderzwecks können Genossenschaften flexibel auf die unterschiedlichen Strategien am Arbeitsmarkt reagieren. Werden die RentnerInnen immer jünger, können sie in Kooperativen von Freien weiterhin wirtschaftlich tätig sein und in ihrem Erwerbsumfeld integriert bleiben.

Genossenschaften haben im Vergleich zu anderen Organisationsformen den Vorteil, dass ihre Tätigkeit auf Dauer ausgerichtet ist. Sie geraten nicht in die Therapiefalle der öffentlichen Arbeitsmarktpolitik, die nach Belieben den Selbsthilfe-Projekten den Geldhahn auf- und zudrehen kann. Eine Möglichkeit für eine solche flexible Strategie ist die der *medien denk fabrik*. Hier werden die Mitglieder in zeitlich oder inhaltlich begrenzten Projekten, die eine eigene Organisationsform haben sollten, zusammen arbeiten. Fallen Förderungen einzelner Projekte weg, bleibt die Struktur der *medien denk fabrik* als solche erhalten und kann den Mitgliedern durch neue Projekte helfen.

Soziale und nachhaltige Kapitalanlage

Spannend erweist sich der Vergleich genossenschaftlichen Engagements mit den Strategien des grünen Kapitalmarkts. *Germanwatch* stellte sich auf der attac-Sommerakademie mit einem eigenen Workshop dar. Stefan Rostock, Ökoanalyst für grüne Aktien bei *Germanwatch*, hat zwar keine Kriterien für nachhaltige Aktienanlagen, aber er zeigte viele Charts. Sie belegen, dass nachhaltiges Investment sich besser rentiert als konventionelles. *Germanwatch* verfügt über etwa 500 Mitglieder, der normale Beitrag kostet 60 Euro im Jahr, davon werden laut Homepage 19 Leute beschäftigt. Ein Schelm, wer Schlechtes dabei dächte. Fest steht: Die Finanzmärkte befinden sich in der Krise, brauchen neue Verkaufsargumente. Für mich als Autor der *medien denk fabrik* steht fest: Nachhaltig investiert mensch am Besten in Genossenschaften. Er kann dort die Kriterien mit beeinflussen und sich auch besser wehren, wenn das ökologische Engagement durch feindliche Übernahmen von einem Tag auf den anderen ein Rüstungsengagement wird.

An dieser Stelle öffnet sich ein weiterer Ansatzpunkt für genossenschaftliches Engagement. Viele Menschen wollen Geld sparen, um für ihr späteres Leben vorzusorgen. Normalerweise legen sie ihre Mittel in geldnahen Formen an. Das muss aber nicht sein. Einige kaufen zum Beispiel dort eine Wohnung oder ein Haus, wo sie später gerne leben wollen. Können wir ihnen mit genossenschaftlichem Eigentum eine Alternative bieten? Können wir vorsorgen für die Reiselust im Alter? Können wir genossenschaftlich vorsorgen für die Pflege bei Krankheit und Alter? Dies erscheint besonders deshalb wichtig, weil die kommerziellen Versicherungen zum Beispiel *das Riestern* boykottieren. Wir sollten darüber nachdenken, solche am Gebrauchswert orientierten Anlageformen zu schaffen, für die die recht sichere Geldanlage in Genossenschaften besonders gut geeignet ist.

Zukünftige Aktivitäten

Eine Vorsorge jedenfalls ist mit Genossenschaften sehr leicht zu erreichen: Vorsorge gegen Erwerbsarbeitslosigkeit. Wir können in Genossenschaften ansparen für Plätze, an denen wir arbeiten können, für den Raum und für die Produktionsmittel. Verlieren wir unseren Job, dann haben wir wenigstens einen Platz finanziert, den wir dann einnehmen können. Alles Weitere organisieren wir dann in Gemeinschaft. Manchem Attaci mag eine solche Vision utopisch erscheinen. Aber sie ist weitaus weniger utopisch als die Idee, dass die transnationalen Konzerne morgen ihre Weltabkommen aufgeben. Sie weisen einen Weg zum Handeln vor Ort und im eigenen Interesse, ohne sich von den Propheten einer Welt-Bank-Herrschaft korrumpieren zu lassen.

Es wird weiterhin eine Sektion »Arbeit« bei attac geben. Hier gehört auch die Diskussion über das Genossenschaftswesen hinein. Genossenschaften bieten all denen eine Handlungsmöglichkeit, die nicht darauf warten wollen, bis Politiker die Gesetze ändern, und die sich nicht auf Protest und Unzufriedenheit beschränken wollen. Diejenigen, die aktiv Genossenschaften aufbauen, um der sozialen Ungleichheit entgegenzuwirken, müssen sich allerdings auf betriebswirtschaftliches Denken und Handeln einlassen. Dazu wäre es sinnvoll, in den kommenden Seminaren weitere Genossenschaftsmodelle zu entwickeln, die sich leicht kopieren lassen. ●

VERANSTALTUNGSREIHE IN STUTTGART:

»Unsere Welt ist keine Ware – Beiträge zur Kampagne gegen WTO und GATS«

Freitag 27.September, 20 Uhr, Gustav Siegle Haus, Stuttgart. »Die Folgen der Globalisierung aus der Perspektive des Südens« Vortrag mit Dr. Martin Khor/Third World Network, Malaysia, Einleitung Dr. Ernst Ulrich v. Weizsäcker

Samstag 28. September, 20 Uhr, Johanneskirche, Stuttgart. »Europas Verantwortung für die Gestaltung der Globalisierung« Podiumsgespräch mit Dr. Martin Khor/Third World Network,Malaysia, Hermann Garitzmann/Erdcharta-Initiative, Prof.Dr. Claudia von Werlhof/Universität Innsbruck u.a.

Samstag/Sonntag 28./29. September, Forum 3, Stuttgart »Strategien für eine bessere Welt – Auf der Suche nach Alternativen zu Bretton Woods«
Wochenendseminar mit Dr. Martin Khor, Hermann Garitzmann, Prof. Dr. Claudia v. Werlhof

Gegenwärtig findet innerhalb der globalisierungskritischen Bewegung eine weltweite Diskussion darüber statt, wie machbare Alternativen zur konzernorientierten Globalisierung aussehen können. Eine zentrale Frage ist, was aus den derzeit prägenden »Bretton Woods«-Institutionen – Welthandesorganisation, Internationaler Währungsfonds und Weltbank - in Zukunft werden soll: Kann man sie noch reformieren? Muss man versuchen, sie abzuschaffen? Kann eine umgestaltete und erweiterte UNO an ihre Stelle treten? Oder müssen ganz andere, neue Richtungen eingeschlagen werden? Diese und andere konkrete Fragen, aber auch solche der praktischen eigenen Handlungsmöglichkeiten, sollen im Mittelpunkt dieses Seminars stehen.

Martin Khor. Direktor des Third World Network. Malaysia. Wirtschaftswissenschaftler. Vorstandsmitglied des International Forum on Globalization und des South Center. Tätig für die Consumer's Association in Penang. Malaysia. Ehemaliges Mitglied der Expertengruppe der UN-Menschenrechtskommission zur Frage der Entwicklungsrechte, Berater für zahlreiche Forschungsstudien der UNO.

Ernst Ulrich von Weizsäcker. BRD. MdB/SPD. U.a. ehemaliger Direktor des UNO Zentrums für Wissenschaft und Technologie, des Instituts für Europäische Umweltpolitik, und des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt und Energie. Mitglied des Beraterkreises für den Nachhaltigkeitsgipfel 2002 in Johannisburg und der »Weltkommission für die Soziale Dimension der Globalisierung«.

Claudia von Werlhof. BRD/Ö Professorin für Politikwissenschaft und Frauenforschung, Uni Innsbruck. Aktiv in der Frauen-, 3.Welt-, Anti-Kriegs- und Anti-Globalisierungsbewegung. Hat mehrere Jahre in Lateinamerika gelebt und geforscht. Mitbegründerin der Frauenforschung in Deutschland. Ökofeministin und Patriarchatskritikerin. Mitautorin von u.a. »Lizenz zum Plündern« und »There is an Alternative«.

Hermann Garritzmann. BRD. Projekt-Koordinator der internationalen Erd-Charta-Initiative in Deutschland, bei der Ökumenischen Initiative Eine Welt e.V. in Diemelstadt-Wethen. Über zwanzig Jahre verantwortliche Tätigkeit in der kirchlichen Erwachsenenbildung. Danach drei Jahre Leiter des Agenda 21-Büros für den Kreis Höxter. Freier Mitarbeiter in der Bildungsarbeit beim Hilfswerk Misereor, Aachen.

Weitere Veranstaltungen:
28.-30. November 2002: Vorträge und Seminar mit Maude Barlow/Canada, Vandana Shiva/Indien, Lori Wallach/USA, Maria Mies/Deutschland
10.-12. Januar 2003: Vorträge und Seminar mit David Korten/USA, Nicanor Perlas/Philippines, Udo Herrmannstorfer/Schweiz, Michael Baumann/Deutschland

Information und Seminaranmeldung bei:
Carol Bergin, Nauklerstraße 13, 72074 Tübingen, Tel/Fax 07071/52517,
Carol.Bergin@t-online.de
www.unsere-welt-ist-keine-ware.de

Die Veranstaltungsreihe wird inhaltlich getragen von: Forum 3/Stuttgart, attac-Stuttgart, Netzwerk Weltweite Projekte, Initiative Netzwerk Dreigliederung, Initiative Colibri, Kulturzentrum Merlin/Stuttgart, Brot für die Welt

7. Linke Literaturmesse
Freitag, 24. Januar bis Sonntag, 26. Januar 2003
im (Ex-) KOMM (K4), Nürnberg, Königstr. 93

Das 1996 gestartete Experiment, linke Literatur samt ihren Autorinnen und VerlegerInnen für ein Wochenende nach Nürnberg zu holen, ist zu einer überregionalen Institution geworden. Ein Wochenende lang stellen hier und 50 linke Verlage gesellschaftskritische Literatur vor. Es finden Lesungen und Diskussionen statt und an den Ständen können auch Bücher gekauft werden.

Neben der Diskussion an den Ständen bestand letztes Jahr auf 22 Veranstaltungen die Gelegenheit, mit Autorinnen sowie Buch- und Zeitschriftenverlegerinnen zu diskutieren: Krieg-Frieden, Esoterik-Kritik, Antifaschismus, Internationale Solidarität und revolutionäre Bewegungen waren Themen der Veranstaltungen.

Weitere aktuelle Infos über das Organisationsbüro der LLM im Literaturladen Libresso, Bauerngasse 14, 90443 Nürnberg
Tel.: 0911 / 22 50 36 Fax: 0911 / 27 26 027
e-mail: Gostenhof@web.de

Veranstalterinnen sind:
* Metroproletan - Archiv & Bibliothek Eberhardshofstr. 11, 90429 Nürnberg
* Gostenhofer Literatur- und Kulturverein e.V. (Libresso) Bauerngasse 14, 90443 Nürnberg

www.linke-literaturmesse.org

Anzeige

BLENDE 2002
FOTOWETTBEWERB

Themen: Porträt einer/meiner Straße
Auf Reisen
Begegnung
Sonderthema: Dabeisein ist alles
(für alle bis 18)

Infos und Teilnahmebedingungen:
www.jungewelt.de/infos/blende.php oder 0 30/53 63 55-45

www.jungewelt.de
10-Wochen-Probeabo
unter 0 30/53 63 55-10

Die Tageszeitung **junge Welt**

TAGUNGSBERICHT

Auf der Suche nach den Wurzeln der Selbsthilfe

– Alternative Genossenschaftstage in Oberursel

Mehr als 100 Menschen kamen während der Alternativen Genossenschaftstage vom 7. bis zum 11.8.2002 ins Haus der Gewerkschaftsjugend nach Oberursel. Auf das größte Interesse stieß das Thema Wohnungsbaugenossenschaften, zu dem 70 Interessierte engagiert diskutierten. Nach den täglichen Fachbeiträgen stand im Rahmen der branchenbezogenen Runden Tische viel Raum für Diskussionen und inhaltlichen Austausch zur Verfügung. Deutlich wurde: Bei Bewohnergenossenschaften und bei Genossenschaften zur Bewältigung von Arbeitslosigkeit erschwert die fehlende Hilfe zur Selbsthilfe Neugründungen.

Das Thema Wohnungsbaugenossenschaft stößt immer wieder auf hohes Interesse

Burghard Flieger, Red. Genossenschaften ● Unter dem Leitthema » Soziale Erfindungen und Innovationen in neuen Genossenschaften« fanden in Oberursel bei Frankfurt die zweiten Alternativen Genossenschaftstage statt. Zentraler Bestandteil waren die branchenbezogenen Runden Tische zu den drei Themen »Genossenschaften im Naturkostsektor«, »Bewohnergenossenschaften« und »Selbsthilfegenossenschaften für neue Beschäftigungsmöglichkeiten«. Die Reflexionsrunde am letzten Tag zeigte, dass das Konzept der Veranstaltung – Fachvorträge und praxisbezogener Austausch – auf große Zustimmung stieß. Inhaltlich blieben trotz intensiver Diskussionen viele Fragen vor allem über die zukünftige Tragfähigkeit der jeweiligen genossenschaftlichen Ansätze offen.

Durchgeführt wurde die Veranstaltung von der innova eG – Entwicklungspartnerschaft für Selbsthilfegenossenschaften in Kooperation mit dem Theoriearbeitskreis Alternative Ökonomie, dem Bundesverein zur Förderung des Genossenschaftsgedankens e.V., dem netz für Selbstverwaltung und Selbstorganisation e.V. und der OekoGeno eG. Die innova selbst wurde gegründet, um Qualifizierungen von am Arbeitsmarkt Benachteiligten zu organisieren. Sie sollen so in die Lage versetzt werden, Selbsthilfegenossenschaften aufzubauen und sich mit dieser Organisationsform am Markt zu behaupten. Entsprechend dieses Themas wird die innova ebenso wie die Tagung durch das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative EQUAL gefördert.

Genossenschaftliche Vermarktung

Im Naturkostsektor stehen immer wieder Marketingfragen im Vordergrund. Auffällig ist dabei, dass das Interesse an Umweltthemen in der Medienlandschaft auf immer weniger Interesse stößt. Martin Lichtl, Unternehmensberater aus Hofheim, führte dies auf den sinkenden Neuigkeitswert bzw. der Übersättigung breiter Bevölkerungskreise mit dieser Art von Information zurück. Sein Lösungsansatz, über Emotionalisierung und Ästhetisierung der Werbung im Umweltsektor wieder verstärktes Interesse in der Medienlandschaft zu erzeugen, wurde von vielen Teilnehmern sehr zwiespältig aufgenommen. Mit dem im Naturkostsektor verbreiteten Anspruch der sachlichen Information und Aufklärung als einer Art selbstverordneter Ehrenkodex lässt sich dies nur schwer vereinbaren.

Beim Runden Tisch diskutierten Erzeuger-Verbraucher-Genossenschaften (EVG) und reine Erzeuger-Genossenschaften ihre Erfahrungen. Deutlich wurde, dass EVGs stärker politisch agieren. Aufklärung, Vernetzung, Anstöße zu neuen Aktionen und Organisationen sind die positiven Folgen. Die wirtschaftliche Stabilität und vor allem größere Absatzmengen zugunsten der Erzeuger können so allerdings teilweise nicht erreicht werden. Die EVG Landwege in Lübeck stellt hier mit ihrem neuen, wirtschaftlich gut laufenden Naturkostsupermarkt eher eine Ausnahme dar.

Im Unterschied zu den EVGs fehlt den Erzeuger-Genossenschaften der Kontakt zum Endverbraucher. Um die Produktion von über 100 Erzeugerbetrieben vertreiben zu können, suchen sie nach Absatzmöglichkeiten außerhalb des engeren Naturkostsektors einschließlich seiner Naturkostläden. Kooperationen mit dem herkömmlichen Lebensmitteleinzelhandel und Verarbeitern großer Chargen biologisch erzeugter Lebensmittel sind die Folge. Während EVGs sich so als erste Wegbereiter für den Absatz erweisen, tragen Erzeuger-Genossenschaften zu einer verstärkten Verbreitung von Biolebensmittel an Kunden bei, die Naturkostläden nicht betreten.

Dass verdeutlichten auch die am Runden Tisch dargestellten Beispiele. Erhebliche Unterschiede bestehen hier zwischen Ost und West. Detlef Hecker von der Wohnungsgenossenschaft »Einheit« eG in Chemnitz und Jörg Keim von der »Heiterblick eG« in Leipzig schilderten zwei Ansätze, die sich aus den Zwängen nach dem Altschuldenhilfegesetz ergaben. Die Genossenschaften wären an ihren Schulden Konkurs gegangen und wurden deshalb zum Verkauf von Wohnungen aus dem Bestand gezwungen. Anstatt dies über den freien Markt zu

Gemeinsam diskutieren, feiern und persönliche Gespräche nahmen bei den Alternativen Genossenschaftstagen breiten Raum ein

Bestandsübernahme durch Bewohner

Aktuell entstehen immer wieder Initiativen von Mietern, deren Wohnungen verkauft werden sollen, indem sie eine Genossenschaft gründen. Gerd Behrens verdeutlichte, dass sie zunehmend auf schlechtere Bedingungen stoßen. Berlin und andere Bundesländer mit zusätzlichen Finanzierungshilfen haben ihre Förderungen aufgrund der knappen staatlichen Haushaltsmittel eingestellt. Thomas Schaefers vom GdW schilderte zudem die vielfältigen Risiken solcher Gründungen. Sie liegen im oft zu hoch angesetzten Verkaufspreis, dem geringen Eigenkapital der Initiativen, den mittlerweile fehlenden Subventionen, den teilweise unattraktiven Objekten mit Leerstand und hohem Sanierungsbedarf sowie der häufig sehr heterogenen und damit konfliktträchtigen Bewohnerstruktur. Politisch stellen solche Initiativen dennoch wichtige Ansätze dar, um die sich am Wohnungsmarkt verschärfenden sozialen Gegensätze abzuschwächen.

Die Mietergenossenschaften »Bremer Höhe eG« in Berlin und »riwetho eG« in Oberhausen, ähneln dagegen stärker Bürgerinitiativen. Sie wurden in den Bundesländern Berlin und Nordrhein-Westfalen durch staatliche Förderungen als Modell- und Versuchsprojekte konzipiert. Die riwetho, die eine Arbeitersiedlung übernommen hatte, blickt dabei auf eine über zwanzigjährige Geschichte mit Besetzung und vielen Auseinandersetzungen zurück. Im Vergleich dazu verlief der Prozess bei der Bremer Höhe schnell. 1999 entstanden die ersten Aktivitäten, im April 2001 erfolgte der Startschuss für den ersten Bauabschnitt zur Modernisierung und Ende 2003 sollen die insgesamt 514 Wohnungen bereits saniert sein. Beide Ansätze sind nach dem Eigenheimzulagegesetz konzipiert, so dass die Möglichkeit des Verkaufs einzelner Wohnungen an die Bewohner in der Satzung unaufhebbar verankert ist. Anders wären die erforderlichen Finanzierungsmittel nicht zusammengekommen.

Arbeitsplätze durch Neugründungen

Naheliegenderweise erwies sich das Thema »Initiativen für neue Beschäftigungsmöglichkeiten« als besonders schwierig. In den meisten Fällen müssen das Angebot am Markt, das Unternehmenskonzept sowie die fachlichen und sozialen Qualifikationen von Grund auf neu entwickelt werden. Unternehmensberater Norbert Körschgen aus Wuppertal schilderte die vielfältigen Schwierigkeiten auf dem Weg zum Team und die hierfür erforderlichen sozialen Kompetenzen. Eine Gruppe fällt schnell auseinander, wenn sich Einzelne die Erfolge auf die Fahnen schreiben wollen. Entsprechend ist nicht nur Fachwissen notwendig. In einer funktionierenden Gruppe müssen die Beteiligten in der Lage sein, sich und ihre Wirkungen auf die anderen wahrzunehmen. Andernfalls kann schnell Unzufriedenheit und eine ungewollte Demotivation der Übrigen entstehen, so dass die Gruppe weit hinter ihrer Leistungsfähigkeit zurückbleibt.

Genossenschaften sinnlich erfahrbar machen – Kulturarbeit mit Elmar Sing und Ines Wrusch

Die drei beim Runden Tisch präsentierten Beispiele ließen nur wenig Schlussfolgerungen über die erforderlichen Bedingungen für eine Stabilisierung zu. Die »WiWAt eG« – Stadtteilgenossenschaft Mülheim am Rhein für solidarisches Wirtschaften, Wohnen, Arbeiten und Leben, Köln – befindet sich noch in der Aufbauphase. Sie will mit der Genossenschaft nur einen rechtlichen Rahmen bereitstellen, in der sich eine Vielzahl von Initiativen und Projekten entwickeln kann und soll. Glaubwürdig ist sie durch das Engagement der Sozialistischen Selbsthilfe Mülheim, die ihre zwanzigjährigen Erfahrungen in die Genossenschaft einbringt. Die »Kundenpartner Vollservice Herstellung und Vertriebs eG« in Dresden schafft vor allem Arbeitsplätze für Behinderte. Sie beruht allerdings weniger auf dem Engagement der Betroffenen als vielmehr eines engagierten Unternehmers, der seine sozialen Zielsetzungen konsequent verfolgt.

Am stärksten ergaben sich noch Anregungen aus der »Sozialgenossenschaft im Pfefferwerk«, Berlin. Deutlich wurden die Probleme, sich mit einfachen Dienstleistungen am Markt behaupten zu können. Beispielsweise komplizieren die Auflagen der Handwerkskammer den Geschäftsbetrieb. Selbst einfachste Reinigungsarbeiten bedingen bei Arbeiten in sozialen Einrichtungen die Einstellung eines Meisters. Dessen Gehalt lässt sich aber genauso wie das anderer Leitungs- und Steuerungsfunktionen in der Genossenschaft nicht über die Stundensätze der Mitarbeiter erwirtschaften. Nach mehreren Veränderungen im Geschäftskonzept wurden gegenwärtig über zehn Arbeitsplätze im Bereich Bewachung geschaffen. Auch hier ist viel ehrenamtliche Tätigkeit notwendig, weil die Overheadkosten nicht voll abgedeckt werden. Insofern bleibt die Gesamtsituation der Genossenschaft prekär.

Begriffsproblem Selbsthilfegenossenschaft

Zeitweise ergab sich auf der Tagung eine intensive Diskussion um den Begriff Selbsthilfegenossenschaft. Er

Fortsetzung nächste Seite

Anzeige

ak analyse & kritik
Zeitung für linke Debatte und Praxis

In der neuen Ausgabe 464:

Schwerpunkt: Korruption und Krise
★ Parade der Populisten
★ Kleineres Übel ade
★ Hartz und die Gegenreform
★ Metamorphosen des Zapatismus
★ Italiens Linke nach Genua
★ Staatlicher Mord in Argentinien

Linke Politik monatlich zum Preis von 4,20 €

Probeabo bestellen:
3 mal ak für 5 €*

* Schein/Scheck beilegen! Verlängert sich zum Jahresabo, wenn nicht nach Erhalt der zweiten *ak* gekündigt wird.

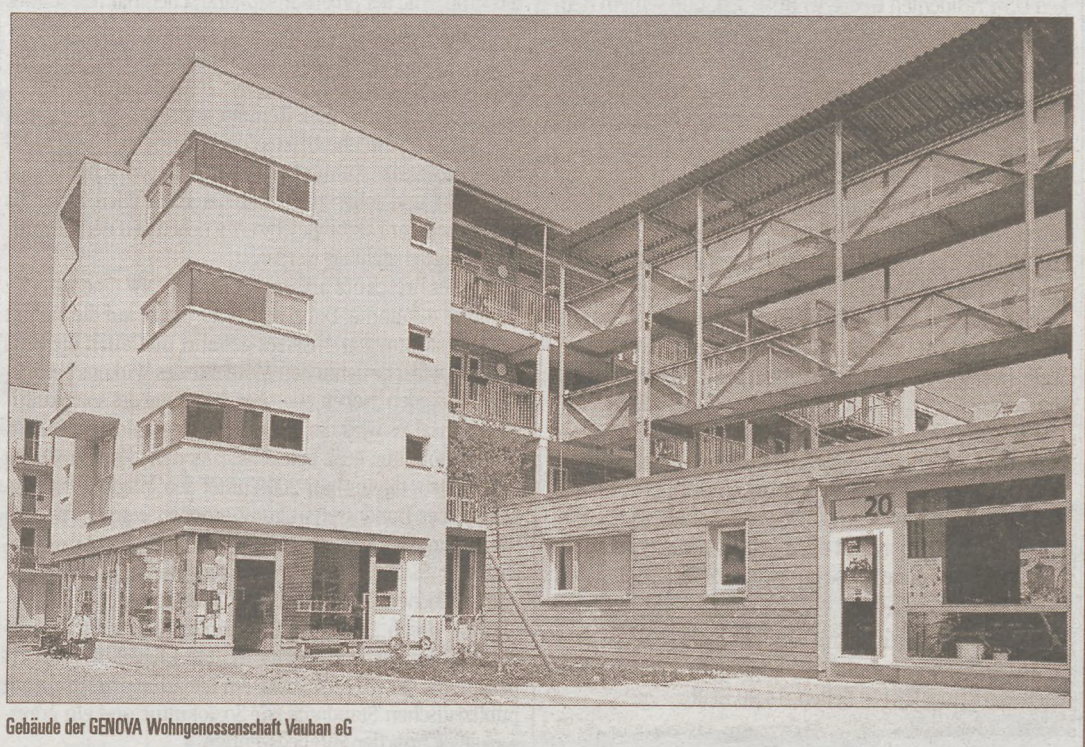
ak – analyse & kritik · Rombergstr. 10 · 20255 Hamburg · www.akweb.de
Tel.: 040-40170174 · Fax: 040-40170175 · redaktion@akweb.de

GENOVA WOHNGENOSSENSCHAFT VAUBAN EG, FREIBURG

Sozial und ökologisch

– ertragreiche Anlagemöglichkeiten in Genossenschaften

»...Gemeinsam bauen, gemeinschaftlich leben: GENOVA verbindet die alte Idee der Baugenossenschaft mit modernen Lebensvorstellungen«, so die Einschätzung der Zeitung zum Sonntag vom 13.9.1998. Die GENOVA Wohngenossenschaft Vauban eG ist eine junge Genossenschaft. Ihre Geschichte hängt eng mit der des Modellstadtteils Vauban in Freiburg zusammen. Nach dem Abzug der französischen Garnison entwickelte sich dort die Idee eines lebendigen, autoreduzierten, ökologisch-nachhaltigen Stadtteils der kurzen Wege. GENOVA ist eine eigentumsorientierte Genossenschaft. So besteht die Möglichkeit dort Fördermitglied zu werden und die aktuell wieder gültige attraktive Förderung nach dem Eigenheimzulagegesetz in Anspruch zu nehmen – ohne selbst in einer Genossenschaftswohnung wohnen zu wollen.



Gebäude der GENOVA Wohngenossenschaft Vauban eG

Burghard Flieger, Red. Genossenschaften ● Seit 1.1.1996 fördert der Staat die Beteiligung an neu gegründeten Wohnungsbaugenossenschaften. Das damals geänderte Eigenheimzulagegesetz erhielt eine neue Regelung, nach der die Beteiligung an einer neu gegründeten Wohnungsbaugenossenschaft mit 3% jährlich gefördert wird. Mitglieder erhalten Eigenheimzulage auf ihre Beteiligung, sofern diese 5.113 EUR übersteigt. Zusätzlich werden für jedes Kind weitere 256 EUR pro Jahr gewährt. So beträgt die Förderung bei einer Beteiligung mit z.B. 8.000 EUR und zwei Kindern jährlich 752 EUR (9,4%). Da es sich nicht um einen Kapitalertrag, sondern um eine steuerliche Förderung handelt, bleibt diese grundsätzlich steuerfrei. Die Förderung ist auf acht Jahre begrenzt.

Aktuell attraktive Förderung

Nachdem zunächst das Bundesfinanzministerium gefordert hatte, dass Förderempfänger auch einziehen müssen, wurde diese Bedingung kürzlich vom Bundesfinanzhof für rechtswidrig erklärt. Die Anfang 1998 eingeführten neuen Fördervoraussetzung wurden somit vom Bundesfinanzhof in seiner Entscheidung vom 15. Januar 2002 (AZ IX R 55/00) revidiert. Danach ist ein Einzug eben nicht Voraussetzung für die Gewährung der Förderung.

Die Voraussetzungen für die Gewährung der Förderung liegen in der Genossenschaft selbst. Zum anderen muss der Förderempfänger in Deutschland steuerpflichtig sein. Dabei darf eine Einkommensgrenze von 81.607 EUR für Ledige bzw. 163.614 EUR bei Ehepaaren nicht überschritten werden. Die Einkommensgrenze wird ermittelt, indem man die Einkünfte des Jahres, in dem die Genossenschaftsanteile erworben werden, mit den Einkünften des Vorjahres zusammenzählt. Leben im Beitrittsjahr Kinder im Haushalt und wird für diese noch Kindergeld gezahlt, erhöht sich die Einkommensgrenze um weitere 30.678 EUR. Da es sich um Eigenheimzulage handelt, wird diese bei einer späteren Eigentumsförderung angerechnet. Die Genossenschaft muss nach dem 1.1.1995 gegründet worden sein und ihren Mitgliedern das Recht zum Kauf der Wohnung in der Satzung zusichern.

Veränderungen zu erwarten

Die ungewöhnlich interessante Fördermöglichkeit hat aufgrund von Defiziten in der Gesetzesformulierung auch zu Missbrauch geführt. So sind bereits Genossenschaften gegründet worden, die zwar nominell Wohnungsbau betreiben wollen, in der Hauptsache allerdings ihre Funktionsträger und beteiligte Unternehmensberater mit üppigen Aufträgen versorgten. Nun ist damit zu rechnen, dass nach der Bundestagswahl im Herbst 2002 das Gesetz geändert wird. Zum einen soll der angedeutete Missbrauch verhindert werden, zum anderen wird vermutlich die Höhe der Förderung reduziert. Wer allerdings zum gegenwärtigen Zeitpunkt der GENOVA (oder auch einer anderen eigentumsorientierten Wohnungsbaugenossenschaft) beitritt, profitiert von den derzeitigen Förderbedingungen, und zwar über den vollen Förderzeitraum von acht Jahren.

Spannendes Genossenschaftsmodell

Die GENOVA Wohngenossenschaft Vauban eG hat sich mit ihrer Gründung 1997 zum Ziel gesetzt, generationsübergreifendes und nachbarschaftliches Wohnen im sozial-ökologischen Modellstadtteil Vauban in Freiburg zu ermöglichen. So entstanden in den Jahren 1998 bis 2001 in vier Häusern 54 Miet- und Eigentumswohnungen sowie weitere 19 Wohnungen im sozialen Wohnungsbau, außerdem drei kleine Ladengeschäfte. Die gemeinsame Planungs- und Bauzeit und die gemeinschaftlichen Arbeiten am Projekt ließen eine schöne Nachbarschaft entstehen. Die Beteiligten kennen sich, helfen einander aus und gestalten miteinander das gemeinsame Wohnumfeld. Junge und Alte, Familien, Singles und Menschen mit ganz unterschiedlichen Lebensentwürfen leben als Nachbarn zusammen. Die GENOVA knüpft an die klassischen genossenschaftlichen Ziele der Selbstverantwortung und Eigenleistung an.

Das Projekt wird finanziell vor allem von den Bewohnern getragen. Sie haben über 60% des Eigenkapitals eingebracht, das der GENOVA gesunde wirtschaftliche Verhältnisse beschert. Zum Konzept gehörten die vielen Eigenleistungswochenenden mit Kinderbetreuung und Mittagstisch ebenso wie das Prinzip, Entscheidungen möglichst einvernehmlich zu treffen und das ökologisch nachhaltige Bauen. So wurden alle vier Häuser mit ökologischen Baustoffen, in Niedrigenergiestandard und mit einer solarthermischen Anlage erstellt. 90 Prozent der Haushalte verzichten auf ein eigenes Auto.

Interesse an Unterstützung

Mit dem Bezug der letzten Wohnungen im Herbst 2001 wurde die Bauphase der Genossenschaft abgeschlossen. Das soziale Vorhaben der GENOVA hat damit aber erst seinen Anfang genommen. Eine starke finanzielle Basis und die weitgehende Unabhängigkeit von Geschäftsbanken stellt für das weitere Gelingen eine wichtige Voraussetzung dar. Zu allem Erfolg gibt es noch viel zu tun: Weiterhin engagieren sich GenossInnen aktiv im Stadtteil. Die Unterstützung des Stadtteilzentrums ist ebenso Thema wie mehr soziale Mischung in und außerhalb der GENOVA. Um auch innerhalb der Bewohnerschaft soziale Härten aufzufangen, Vielfalt zu ermöglichen und Genossenschaftswohnungen weiterhin zu halten und zu vermehren, zeigt sich die GENOVA offen für neue Mitglieder, die von der staatlich garantierten Förderung profitieren wollen und damit gleichzeitig ein soziales und ökologisches Projekt unterstützen.

Voraussetzung für den Anspruch auf Genossenschaftsförderung ist die Mitgliedschaft bei der GENOVA eG und dass die Anteile eingezahlt wurden. Ein Geschäftsanteil beträgt 520 Euro. Um die staatliche Förderung zu erhalten, müssen mindestens zehn Anteile gezeichnet werden. Die Genossenschaftsförderung wird dann beim jeweiligen Finanzamt beantragt. Das erste Jahr des Förderzeitraumes ist das Jahr des Beitritts. Es sollte daher sichergestellt werden, dass die Beteiligung im Beitrittsjahr eingezahlt wird. Bei Beteiligungen an Unternehmen fragen Anleger zu Recht nach Risiken und Sicherheiten. Darüber informiert der Vorstand, wenn Interesse besteht, persönlich:
GENOVA Wohngenossenschaft Vauban eG, Vaubanallee 18, 79100 Freiburg, Tel. 0761/407767, Fax 4098811, Email: genova.vauban@t-online.de. Informationen finden sich auch im Internet: www.genova-vauban.de. ●

Die kleinsten Genossen der GENOVA eG

FORTSETZUNG VON SEITE 12

wurde als weißer Schimmel, als wenig erhellender Doppelbegriff (Pleonasmus) empfunden. Tatsächlich wird damit aber an die Tradition und das Selbstverständnis früherer Genossenschaftsgründungen angeknüpft. Heute sind Genossenschaften in ihrer überwiegenden Mehrheit keine reinen Hilfseinrichtungen für wirtschaftlich benachteiligte Gruppen. Entsprechend wird fälschlicherweise wirtschaftlicher Förderauftrag und Selbsthilfe von vielen Genossenschaftstheoretikern gleichgesetzt.

Früher wurden Genossenschaften als »Kinder der Not« bezeichnet. Zielsetzung der Mitglieder war die »Verbesserung einer schwachen Marktposition und damit die Verbesserung einer individuellen Erträgs- und Verbrauchslage« (Seraphim). Dieses Verständnis eines gemeinsamen Agierens aus Anlass einer Notsituation führt zu der Folgerung, dass der Selbsthilfecharakter erlischt, wenn die Notwendigkeit einer Hilfe nicht mehr gegeben ist. Durch den Begriff Selbsthilfegenossenschaften wird somit verdeutlicht, dass es hier um Genossenschaften geht, bei denen dauerhaft oder längerfristig mit Mitgliedern zusammengearbeitet wird, deren Situation Hilfe erfordert. Ihre persönliche Situation soll durch wirtschaftliche Unterstützung bzw. Selbsthilfe bewältigt oder zumindest stabilisiert werden. Ziel ist es auch hier, dass diese Selbsthilfe zumindest für den einzelnen Beteiligten auf Dauer nicht mehr erforderlich ist. ●

Eine Tagungsdokumentation kann angefordert werden gegen 10 EURO plus Versandkosten bei innova, Hedwigstrasse 6, 04315 Leipzig, Email: innova@genossenschaftsfoerderung.de.

Anzeige

Werden Sie Fördermitglied und profitieren Sie

- von einer sehr **lukrativen** Rendite, die staatlich garantiert und steuerfrei ist,
- einer **sicheren** Geldanlage in einem Immobilienprojekt,
- einer **ethischen** Kapitalanlage in einem sozial- und ökologisch zukunftsweisenden Projekt

Die staatliche Genossenschaftsförderung ermöglicht wieder eine interessante Beteiligung:
- speziell für Familien mit Kindern
z. B. in den ersten acht Jahren 9,56 % Rendite p.a. steuerfrei für eine Familie mit zwei Kindern bei 7.800 Euro Beteiligung.

Genova
Wohngenossenschaft
Vauban eG

Fordern Sie unseren aktuellen Prospekt an.

Genova Wohngenossenschaft Vauban eG
Vaubanallee 18, 79100 Freiburg
Tel. 0761 / 40 77 67, Fax: 0761- 409 88 11
email: genova.vauban@t-online.de
www.genova-vauban.de

Neues Heft von »1999« zu MigrantInnenkämpfen

1999, die Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts wird seit 1986 von der (ehemals Hamburger) Stiftung für Sozialgeschichte (www.stiftung-sozialgeschichte.de) herausgegeben und ist eine der wenigen kritischen akademischen Zeitschriften, deren Lektüre wirklich lohnt. Widmete sie sich in den 80 und 90er Jahren vor allem unter wirtschafts- und sozialgeschichtlichen Fragestellungen dem Nationalsozialismus sowie allgemeiner dem Zusammenhang von Modernisierung und Vernichtung, so ist seit zwei, drei Jahren die Hereinnahme auch anderer Themen festzustellen.

Die aktuelle Ausgabe hat den Schwerpunkt Migration, bzw. genauer Kämpfe von EinwanderInnen. Im einführenden Kommentar machen Tobias Mulot, Manuela Bojadzijev und Vassilis Tsianos (die beiden letzten sehr engagiert bei kanak attak, www.kanak-attack.de) Anmerkungen zum Zuwanderungsgesetz. Dessen Credo sei »Legalisierung statt Integration« und in ihm erkenne erstmals ein Gesetz die tendenzielle Unkontrollierbarkeit von Migration an und versuche die Migration u.a. mit dem Mittel der Zuwanderung einzuhegen.

Franck Düvell vom Antirassismusbüro Bremen gießt die Thesen seiner Doktorarbeit (die es bislang unverständlicherweise nur auf Mikrofiche gibt!!) nochmals auf. Düvell untersucht »schwarze« Revolten in England im Zeitraum 1950 bis 1990. Dieser Beitrag enthält eine Unmenge von Fakten, seine These ist, dass die *riots* in England Teil eines weit über die »rassistische« Diskriminierung hinausgreifenden Sozialpozesses waren. Annegret Schüle widmet sich dem weißen Fleck der ArbeitsmigrantInnen in der DDR und zeichnet die Geschichte der weit über 100.000 Vertragsarbeiterinnen und -arbeiter in der DDR nach. Mogniss H. Abdallah berichtet über die Kämpfe von ImmigrantInnen in Frankreich, besonders im Hinblick auf die »bürgerlichen Grundrechte«.

Manuela Bojadzijev untersucht in einem weiteren, sehr lesenswerten Beitrag die nicht, bzw. kaum vorhandene Geschichtsschreibung zum antirassistischen Widerstand von Migrantinnen und Migranten in der Bundesrepublik: Bojadzijev schreibt, wie könnte es heute anders sein, gerade ihre Dissertation zu diesem Thema und möchte nicht nur die Geschichte des migrantischen Widerstandes ans Licht der Öffentlichkeit bringen, sondern auch darüberhinausreichende antirassistische Kämpfe einbeziehen. Zum Schluss folgen Buchbesprechungen, vor allem zu Titeln über den Nationalsozialismus, Kongressberichte und eine Gratulation zum 65. Geburtstag des italienischen Intellektuellen Sergio Bologna, eine der Gallionsfiguren des italienischen Linksradikalismus der 70er und 80er Jahre. Abschließend sei noch auf das manchmal nicht gerade niedrige Niveau der verwendeten Sprache hingewiesen, das die Lektüre nicht gerade erleichtert. Interessant wäre es auch gewesen zu erfahren, wieso Migrationsgeschichte, ablesbar an der Welle von Publikationen, *gerade jetzt* zum (Mode-) Thema in den Geschichtswissenschaften wird und welche Interessen dabei von wem verfolgt werden.●

Bernd Hüttner, Bremen

1999, Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts, Heft 1/2002, 238 S., 17,90 EUR, Bezug über Buchhandel oder Verlag Peter Lang AG, Jupiterstr. 15, CH-3000 Bern 15, E-mail: info@peterlang.com

Die Internationalen Gärten

»Integration im Einwanderungsland Deutschland« – eine Leerformel? 1995 haben bosnische Flüchtlingsfrauen die Internationalen Gärten in Göttingen initiiert. Sie wollten ihr Leben auch im Exil wieder selbst in die Hand nehmen. Heute prägen mehr als 300 Menschen aus 20 Ländern die soziale Praxis der Internationalen Gärten. Über die Berührung von elementaren Dingen wie Erde und Pflanzen entstanden neue Verbindungen und Verwurzelungen und ein Konzept, das den biologischen Gartenbau mit handwerklichen, ökologischen und umweltbildenden Aktivitäten verknüpft. Die Soziologin Christa Müller zeichnet die Geschichte dieses innovativen Projekts nach. Ihr Buch bietet neben fundierten Hintergrundinformationen die wissenschaftliche Auswertung der Projektpraxis sowie einen großen Serviceteil, der als Arbeitshilfe zum Nachmachen konzipiert ist.●

ub

Christa Müller: Wurzeln schlagen in der Fremde, ökom Verlag, München 2002, 176 S., 16 Euro; ISBN 3-928244-82-5 www.oekom.de/verlag/german/books/int-gaerten.htm

Internationale Gärten e.V., Auf dem Hagen 23, D-37079 Göttingen, Tel. (05 51) 531 37 87, Fax -4 76 55, shimeles@internationale-gaerten.de www.anstiftung.de/projekte/gaerten/

55 Gründe, mit den USA nicht solidarisch zu sein

Till Bastian, Arzt und Schriftsteller, ist nicht nur bekannt durch seine frühere Tätigkeit als Geschäftsführer der deutschen Sektion der »Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges«, IPPNW, sondern vor allem auch durch seine kritischen Veröffentlichungen zu aktuellen Fragen. Schwerpunkt dieser Veröffentlichungen ist sein Engagement gegen alles, was direkt oder indirekt mit Krieg und den Vorbereitungen dazu zu tun hat. Dieser Ansatz war für ihn auch Anlass, die bedingungslose Solidarität zu hinterfragen, mit der die deutsche Regierung der US-amerikanischen Regierung gewissermaßen einen Blankoscheck in Sachen Terrorismusbekämpfung unterschrieb.

Aufgeschlüsselt in 55 Punkte führt Till Bastian in seinem neuesten Buch die Gründe an, warum er diese bedingungslose Solidaritätserklärung nicht akzeptieren kann, ja darin sogar Gefahren für uns sieht. Untermauert mit aktuellen Informationen und Aussagen, verweist er vor allem auf die Schwachstellen und Entgleisungen, die sich die US-Politik, und hier besonders die unter dem vormaligen US-Präsidenten Georg W. Bush sen. und seinem heute amtierender Sohn, in der Vergangenheit geleistet haben. Angefangen von der ursprünglichen Unterstützung Saddam Husseins durch Waffenlieferungen und der Zuarbeit des US-Geheimdienstes, bis hin zu den heutigen Aktivitäten in Afghanistan. Darüber hinaus zählt Bastian die Übergriffe und Nichtbeachtungen der USA in Bezug auf internationale Vereinbarungen auf, von den Militäreinsätzen ohne Beschluss des UN-Sicherheitsrates bis hin zur Ablehnung und Missachtung internationaler Verträge, ob in Sachen Umwelt, des Welthandels oder der Hilfszusagen für die Entwicklungsländer. Alles Vorgänge, die eine umgekehrte Solidarität der USA mit der übrigen Welt, ja sogar mit seinen eigenen Verbündeten, vermissen lassen.

Wer sich in kurzer und prägnanter Form über dieses hochaktuelle Thema informieren will, findet dazu in dem Buch von Till Bastian eine ausgezeichnete und faktenreiche Grundlage. Sie ist umso wertvoller, als in unseren Tagen fast schon Mut dazu gehört, das weltpolitische Geschehen auf diese Weise zu erläutern.●

Helmut Creutz

Till Bastian: 55 Gründe mit den USA nicht solidarisch zu sein – und schon gar nicht bedingungslos, Pendo, München-Zürich 2002, 116 Seiten, 14,90 EUR

Wenn die Partei das Volk entdeckt

Birgit Schmidt schreibt die Geschichte der KPD von ca. 1928, als die Phase der »Bolschewisierung« abgeschlossen war, über alle Stationen des Exils bis zur Vereinigung mit der SPD zur SED und darüber hinaus bis zur Konsolidierung der DDR-Kulturpolitik in den 50er Jahren. Der scheinbar vermessene Anspruch wird merkwürdigerweise durch die Personalisierung dieser verschlungenen Geschichte eingelöst: drei Protagonisten der KPD-Literatur und späteren DDR-Literatur werden durch mehr als drei Jahrzehnte begleitet: Neben Anna Seghers sind es Bodo Uhse und Ludwig Renn, Autoren, die sich bereits vor 1933 kennen lernten, einander in den Jahren des Exils immer wieder begegneten und 1940 bis 1947 im mexikanischen Exil fast Haustür an Haustür lebten und zusammenarbeiteten. [...]

Wie konnte es passieren, dass Schriftsteller, die als Kommunisten oder gar zusätzlich als Homosexuelle (Ludwig Renn) oder final lebensbedroht auch als Juden aus Deutschland fliehen mussten, unter schwierigsten materiellen Bedingungen den Widerstand gegen den Nazifaschismus aufbauen halfen, im spanischen Bürgerkrieg direkt mit ihm konfrontiert waren, den Krieg erlebten und vom Holocaust spätestens 1943 fassungslos Kenntnis nahmen – dass solche Leute sich als Schriftsteller fast ausschließlich der Verteidigung der anständigen Deutschen widmeten? Warum erkannten sie im SA-Mann den Kulturmenschen, der sich nur falsch entschieden hatte, wieso wähnten sie im ordinären bürgerlichen Mitläufer einen potentiellen Antifaschisten und im über Spanien abgeschossenen Angehörigen der Legion Kondor einen Anti-Nazi-Kombattanten? Warum schrieben solche Menschen Bücher, in denen jede gute Frau deutsch, blond und unattraktiv ist, jeder gute Mann hart wie Weltkrieg-Eins Kanonenfutter und in dem alles überquillt vor Vaterlandsliebe, Kitsch, Trivialitäten und Antisemitismus?

Birgit Schmidt gibt die Antwort: Es war die Volksfront-Ideologie, das große nationale Kulturbündnis der Anständigen gegen die Nazis, das als Triebkraft des Handelns die gesamte Exilzeit beherrschte.●

Auszug: Justus Wertmüller, Mai 2002 – bahamas

Birgit Schmidt: Wenn die Partei das Volk entdeckt – Ein kritischer Beitrag zur Volksfrontideologie und ihrer Literatur. Anna Seghers, Bodo Uhse, Ludwig Renn u.a., 332 Seiten, Unrast-Verlag, Münster, ISBN 3-89771-412-4, 21 EUR

Broschüre: Soziokulturelle Zentren

Mit der Broschüre »Soziokulturelle Zentren – unverzichtbar für NRW« stellt die Landesarbeitsgemeinschaft Soziokultureller Zentren Nordrhein-Westfalen e.V. (LAG NW) ihre und die Arbeit ihrer Mitgliedseinrichtungen vor. Die soziokulturellen Zentren haben in der Kulturlandschaft des Landes NRW längst einen zentralen Platz eingenommen. Der Zuspruch des Publikums hat sich auf hohem Niveau stabilisiert, die Angebotsdichte in den Einrichtungen steigt weiterhin. Die jüngste Datenerhebung der Bundesvereinigung Soziokultureller Zentren e.V. für das Erhebungsjahr 2000 weist aus, dass rund 3,3 Millionen Menschen allein in NRW die kulturellen Veranstaltungen der soziokulturellen Einrichtungen besuchten. Darüber hinaus wurden rund 1,5 Millionen Menschen von den gastronomischen Angeboten der Einrichtungen angezogen und 13.000 Kulturveranstaltungen bzw. 80.000 Veranstaltungen insgesamt durchgeführt.

Auch qualitativ haben sich die soziokulturellen Einrichtungen als »eigene Marke« profiliert. Dabei gehören nicht nur »Leuchtturmprojekte« und Starprofile, sondern nach wie vor die fördernden, stadtteilbezogenen Angebote, die nachhaltig ausstrahlen, zu den beständigen und hochakzeptierten »Glühwürmchen« der soziokulturellen Praxis.

Dennoch wird die Arbeit der soziokulturellen Zentren von vielen Menschen und auch von der Kulturpolitik nicht immer als selbstverständlicher Bestandteil der öffentlichen Kultur wahrgenommen. Die meisten Menschen können mit dem Begriff »Soziokultur« häufig – auch dann, wenn sie ihr Zentrum vor Ort regelmäßig besuchen – kaum etwas anfangen. Was die konzeptionelle Arbeit der Zentren ausmacht, bleibt vielfach unverständlich, denn das Profil und der Arbeitsansatz sind scheinbar nur schwer zu vermitteln.

Die Broschüre verfolgt eine »klärende« Intention: Sie möchte den spezifischen Ansatz soziokultureller Arbeit, den die soziokulturellen Zentren vertreten, präsentieren und in die öffentliche Diskussion einbringen. Die Arbeitsansätze der soziokulturellen Zentren haben schon lange überzeugt und sollen innerhalb der kulturellen Szene als eigenständiger Faktor gleichwertig neben den herkömmlichen Sparten etabliert werden.

Mit der Broschüre präsentiert die LAG NW eine aktuelle Bestandsaufnahme. Dabei sollen Ausblicke auf die Vielfalt des soziokulturellen Ansatzes gewährt und auch die Brüche und widersprüchlichen Momente des Wirkens berücksichtigt werden. Neben einer Beschreibung des soziokulturellen Ansatzes wird die Entwicklungsgeschichte des Konzept Soziokultur kurz beleuchtet. Aktuelle Zahlen, Daten und Fakten, die im Jahr 2000 unter den Mitgliedseinrichtungen der Bundesvereinigung erhoben wurden, werden für das Land NRW ausgewertet. Die inhaltlichen Arbeitsansätze der Einrichtungen – ihre Bandbreite, Sparten, Zugänge, Kooperationen und neuen Ideen – werden exemplarisch durch dreizehn ausgewählte Einzelprojekte veranschaulicht. Weiterhin gibt es eine Darstellung des Arbeitsprofils der LAG NW sowie ein Literaturverzeichnis mit publizistischen Standards zur Soziokultur und ein Adressenverzeichnis der Mitgliedszentren.

Die Broschüre hat 65 Seiten und kostet 8,00 Euro. Unterstützt wurde sie vom Ministerium für Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport des Landes NRW.

Die Broschüre kann bezogen werden bei der Bundesvereinigung Soziokultureller Zentren e.V., Schiffbauergasse 1, D-14467 Potsdam, Tel. (03 31) 270 70 85, Fax 270 70 86, bundesvereinigung@soziokultur.de, oder über den Buchhandel (ISBN 3-935715-05-6)●

Rainer Bode

Schuldige Landschaften

Eine Dokumentation über Zwangsarbeit in Potsdam

Auf den ersten Blick wirkt der sorgsam ausgestattete Band wie ein Erinnerungsbuch für Touristen. Das ist offenbar auch beabsichtigt, denn in der Einleitung zu ihrem Buch »Zwangsarbeit in Potsdam« schreibt Almuth Püschel, dass die Schönheit der Stadt ohne die Tätigkeit ausländischer Arbeitskräfte nicht denkbar sei, vor allem nicht ohne die niederländischen Bauhandwerker, die unter dem Soldatenkönig Friedrich Wilhelm I. die Stadt erweiterten. »Die Spuren und Zeugnisse des Wirkens dieser ausländischen Arbeitskräfte gehören heute zum Pflichtprogramm jedes Potsdam-Touristen.« Weitgehend vergessen sind jedoch die Zwangsarbeiter und Kriegsgefangenen, die während des Zweiten Weltkrieges in Potsdam ausgebeutet wurden.

1944 waren im Arbeitsamtsbezirk Potsdam mehr als 18.000 zivile Zwangsarbeiter im Einsatz, außerdem Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge. 73 Zwangsarbeiterlager lassen sich für Potsdam nachweisen, Püschel hat ihre Adressen in einer umfangreichen Liste zusammengestellt. »Schuldige Landschaften« nennt sie die Lager in Anlehnung an den niederländischen Künstler Armando, der diesen Begriff geprägt hat. Zu den »schuldigen Landschaften« sollte man allerdings auch die Betriebe zählen, die Zwangsarbeiter eingesetzt haben. In einer weiteren Liste zählt die Autorin 65 Potsdamer Firmen und Institutionen auf, die nachweislich Zwangsarbeiter und/oder Kriegsgefangene beschäftigt oder auf ihren Grundstücken bzw. in deren unmittelbarer Nähe untergebracht haben.

Potsdam-Babelsberg war ein Zentrum der Rüstungsindustrie, bereits im Mai 1939 existierten dort 65 anerkannte wehrwirtschaftliche Betriebe, mehr als die Hälfte der erwerbstätigen Bevölkerung arbeitete in diesen Unternehmen. Die Autorin hat die Geschichte der wichtigsten Rüstungsfirmen skizziert, etwa die der Arado-Flugzeugwerke GmbH, die unmittelbar nach dem Machtantritt der Nazis ihre Produktion auf die Erfordernisse der Luftrüstung umstellte und sowohl eigene Flugzeuge als auch Lizenzbauten anderer Flugzeugtypen herstellte und gegen Ende des Krieges in Babelsberg und anderen Werken insgesamt 32.000 Menschen beschäftgte, unter ihnen Tausende von Zwangsarbeitern.

Deren Schicksal steht im Zentrum des Buches. Püschel beschreibt ihre Rekrutierung in den besetzten Gebieten, die Transporte nach Deutschland und das Durchgangslager Rehbrücke, das Arbeiter vor allem aus Westeuropa durchlaufen mussten. Weitere Abschnitte des Buches sind den Lebensbedingungen der Ausländer gewidmet: ihrer katastrophalen Ernährung, der schlechten gesundheitlichen Versorgung, der schwierigen Lage der Frauen und Kinder, besonders jener, die in den Potsdamer Lagern geboren wurden und oft nur wenige Tage und Wochen überlebten. Ausführlich und mit vielen Fallbeispielen geht sie auf das ausgeklügelte System von rassistisch motivierten sonderrechtlichen Bestimmungen ein, das eine eklatante Ungleichbehandlung von Fremdarbeitern verschiedener Nationalitäten auch vor Gericht ermöglichte. Erinnerungsberichte von Überlebenden aus Russland, Frankreich und den Niederlanden zeigen aus gegensätzlicher Perspektive, wie unterschiedlich die einzelnen Gruppen von Fremdarbeitern behandelt wurden.

Es ist der große Vorzug des Buches von Püschel, dass sie den Einsatz ausländischer Zwangsarbeit im historischen Zusammenhang darstellt. Weil das überhitzte Aufrüstungsprogramm der Nazis schnell zu einem dramatischen Mangel an Facharbeitern führte, wurden in den Jahren 1936 und 1937 verschiedene Gesetze für Deutsche erlassen, die die freie Arbeitsplatzwahl einschränkten. Schon vorher, im Juni 1935, wurde der Reichsarbeitsdienst eingeführt, der Jugendliche beiderlei Geschlechts zu einem sechsmonatigen Dienst in Uniform und in Gemeinschaftsunterkünften verpflichtete, und seit Januar 1939 war das Pflichtjahr für junge Frauen bis 25 obligatorisch. Der Zwangsrekrutierung von Ausländern ging also eine Arbeitspflicht für Deutsche voraus.

Der Einsatz ausländischer Arbeitskräfte widersprach der rassistischen NS-Ideologie Mit den »Polenerlassen« des Jahres 1940 versuchte man daher, die polnischen Zwangsarbeiter zu kontrollieren und von den Deutschen zu isolieren. Um das »deutsche Blut« rein zu halten, sollten Polen, die sexuelle Beziehungen zu deutschen Frauen angebahnt hatten, mit dem Tode bestraft werden. Außerdem mussten polnische Arbeiter, noch vor den Juden, ein Abzeichen tragen, das sie als »rassisch minderwertig« stigmatisierte. Die sogenannten Ostarbeitererlasse gingen noch darüber hinaus und sanktionierten den Terror gegen die sowjetischen Arbeiter.

Dass die deutsche Kriegswirtschaft ohne die ausländischen Arbeitskräfte ebenso zusammengebrochen wäre wie die Versorgung der deutschen Bevölkerung, ist mittlerweile unumstritten. Die Autorin weist aber auch darauf hin, dass der Zwangsarbeitereinsatz die in Deutschland beschäftigten Arbeiter spaltete: in deutsche »Herrenmenschen« (die allerdings politisch ohnmächtig und wehrlos waren) und angebliche »Untermenschen«, die wiederum in eine rassistische Hierarchie gepresst und schlimmstenfalls der »Vernichtung durch Arbeit« ausgesetzt waren. Gleichzeitig waren Verschleppung und Zwangsarbeit eine wirkungsvolle Repressionsmaßnahme gegen die Zivilbevölkerung in den besetzten Gebiete.

Püschel hat die verschiedenen Aspekte des Zwangsarbeitereinsatzes deutlich herausgearbeitet, ihre vorzügliche Dokumentation ist daher weit mehr als eine regionalgeschichtliche Studie. Der Band enthält viele historische Dokumente, die man sonst selten sieht, außerdem Fotos, Zeichnungen und Gedichte von Zwangsarbeitern und Aufnahmen von noch erhaltenen Baracken. Man wird neugierig, den Potsdamer Spuren vor Ort nachzugehen. Auf einem heutigen Stadtplan sind die ehemaligen Lager gekennzeichnet, man kann die Relikte der vergessenen Lager also selbständig erkunden. Kurz und gut: Das Buch ist unbedingt zu empfehlen.●

Angela Martin

Almuth Püschel: Zwangsarbeit in Potsdam. Fremdarbeiter und Kriegsgefangene, herausgegeben vom Verein zur Förderung antimilitaristischer Traditionen in der Stadt Potsdam, Märkischer Verlag Wilhemshorst, 2002, 149 Seiten, 13 Euro.

Finanzsoftware für Kleinunternehmen

Einzelne Menüs führen Ihren Kunden einfach und Schritt für Schritt durch alle Büro- und Finanztätigkeiten: Rechungserstellung, Angebotsbearbeitung sowie den gesamten Zahlungsverkehr. In kürzester Zeit werden professionelle Angebote, Rechnungen, Mahnungen, Gutschriften etc. erstellt. QuickBooks errechnet selbstständig den Rechnungsbetrag, die Mehrwertsteuer, Rabatte und Mahngebühren. Dabei sind alle Arbeitsabläufe miteinander verknüpft: Nimmt ein Kunde das Angebot an, wird es per Mausklick in eine Rechnung verwandelt. Jeder buchungsrelevante Vorgang wie z.B. eine Zahlung oder Rechnung wird von QuickBooks automatisch verbucht und in die steuerrelevanten Berichte übernommen. Das ist für Buchhaltungslaien ideal, denn die Buchhaltung wird im Hintergrund getätigt.

Bei der neuen Version von QuickBooks 2003 wurden viele Kundenwünsche realisiert: Automatisch werden Staffelpreise, Kunden-, Lieferanten- und Artikelnummern vergeben. Die nun verpflichtende Steuernummer auf den Ausgangsrechungen wird in die Druckvorlage integriert. Mit Hilfe des neuen Online-Protokolls läßt sich sofort überprüfen ob online Überweisungen oder Lastschriften korrekt ausgeführt wurden. QuickBooks PLUS bietet zahlreiche Zusatzfunktionen, wie z.B. die DATEV-Exportschnittstelle zur Übergabe Ihrer Buchungsdaten an den Steuerberater – das spart dem Steuerberater viel Zeit und dem Anwender einiges an Gebühren. Desweiteren bietet QuickBooks PLUS ein Lohnberechnungsmodul, einen Abschreibungsrechner und neu einen Kredit- und Eigenverbrauchsrechner u.v.m..

Systemvoraussetzungen:
Windows 95C/98/2000/ME/XP bzw. Windows NT 4.0 mit SP 5 (oder höher).
- IBM-kompatibler PC, Pentium Prozessor 166 MHZ oder höher
- Mindestens 64 MB RAM Arbeitsspeicher (empfohlen 128 MB)
- ca. 350 MB freier Speicherplatz
- Internetzugang für spezielle Services
- Grafikkarte mit mindestens 256 Farben
- CD-ROM-Laufwerk

Preise:
QuickBooks 74,90 EUR, Update 64,90 EUR
QuickBooks PLUS 129,90 EUR, Update 99,90 EUR●

dp

JOBS

Heilpädagogisches Kleinheim im Hunsrück sucht **Erzieherin** für lebenspraktischen Bereich. 8 Kinder zwischen 9 und 12 Jahre, nicht beschulbar. Wir suchen einen Menschen mit Ausdauer, Lebenserfahrung, Flexibilität und Lebensfreude, der bereit ist, langfristig in unserem Team mitzuarbeiten.
☎ (0 65 44) 93 10, Fax 95 51

PROJEKTE

Ich männlich, Ende 30, suche ab Herbst neuen **Wirkungskreis in Kommune**. Politisch, ökologisch oder spirituell, alles ist möglich. Habe mehrere Berufe und bin unverheiratet. Bin Deutschlandweit einsetzbar.
Maik Eisfeld, Oststr. 25, D-99994 Schlotheim/Thüringen

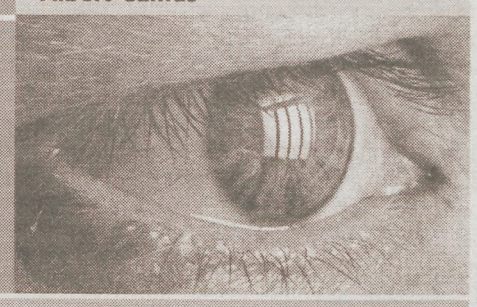
La Barrigona – Ökologisches Solidaritätsprojekt in Cuba:
Mitarbeit beim Aufbau eines Botanischen Gartens in der Provinz Pinar del Rio/Cuba. Neben der Arbeit werden Exkursionen und ein politisches Begleitprogramm organisiert. Von November 2002 bis März 2003. Kosten müssen jedoch selbst aufgebracht werden.
Infos:
www.berlinet.de/kuba/fbkboga.htm
E-mail: barrigona@web.de
FG Berlin-Kuba, Röblingstr. 36, D-12105 Berlin

VERMIETUNGEN

Heller, schöner Büroraum mit Galerie zum 1.11.02 (evtl. auch früher) im Gewerbehof Karlsruhe zu vermieten.
Büroraum 32 qm, mit Galerie 25 qm, Kaltmiete ca. 300 EUR, zzgl. Nebenkosten.
Aktive Vereinsarbeit erwünscht.
Bewerbungen bitte an folgende Adresse schicken:
Freiraum e.V., Steinstr. 23,
D-76133 Karlsruhe
☎ (07 21) 38 93 71
E-Mail: Freiraum.e.V@Gewerbehof.org

DER RABE RALF
Die unabhängige Umweltzeitung aus Berlin
Prenzlauer Allee 230
10405 Berlin
☎ 030 / 44 33 91-0
Abo 10 €/Hj., Probenummer gratis

Peter Decker
Konrad Hecker
Das Proletariat
Politisch emanzipiert - Sozial diszipliniert - Global ausgenutzt - Nationalistisch verdorben
Die große Karriere der lohnarbeitenden Klasse kommt an ihr gerechtes Ende
GegenStandpunkt Verlag
228 Seiten 20,-Euro
München 2002
ISBN 3-929211-05-X

»Die Strafe, die züchtigt ohne zu verhüten heißt Rache.«
Albert Camus

Bitte spenden Sie »CONTRASTE« an Menschen in Haft zum Preis von jährlich 45,00 € oder überweisen Sie einen Betrag Ihrer Wahl an: Freiabonnements für Gefangene e.V., Kennwort: »CONTRASTE«
Bank für Sozialwirtschaft, BLZ 100 205 00, Konto 30 85 400
Telefon 030-611 21 89, Telefax 030-61 62 98 99
E-Mail: freiabos@bln.de
www.freiabos.de
Zeitungen für Gefangene
Mendelsohn, Berlin, Foto: Martin Langer

TOPTHEMA IM NEUEN HEFT
BRUTAL
BAYER-Werkschutz gegen Gen-Kritik
STICHWORT BAYER
Widerstand gegen Konzernmacht.
Konkret, spannend, international.
Fon 02 11 - 33 39 11 Fax 02 11 - 33 39 40
e-mail: CBGnetwork@aol.com www.CBGnetwork.org
KOSTENLOSES PROBEHEFT BESTELLEN, JETZT...

KLEINANZEIGEN

Ausfüllen: Den Text gut lesbar eintragen (38 Anschläge/Zeichen ergeben eine Satzzeile)
Kosten: Privat bis zu 5 Zeilen **5 EUR** (jede weitere Zeile 1 EUR)
Gewerblich bis zu 5 Zeilen **21 EUR** (jede weitere Zeile 2,6 EUR)
Private Stellengesuche sind kostenlos!
Chiffregebühren: 5 EUR
Bezahlt werden kann mit Scheck, Geldscheinen, mit Briefmarken oder mit Bankeinzug. Im voraus muß allerdings immer das Geld hier sein. Quittungen nur bei ausreichend frankiertem Rückumschlag.
Aufträge ohne Geld & Absender landen ausnahmslos im Papierkorb!
Ausnahme: Bestellwert ab 26 EUR.
Da gibt's nämlich ne Rechnung.
Termin: jeweils zum **15. des Monats**

Einsenden an:
CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg

SCHNIPSEL

Bunte Seiten
Verzeichnis alternativer Projekte, Initiativen & Betriebe
Mit Reader der AlternativMedien

13.500 ausgewählte Anschriften alternativer Bewegungen
Sonderseiten:
Anders Reisen, Bildung, Solidarökonomie
Kommunen, Umsonstläden
CONTRASTE
Ausgabe 2003+

IMPRESSUM

CONTRASTE
Monatszeitung für Selbstverwaltung
erscheint 11mal im Jahr.
ISSN 0178-5737
Herausgeber ist CONTRASTE,
Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Postfach 10 45 20
69035 Heidelberg
☎ (06221) 16 24 67
Spendenkonto: Volksbank Bergstraße, BLZ 509 610 01, Kto-Nr. 64076

CONTRASTE wird von ca. 40 MacherInnen geschrieben, zusammengestellt, redigiert, gesetzt, gedruckt... und was alles zum Herausgeben dazugehört.

Die Informationen fließen zusammen über die Regional- und Fachredaktionen. Endredaktion, Herstellung, Vertrieb und Anzeigenverwaltung erfolgt über CONTRASTE in Heidelberg.

Wer einen Beitrag in CONTRASTE veröffentlichen will, schickt ihn an die Heidelberger Endredaktion. Gerne nehmen wir Eure Texte und Fotos per E-Mail, verarbeiten können wir alle gängigen Formate.

In allen Redaktionen sind ausschließlich ehrenamtliche Leute am Werke.

Vertriebs-, AbonnentInnen- oder sonstige Beschwerden bitte auch in Heidelberg vorbringen.

Alle an einer aktiven Mitarbeit Interessierten können dies im Heidelberger Büro kundtun und erhalten dann die Einladungen zu den zweimal jährlich stattfindenden Redaktionstreffen.

Redaktionen :
01099 Dresden, Redaktion Dresden, Reinhard Lichtenhahn, Görlitzer Str. 16, ☎ (0351) 802 99 40, Fax 802 99 50; **10961 Berlin, Redaktion Berlin,** Ricarda Buch, Mehringdamm 69, ☎ (0 30) 612 38 27, E-Mail: ricabuch@aol.com, Internet: www.ricardabuch.de; **18569 Gingst/ Westrügen, Redaktion Rügen/MV,** Andreas Küstermann, Teschvitz 3a, ☎ (038305) 6 00 13, Fax 6 00 14, E-Mail: kuema-ostseh-redaktionsbureau@t-online.de, Internet: www.presse-verlag-ostseh.de; **22763 Hamburg, Redaktion Hamburg,** Hilmar Kunath, Daimlerstr. 34 ☎ (0 40) 39 90 41 96, E-Mail: hilmarkunath@web.de, Internet: www.web-line.com/bs/contraste; **23701 Eutin, Redaktion Norddeutschland,** Volker Nadolni, Janussstr. 11, ☎ (04521) 53 12, Fax 29 33; **28201 Bremen, Redaktion Bremen,** Bernd Hüttner, Am Dammacker 8b, ☎ (04 21) 557 90 56, E-Mail: bhuettner@niatu.net, **28870 Ottersberg, Redaktion Bremen Umland,** Götz Paschen, Große Str. 81, ☎(04205) 77 99 66, Fax 77 99 65, E-Mail: torfkurier@t-online.de; **37085 Göttingen, Redaktion Göttingen,** Kai Böhne, Wilamowitzweg 3, ☎ (0551) 5 75 46; **49008 Osnabrück, Redaktion Osnabrück,** Herrmann Cropp, Postfach 18 11, ☎ (05402) 73 73, E-Mail: packpapier.verlag@t-online.de, Internet: www.packpapier-verlag.de; **51063 Köln, Redaktion Köln/Bonn,** Heinz Weinhausen, Düsseldorfer Str. 74, ☎ (0170) 593 89 00, (0221) 640 52 45, Fax 640 31 98, E-Mail: h-weinhausen@foni.net; **60316 Frankfurt, Redaktion Rhein/Main,** netz Hessen, Uwe Weppler, Bornheimer Landstr. 22, ☎ (069) 131 04 07, Fax 131 04 08, E-Mail: u.weppler@paritaet.org; **Redaktion Saarland,** AKTION 3. Welt Saar, 66674 Losheim, Weiskirchener Str. 24, ☎ (06872) 99 30 56, Fax 99 30 57 E-Mail: a3wsaar@t-online.de und Netzwerk Selbsthilfe Saar e.V., 66111 Saarbrücken, Nauwieser Str. 19, ☎ (06 81) 37 15 02; **69035 Heidelberg, Redaktion Heidelberg,** Postfach 10 45 20, ☎ (06221) 16 24 67, Fax 16 44 89; **69434 Hirschhorn, Redaktion Neckar/Odenwald,** Stefan Riedel, Neckarsteinacher Str. 38x, ☎ (06272) 36 48, Fax 35 59, E-Mail: Stefan-Riedel@gmx.de; **71729 Erdmannhausen, Redaktion Stuttgart,** Peter Streiff, Im Esper 22, ☎ (0 71 44) 33 22 56, E-Mail: peter.streiff@netz-bund.de; **90419 Nürnberg, Redaktion Franken,** Stefan Braig, Kirchenweg 4, ☎ (0911) 510 68 77, Fax 26 77 68, E-Mail: schaefer.braig@nefkom.net; **Portugal:** Kurt Regenauer, E-Mail: k.regenauer@suedschiene.de, Internet: www.suedschiene.de

Fachredaktionen :
Genossenschaften: 79102 Freiburg, Burghard Flieger, Erwinstr. 29, ☎ (0761) 70 90 23 · Fax 70 90 84, E-Mail: genossenschaft@t-online.de; **Jugendumweltbewegung: 27283 Verden,** Peter von Rüden, Artilleriestr. 6, ☎ (04231) 95 75 10, Fax 95 75 12, E-Mail: forum@oekozentrem.org; **Sozialpolitik, AG SPAK: 68167 Mannheim,** Nico-Reiner Schindler, Pappelallee 31, ☎Fax (06 21) 30 38 13; **Selbstorganisierte Lebensgemeinschaften:** Elisabeth Voß E-Mail: post@elisabeth-voss.de; **Umweltschutz von unten: 35447 Reiskirchen-Saasen,** Jörg Bergstedt, Ludwigstr. 11, ☎(06401) 90 32 83, Fax 90 32 85, E-Mail: projektwerkstatt@apg.lahn.de; **Information & Kommunikation, 73525 Schwäbisch Gmünd,** Karl Dietz, KOMM! Redaktion, Rechbergstr. 39, ☎(07171) 18 18 77, E-Mail: karldietz@gmx.de, Internet: http://komm.ffii.org

V.I.S.D.P.: Dieter Poschen, Über CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der/die Autor/in die Verantwortung.
Eigenverlag; alle Nachdruckrechte bei CONTRASTE e.V., Heidelberg
Anzeigenverwaltung: Dieter Poschen, c/o CONTRASTE e.V., ☎ (06221) 18 34 02; Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 1/02
Herstellung:
Zündsatz GbR, Pleikartsförsterstr. 19, 69124 Heidelberg;
Bildredaktion: Ute Berthold, c/o CONTRASTE
Druck: Caro-Druck, Kasseler Str. 1A, 60486 Ffm

E-Mail:
contraste@t-online.de
Internet:
www.contraste.org

Endredaktion:
☎ (06221) 18 34 02
Vertrieb:
☎ (06221) 16 24 67
Telefax:
☎ (06221) 16 44 89
(10 bis 17 Uhr)

INTERNETADRESSEN

Auf unserer Website könnt Ihr zu ca. 1.200 Projekten und Betrieben surfen und mit Hilfe unserer Medienlinks andere Medienprojekte und ca. 100 Zeitschriften besuchen. Unsere Link-Liste wird ständig erweitert und mit unserer Datenbank zur Herstellung der BUNTEN SEITEN laufend aktualisiert.
Die komplette Ausgabe 1 und demnächst die Nr. 2 aus dem Jahr 1984 sowie wichtige Beiträge und Inhaltsangaben aus den Jahren 1999 bis 2002 sind auf unserer Archiv-Seite zu finden:
www.contraste.org
Seit August 1999 gibt es eine Kommune-Website mit Selbstdarstellungen, Angeboten und Gesuchen:
www.contraste.org/kommunen

Archiv der sozialen Bewegungen Bremen online.
Unter www.archivbremen.de finden sich die Selbstdarstellung des Archivs, Links und Hinweise zu Bewegungsarchiven, Links zu kritisch-historischem Arbeiten und einige Texte zur Auseinandersetzung mit der Geschichte sozialer Bewegungen.

IM E-MAIL-POSTFACH

Betr.: Website CONTRASTE Linkliste
Hallo,
ich habe die Site für Pirx – Zeittauschring Pirna mit einer Frau erstellt und auf meinem Webspace liegen.
Bitte nehmen Sie die Link-Verbindung von »Pirx-Zeittauschring« Pirna wieder heraus auf Ihrer Seite...
Ich möchte keine Link-veröffentlichung auf Ihrer »kommunistischen« Site. Kommunismus haben wir hier im Osten 40 Jahre lang gehabt.
Ich möchte nicht mit Ihnen diskutieren.
Dirk Müller

E-Mail im Original (die Redaktion)

STIPENDIEN

Die *Stiftung Fraueninitiative*, als gemeinnützig anerkannt, fördert Frauen und Frauengruppen mit dem Ziel, innovatives feministisches Denken und Handeln zu ermutigen und zu stärken. Sie schreibt für das Jahr 2003 zwei

Jahresstipendien zum Nachdenken über ein anderes Wirtschaften und Arbeiten

aus. Die Zeit soll zur theoretischen Weiterentwicklung einer bedürfnisorientierten Ökonomie aus feministischer Sicht genutzt werden. Ebenso können auch konkrete Praxiserfahrungen reflektiert und in einen theoretischen Kontext gestellt werden. Näheres zur Stipendienvergabe versenden wir auf Anfrage.
Abgabetermin: 30.10.2002
Stiftung Fraueninitiative, Postfach 190308, D-50500 Köln

TÜRKEI

Einige Leute aus der anarchistischen Bewegung wollen ein Siebdruck-Kollektiv gründen. Es fehlt allerdings die Ausrüstung. Wer Material abgeben kann, meldet sich bei:
Axel-VDB@gmx.de

ARCHIVE

228 Adressen alternativer Archive und Informationen zu kritischer Geschichtsarbeit in neuer Broschüre. 40 S., 3,80 EUR, Weitere Info unter
www.archiv.gesellschaftsanalyse.de/reader.htm
Bestellung von Einzelexemplaren nur gegen Vorkasse 4,48 EUR in Briefmarken bei
ASTA Universität Bremen, Bibliotheksstrasse /StudentInnenhaus,
D-28359 Bremen

BUNTE SEITEN 2003+

Die Neuauflage der BUNTEN SEITEN – Das Adressenverzeichnis der Alternativen Bewegungen mit Reader der AlternativMedien im Innenteil – ist gerade erschienen. Das Verzeichnis enthält neben ca. 13.500 Anschriften alternativer Projekte, Initiativen & Betriebe auch wieder Sonderseiten mit redaktionellen Beiträgen zu den Themen Anders Reisen, Bildung, Solidarökonomie, Kommunen und Umsonstläden.

Die Anschriften aus der BRD, Österreich und der Schweiz sind nach Postleitzahlen und Rubriken sortiert, der internationale Bereich nach Ländern.

Der »Reader der AlternativMedien« im Innenteil stellt ca. 1.200 linke und alternative Zeitschriften mit zahlreichen Hinweisen zu Themenschwerpunkten, Ansprüchen, Preis, Verbreitungsgebiet etc. vor. Desweiteren werden Verlage, Freie Radios und Film & Videogruppen aufgeführt.

CONTRASTE e.V. (Hg.): BUNTE SEITEN 2003+, 300 Seiten, 23,5 X 29,7 cm, Zeitsprung Verlag Heidelberg, ISBN 3-924085-06-4, 18 EUR, XX sFr

Bestellt werden können die BUNTEN SEITEN 2003+ zum Preis von 18 EUR zzgl. 2 EUR Versandkosten über CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20
D-69035 Heidelberg

Kommunen

Unter der Rubrik GEMEINSCHAFTEN sind in der Neuauflage der BUNTEN SEITEN 2003+ 191 ausgewählte Anschriften Selbstorganisierter Lebensgemeinschaften aus dem deutschsprachigen Raum und 304 internationale Adressen zu finden.

AlternativMedien

1.200 linke und alternative Zeitschriften mit zahlreichen Hinweisen zu Themenschwerpunkten, Ansprüchen, Preis, Verbreitungsgebiet etc.

ALTERNATIVE ÖKONOMIE

NIEDERKAUFUNGEN

Wir können auch anders!
Leben in der Kommune
Die Kommune Niederkaufungen ist eine seit 15 Jahren bestehende Lebens- und Arbeitsgemeinschaft von derzeit 70 Personen. An diesem Wochenende wird es um Fragen gehen wie:

- Eine Kasse – und das funktioniert?
- Entscheidungen treffen ohne ChefIn und Abstimmungen?
- Geht im Kollektiv nix oder alles schief?
- Die Kleinfamilie – Hort des letzten Glücks oder Beziehungssackgasse?

Wir haben zwar keine fertigen Antworten, aber mittlerweile viele Erfahrungen im kommunitären Miteinander gesammelt und richten uns mit diesem Seminar an Leute, die Anregungen für ihre eigene weitere Lebensgestaltung suchen und Lust haben, sich mit alternativen Lebensformen auseinanderzusetzen.
Termin: 25.-27.10.2002

Anders leben, anders arbeiten, anders entscheiden
Das Beispiel der Kommune Niederkaufungen soll die TeilnehmerInnen anregen, herauszufinden, welche Vorstellungen und Wünsche sie für ihre Zukunft haben. Kennzeichnend für die Kommune Niederkaufungen sind:

- zusammen leben und arbeiten,
- gemeinsame Ökonomie,
- Entscheidungsfindung im Konsens,
- gemeinsame Verantwortung füreinander,
- nachhaltige Wirtschaftsweise.

Wir wollen uns fragen, ob diese Lebensform geeignet ist, auf Entwicklungen unserer Gesellschaft Einfluss zu nehmen, und ob sie Anregungen für die Lebens- und Arbeitsweise der TeilnehmerInnen bietet. **Bildungsurlaub.**
Termin: 14.-18.10.2002

Besser leben statt viel haben
Besser leben statt viel haben steht als Motto für eine nachhaltige Lebensweise, bei der die Interessen von Menschen (auch kommender Generationen) und der ressourcenschonende Umgang mit der Umwelt im Mittelpunkt stehen, als Gegenentwurf auch zu den aktuellen Globalisierungstendenzen.
Der Tagungsort in der Bildungsstätte der Kommune Niederkaufungen bietet neben anderem die Gelegenheit, die dort gelebte Praxis kennen zu lernen und sich damit kritisch auseinanderzusetzen.
Bildungsurlaub.
Termin: 18.-22.11.2002
Information & Anmeldung:
Tagungs- und Begegnungshaus Niederkaufungen, Kirchweg 1, D-34260 Kaufungen
☎(0 56 05) 80 07 30, Fax 80 07 40
E-Mail: tagungshaus@t-online.de
www.contraste.org/kommunen

GLOBALISIERUNG

Raus aus der Globalisierungsfalle!
Seit Göteborg und Genua steigt die Anzahl der GlobalisierungskritikerInnen. Sie sehen die Warenwirtschaft, die als einziges Ziel die Vermehrung von Geld verfolgt, als eine der Hauptursachen für weltweite Naturzerstörung und ungerechte Verteilung an. Diese Warenwirtschaft kann ersetzt werden durch die Subsistenzperspektive, deren Ziel das Leben ist.
Wir beschäftigen uns während des Seminars mit der »Theorie der Subsistenz«, die Maria Mies und andere Frauen der »Bielefelder Schule« entwickelt haben.
Wie können wir dem weltweiten Globalisierungsprozess, der uns immer mehr Eigenständigkeit und Entscheidungsmöglichkeiten nimmt, entgegenwirken und somit die Autonomie über das eigene Leben zurückgewinnen?
Im Verlauf des Wochenendes wollen wir uns mit den Argumenten der GlobalisierungskritikerInnen beschäftigen und uns von den Ideen der Subsistenzperspektive für unseren jeweiligen Alltag anregen lassen.
Termin: 13.-15.9.2002
Information & Anmeldung:
Tagungs- und Begegnungshaus Niederkaufungen, Kirchweg 1, D-34260 Kaufungen
☎(0 56 05) 80 07 30, Fax 80 07 40
E-Mail: tagungshaus@t-online.de
www.contraste.org/kommunen

Aus Kapitalismus wird Globalisierung – und alles bleibt schlechter
Vor dem 11. September haben alle darüber geredet, und als Thema bleibt es uns wohl erhalten: Die Globalisierung. Und wie das so ist, wenn ein Thema hip wird, will es niemand versäumen, dabei zu sein. So auch wir. Abweichend von dem, was viele auf ihren Kongressen so treiben und diskutieren, interessiert uns eine ungewöhnliche Frage: Was hat sich denn geändert, und was verändert sich zur Zeit wirklich im kapitalistischen Weltsystem, und was bedeutet das? Darum soll's gehen. In Arbeitsgruppen sollen noch weitere Fragen behandelt werden: Was wollen die GlobalisierungsgegnerInnen – und was ist davon zu halten? Und: Was hat das Konzept des »ich-Unternehmers« mit dem Weltmarkt zu tun, und was hat das für Auswirkungen. Und noch einiges mehr...
Termin: 7.12.2002, Berlin
Information & Anmeldung:
Junge Linke, Postfach 91 04 29, D-30424 Hannover
☎(05 11) 838 62 26
Web: www.junge-linke.de

ATTAC

Aktionstag Großdemonstration »Her mit dem schönen Leben – Eine andere Welt ist möglich!

- für soziale Gerechtigkeit und Umverteilung
- gegen Lohndumping und Sozialabbau
- für zivile Konfliktlösung und Krisenprävention
- gegen die Militarisierung der Außenpolitik
- für demokratische Kontrolle der Finanzmärkte
- gegen die Politik von IWF, Weltbank und WTO

Termin: Samstag 14.9.2002, Köln
Info:
Aktionsbüro, Vogelsanger Str. 78, D-50823 Köln
☎(02 21) 952 78 90
Web: www.attac-netzwerk.de

BEWEGUNGSSTIFTUNG

Mit Geld die Welt verändern...
Im Seminar werden Möglichkeiten aufgezeigt, wie das eigene Vermögen für sozialen und ökologischen Wandel eingesetzt werden kann. Es bietet die Möglichkeit, einen auf die persönlichen Bedürfnisse ausgerichteten Weg zum politischen und ethischen Umgang mit Vermögen zu erarbeiten und erste konkrete Schritte zu unternehmen.
Termine: 18.-20.10.2002, Goslar (nur für Frauen)
und 1.-3.11.2002, Niederkaufungen
Anmeldung & Information:
Die Bewegungsstiftung, Artilleriestr. 6, D-27283 Verden
Internet: www.bewegungsstiftung.de
☎((0 42 31) 95 75 40, Fax 95 75 41

TAUSCHRINGE

Bundestreffen der Tauschringinitiativen
Die Idee der Tauschringe boomt nach wie vor. Ihr Grundprinzip ist, dass Güter und Dienstleistungen nicht mit Geld bezahlt, sondern mit anderen Gütern und Dienstleistungen beglichen werden und zwar nicht bloß im direkten Tausch zwischen einzelnen Personen, sondern auch indirekt zwischen einer größeren Zahl von Mitgliedern.
Längst haben sich die Tauschringe miteinander vernetzt. In diesem Jahr findet bereits das achte Bundestreffen der Tauschsysteme statt. Es steht unter dem Titel »Tauschringe in der Lokalen Agenda als Impulsgeber für eine soziale Ökonomie«. Die Stiftung MITARBEIT ist Mitveranstalterin.
Termin: 27. bis 29.9.2002, Witten/Ruhr
Information & Anmeldung:
Stiftung MITARBEIT, Adrian Reinert, Bornheimer Str. 37, D-53111 Bonn
☎(02 28) 60 42 40, Fax 604 24 22
E-Mail: info@mitarbeit.de
Web: www.mitarbeit.de

MEDIEN

Online-Recherche für Journalisten
Das Seminar vermittelt das Know-how für gezieltes, sytematisches und effizientes Vorgehen bei Online-Recherchen. Inhalte: Suchmaschinen und Kataloge, Zugang zu Datenbanken, Archiven und Informationsdiensten. Anhand zahlreicher Fallbeispiele wird das Bewerten der Suchergebnisse hinsichtlich Quelle, Aktualität etc. geübt.
Termin: 16.-17.9.2002, Frohberg bei Leipzig

Schreiben für das Internet
Schreiben für das Netz: Inhalt ist non-linear, der Hyperlink führt in neue Informationstiefen, der Leser wird zum Herausgeber. Der praxisorientierte Kurs lehrt Grundlegendes zur Textrezeption, definiert Regeln zu Online-Titel/ Teaser / Text mit Schwerpunkt Nachricht, Bericht und Reportage, informiert über Hypertext-Strukturen, Navigation, Projektkonzeption und setzt sich mit dem Aufgabenprofil des Online-Redakteurs auseinander.
Termin: 16.-17.9.2002, München
Information & Anmeldung:
Journalistenakademie, Postfach 10 04 18, D-80604 München
☎(0 89) 167 51 06, 13 14 06
E-Mail: info@journalistenakademie.de
Web: www.journalistenakademie.de

LOKALE ÖKONOMIE

Europäische Konferenz: Bürgerschaftliches Engagement für eine nachhaltige lokale Ökonomie – ein Erfahrungsaustausch
Die Möglichkeiten der Bürger, ihre Zukunft in ihrer Lebens- und Arbeitswelt zu gestalten, bilden das Fundament zum Aufbau eines demokratischen Europa. Auf der lokalen Ebene stellen sich die Probleme. Hier zeigen Entscheidungen ihre Wirkung. Und hier kann jeder den Lauf der Dinge beeinflussen. Deshalb findet der internationale Erfahrungsaustausch dieser Konferenz auch auf der lokalen Ebene statt, ausgehend von den Erfahrungen im Netzwerk der Akteure für lokale Entwicklung in der Region Languedoc-Roussillon (Südfrankreich).
Die Konferenz ist zweigeteilt. Der erste Teil beinhaltet den lokalen Erfahrungsaustausch und findet vom **12. bis 14. Oktober 2002** zu verschiedenen Themenstellungen in fünf verschiedenen Orten der Region statt. Der internationale Austausch vom **15. bis 16. Oktober 2002** schließt die Konferenz ab.
Information & Anmeldung:
ADTLR, Maison des entreprises, Espace Alfred Sauvy, F-66500 Prades
E-Mail: adtlr@wanadoo.fr

RADIKAL REISEN!

Richtung: Südafrika – Kapstadt und Durban
Viele Hoffnungen der Aufbruchsjahre seit 1994 sind nach dem Ende der Apartheid inzwischen zerbrochen. Selbst Regierungsfunktionäre der kommunistischen Partei Südafrikas machen Zugeständnisse an neoliberale Politik. Dennoch bleibt das große Armutsproblem insbesondere innerhalb der schwarzen Bevölkerung unvermindert bestehen.
Mit Gruppen wie *SASCO*, der landesweiten StudentInnenorganisation, *SEWU*, der Frauengewerkschaft und *Survivors of the Violence* werden wir uns treffen und auch darüber sprechen können. Für die landschaftlichen und kulturellen Besonderheiten Südafrikas werden wir uns zwischen den politischen Terminen Zeit nehmen.
Termin: 30.9.-14.10.2002
Kosten: ca. 750 EUR

Richtung Frankreich – Paris
Mit transnationalen Protesten gegen globalisierten Kapitalismus
In Frankreich sind soziale Proteste stärker, langatmiger und erfolgreicher als in anderen europäischen Staaten. So wundert es nicht, dass auch diejenigen Bewegungen von »Globalisierungsgegnern«, die nach den katastrophalen Ereignissen von Genua in der Öffentlichkeit wahrgenommen werden, ihre Ursprünge in Frankreich haben. Nicht zuletzt weil das Schlagwort »Globalisierung« nach wie vor unbestimmt ist, gehören dort ganz unterschiedliche Gruppen und Organisationen dieser Bewegung an. Wir wollen uns mit Gruppen treffen, die sich im Spektrum der außerparlamentarischen Proteste gegen die Folgen der »Globalisierung« verorten. Deren Ziele, Kritiken, Strategien und Konzepte sollen genauer betrachtet und diskutiert werden. Schließlich wollen wir uns mit den Möglichkeiten und Perspektiven europäischer und internationaler emanzipatorischer Politik auseinandersetzen.
Termin: 30.9.-12.10.2002
Kosten: ca. 250 EUR
Information & Anmeldung:
jd/jl, Greifswalder Str. 4, D-10405 Berlin
☎(0 30) 44 02 48 64, Fax -66
E-Mail: bgs@jdjl.org
www.jdjl.org

STIFTUNG MITARBEIT

Erfolgreich verhandeln
»Erfolgreiche Verhandlungsführung« ist etwas, was nicht nur in der großen Politik und im Geschäftsleben, sondern in jedem Projektalltag bewältigt werden muss. Sei es beim Umgang mit Behörden, sei es im Umgang mit anderen Gruppen, stoßen Initiativen und Projekte nicht selten auf Konflikte und Schwierigkeiten, die nur mit viel Verhandlungsgeschick bewältigt werden können.
Im Rahmen dieses Methodenseminars soll anhand ausgewählter Fallbeispiele gezeigt und in Rollenspielen ausprobiert werden, was zu beachten ist, damit Verhandlungen konstruktiv verlaufen und zu einem erfolgreichen Abschluss gebracht werden können: Von der Vorbereitung und Schaffung einer positiven Gesprächsatmosphäre, über den Austausch von Argumenten und Gegenargumenten, das benennen von Verhandlungszielen und Erkennen von Verhandlungsspielräumen bis zur gemeinsamen Lösungsfindung.
Termin: 18.-20.10.2002, Nürtingen

Netzwerktagung »Gemeinwesenarbeit und Soziale Stadt«
Vor dem Hintergrund des Bund-Länder-Programms »Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die Soziale Stadt« hat sich das Bundesnetzwerk »Gemeinwesenarbeit und Soziale Stadtentwicklung« gebildet. Das Netzwerk wird in Ergänzung zu seinen regelmäßigen Plenen in Kooperation mit dem Burckhardthaus Gelnhausen, der LAG Soziale Brennpunkte Hessen und der Stiftung MITARBEIT eine gemeinsame Fachtagung durchführen, bei der eine erste Zwischenbilanz gezogen und überlegt werden soll, wie das Profil der Gemeinwesenarbeit bei der Sozialen Stadtentwicklung noch weiter gestärkt werden kann.
Termin: 6.-8.11.2002, Gelnhausen

Organisation ist nicht alles, aber ... Praxistipps für die ehrenamtliche Arbeit
Das ehrenamtliche Engagement in unserer Gesellschaft zeichnet sich durch eine große Breite und Vielfalt aus. Entsprechend unterschiedlich sind die Anforderungen. Dennoch gibt es einige Schlüsselqualifikationen, die man/frau eigentlich immer brauchen kann. Dazu gehören Fragen der Arbeitsorganisation und des Zeitmanagements, die Moderation von Besprechungen sowie die Teamfindung.
Einige Tipps und Anregungen dazu werden bei diesem Training vermittelt, das in Kooperation zwischen der Stiftung MITARBEIT und dem Bürgertreff Nürtingen im Rahmen der Nürtinger Freiwilligenakademie stattfindet.
Termin: 15.-17.11.2002
Information & Anmeldung:
Stiftung MITARBEIT, Bornheimer Str. 37, D-53111 Bonn
☎(02 28) 60 42 40, Fax 604 24 22
E-Mail: info@mitarbeit.de
Web: www.mitarbeit.de

LINKE LITERATURMESSE

Die 7. Linke Literaturmesse musste aufgrund von Raumschwierigkeiten verschoben werden. Sie findet wie gewohnt in den Räumen des EX-KOMM in Nürnberg vom 24. bis 26. Januar 2003 statt.

SONSTIGES

Biogas und Energielandwirtschaft
Neben der Produktion von Nahrungsmitteln setzen immer mehr Landwirte auf die Erzeugung von Energieträgern. Dabei stellt die Gewinnung von Biogas eine Möglichkeit der regenerativen Energie dar. Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) und die Option, nachwachsende Rohstoffe als Kosubstrate zu verwerten, machen den Bau und Betrieb von Biogasanlagen für Landwirte interessant. Mit Anbau, Ernte und Lagerung der Biomasse sowie der Einspeisung in eine Biogasanlage kann der Landwirt die gesamte Verfahrenskette der Energieerzeugung selbst gestalten. Die energetischen Verwertungsperspektiven von Biogas sind vielfältig: neben der herkömmlichen Nutzung zur Strom- und Wärmeproduktion aus hofseitigen BHKWs ist nach entsprechender Aufbereitung der dezentrale Einsatz als Kraftstoff oder die Einleitung als Grünes Gas ins Erdgasnetz möglich. Dadurch entsteht eine Dienstleistungskette, die sich von der Energielandwirtschaft bis zu Haushalten erstreckt. Vergleichbar dem EEG liegt seit April 2001 ein Entwurf eines Gaseinspeise-Gesetz (GEG) vor.
Inhaltliche Schwerpunkte der Vorträge liegen in den Bereichen:

- Biogas- und Methanerträge
- Gasaufbereitung
- Nutzungskonzepte
- Praxisbeispiele
- Ökobilanzen

Die Tagung richtet sich an alle Personen und Institutionen, die sich mit der Bereitstellung und Nutzung von Biogas beschäftigen. Hierzu zählen insbesondere landwirtschaftliche Unternehmen und Genossenschaften, die Biogasanlagen betreiben und/oder planen. Weiterhin gehören neben Planern und Herstellern von Biogasanlagen auch Parlamentarier, Mitarbeiter von Ministerien, Kommunen, Verbänden und Gasversorgern sowie Forschungseinrichtungen zu den potenziellen Teilnehmern dieser Veranstaltung.
Termin: 18./19.11.2002, Potsdam
Information & Anmeldung:
ATB Institut für Agrartechnik Bornim e.V., Max-Eyth-Allee 100, D-14469 Potsdam
☎(03 31) 569 92 17, Fax 569 98 49
E-Mail: mheiermann@atb-potsdam.de

FRIEDENSBEWEGUNG

»Alternativen zur Gewalt. Handlungsperspektiven im Zeitalter der Globalisierung aus pazifistischer, ökologischer und ökonomischer Sicht«
Von den für den neuen Bundestag kandidierenden Parteien ist keine bereit und in der Lage, die angesprochenen Themenbereiche wirksam verändern zu wollen. Zu Beginn der neuen Wahlperiode (nach der Bundestagswahl am 22.9.02) wollen wir eine Analyse der Kriegsursachen aus friedenspolitischer, ökologischer und ökonomischer Sicht durchführen und eine inhaltliche Position erarbeiten, die es den politischen Parteien nicht erlaubt, diese zu ignorieren. Wir wollen keine Parteipräferenz, sondern eine unabhängige und basisorientierte Zusammenarbeit, in der Inhalte im Vordergrund stehen. Neben der inhaltlichen Auseinandersetzung sollen gemeinsame Handlungsperspektiven für die kommenden Monate (Jahre?) entwickelt und die Zusammenarbeit gestärkt werden. Die öffentliche Debatte muss von uns mit geprägt werden!
Termin: 27.10.2002, 10 bis 18 Uhr
Info: Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen Landesverband Baden-Württemberg, Haußmannstr. 6, D-70188 Stuttgart
☎(07 11) 215 51 12, Fax 215 52 14
Email: ba-wue@dfg-vk.de
Web: www.dfg-vk.de

CONTRASTE

JETZT ABONNIEREN: Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug zum jährlichen Bezugspreis von 45 Euro (incl. Versand). Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens **3 Wochen vor Ablauf schriftlich** gekündigt wird.

Name:

PLZ, Ort, Straße:

Gruppe/Betrieb/Beruf:

Datum: Unterschrift:

Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)

☐ **Einzugsermächtigung:** Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementgebühren von meinem Konto abgebucht werden.

Kontoinhaber:

Geldinstitut:

Konto-Nr.: BLZ:

Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie schriftlich widerrufe.

Datum: Unterschrift:

☐ **Gegen Rechnung.** Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. **Bitte keine Vorauszahlung auf unser Konto !**

☐ **Ein Verrechnungsscheck liegt dieser Bestellung bei.**

Diese Bestellung kann **innerhalb von 7 Tagen schriftlich** widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Davon habe ich Kenntnis genommen.

Datum: Unterschrift:

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg, einsenden.

SCHNUPPERABO

CONTRASTE zum kennenlernen? Gegen 5 EUR in Briefmarken/ Schein bekommt Ihr CONTRASTE drei Monate frei Haus. Das Schnupperabo ist befristet und läuft automatisch aus. Also, 5 Euro mit Eurer Anschrift und dem Vermerk »Schnupperabo« an nebenstehende Vertriebsanschrift einsenden.

Zum Verbleib bei der/dem BestellerIn
Ich habe am ..... die Zeitung CONTRASTE zum jährlichen Bezugspreis von 45 Euro abonniert. Ich weiß, daß ich das Abonnement innerh. von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann. Dazu genügt eine Postkarte an: CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg